

aktuelle analysen 13

Peter Christian Segall / Rita Schorpp-Grabiak
Die PDS vor den
Europawahlen



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Akademie für Politik und Zeitgeschehen

aktuelle analysen 13

Peter Christian Segall / Rita Schorpp-Grabiak
Die PDS vor den
Europawahlen

Auf Seite 41 und 42 des Textes wurde versehentlich ein Abschnitt eingefügt, der dort nicht hingehört. Die dort abgedruckte Biographie von Dr. Monika Runge enthält einen Text, der sich auf eine andere PDS-Politikerin, Frau Dr. Irene Runge bezieht (beginnend mit dem 3. Absatz "Michael Wolffsohn hat sich..." bis Seite 42, Ende des 1. Absatzes endend mit "...sind wirklich bewundernswert.") und an dieser Stelle nicht abgedruckt werden sollte.

Die Autoren und die Herausgeber bitten dies zu entschuldigen

ISBN 3-88795-182-4

© 1999 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser

Redaktion: Wolfgang D. Eltrich M.A.

Barbara Fürbeth M.A.

Christa Frankenhauser

Gestaltung, Satz und Druck: Hanns-Seidel-Stiftung

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

1.	"Europa wir kommen": Überblick	4
2.	Die Einstimmung der Delegierten: André Bries Interview	4
3.	Der globale Rahmen der internationalen europäischen Politik der PDS	7
3.1	Eurozentrierte Reorganisationsbemühungen: Die kommunistischen Parteien Westeuropas auf der Suche nach einem neuen Zusammenhalt	7
3.1.1	Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken - Nordische Grüne Linke (KVEL/NG)	7
3.1.2	Das "Forum der Neuen Europäischen Linken" (NELF)	12
3.1.3	Die Postkommunisten und die Europäische Union	13
3.2	Der gemeinsame Aufruf vom Januar 1999	15
4.	Wahlkampf: Mottos, Zielgruppen, Technische Maßnahmen	16
5.	Die Reden Lothar Biskys, Alonzo Puertas und Sylvia-Yvonne Kaufmanns	18
6.	Das Europaprogramm	19
6.1	Der globale Rahmen und die wichtigsten Etappen der Transformation der Europäischen Union	20
6.2	Aspekte der "Wende" in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik	22
6.3	Der Kampf um die Demokratisierung der Europäischen Union	25
6.4	Die EU-Erweiterung	28
6.5	Die Friedenspolitik	29
6.6	Zusammenfassung	30
7.	Die Vertreterversammlung von Suhl	31
7.1	Die Kandidaten	31
7.2	Die gewählten Bewerber	34
7.3	Die Biographien der gewählten Bewerber	34
8.	Exkurs: Die DKP als versteckter "Bündnispartner"	44
9.	Abschlußbetrachtung	50
10.	Anhang	51
10.1	Ausländische Parteien und Organisationen zur 1. Tagung und teilweise 2. Tagung des 6. Parteitages der PDS	51
10.2	Internationale Aktivitäten des PDS-Parteivorstandes: Übersicht vom 1.7.1998 bis zur 1. Tagung des 6. Parteitages	52

1. "Europa, wir kommen": Überblick

Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben für die PDS einen großen Stellenwert. Sie will dabei nach eigenem Bekunden "zur Überwindung des auch die EU-Entwicklung beherrschenden Neoliberalismus" beitragen. Für die PDS sind diese Wahlen ein notwendiger Schritt zu ihrer endgültigen Etablierung auf allen politischen Ebenen des politischen Systems: der kommunalen wie der Landes-, Bundes- und der internationalen Ebene. Darüber hinaus ist die mögliche künftige Präsenz der PDS im Europäischen Parlament ebenso wie die geplante enge Koordination ihrer Politik mit Partnern wie der Französischen Kommunistischen Partei ein zentrales Element des Wiederaufbaus der europäischen kommunistischen und post-kommunistischen Bewegung und ihrer ideologischen Identität.¹



Die PDS hatte sich bei der Vorbereitung des Suhler Parteitages vom 7. März 1999 das Ziel gesetzt, sich mit einem neuen Gesicht zu präsentieren. Sie verbesserte aus diesem Grund ihre Kommunikationsstrategien: Die Partei sollte ein junges, fröhliches und musikalisches Bild nach außen vermitteln. Die Zeit der tristen Parteitage à la Rostock (1998) sollte der Vergangenheit angehören. Allerdings war die Presse, das Ziel dieser neuen Charmeoﬀensive, zum größten Teil nicht in Suhl präsent, sondern in Erfurt, wo B90/Die Grünen zeitgleich ihren Parteitag abhielten. Je offener sich die Partei nach außen präsentierte, desto strenger war die Parteitagsregie. Die Parteiführung versuchte mit allen Mitteln, persönliche Konflikte ebenso wie die Behandlung strategischer Fragen zu unterbinden.

2. Die Einstimmung der Delegierten: André Bries Interview

Die PDS-Führung befürchtete die Konzentration des Interesses der Journalisten und Delegierten des Parteitags alleine auf die Frage der Spitzenkandidatur von André Brie und Hans Modrow. Auch eine zweite mögliche Konfliktlinie wollte die PDS-Führung vermeiden: die Frage des Verhältnisses zwischen SPD und PDS in Deutschland, ferner Berichte über alltägliche Probleme in den europaweiten Bündnissen und Kooperationen zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten einerseits und Kommunistischen Parteien und Post-Kommunisten andererseits. Grob umrissen und in einem Globalzusammenhang, der von einer ideologische Achse vergleichbar der des Konfliktes Brie/Modrow ausgeht, treffen zwei konkurrierende Modelle aufeinander: Dasjenige der Rifondazione Comunista (PRC) vertritt eine harte antikapitalistische Haltung, kritisiert die sozialdemokratische und europaorientierte Linie der italienischen PDS und lehnt konsequenterweise eine Koalition mit letzterer ab. Dem steht die Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) gegenüber, die in Frankreich an der Macht beteiligt ist. Sie befindet sich in einer oft kritischen, manchmal konfliktgeladenen, aber dennoch eher harmonischen Koalition mit der Französischen Sozialistischen Partei.

¹ Eine systematische Darstellung der europäischen Problematik: Europäische Union und linke Politik, Hefte zur politischen Bildung, herausgegeben vom Parteivorstand der PDS - Kommission Politische Bildung, Berlin, September 1998, 63 S.

André Brie wurde von der PDS-Führung in den Kampf geschickt. Er sah sich gezwungen, politische Stellung zu beziehen und die aktuellen Positionen des "Reformflügels" der Partei zu präzisieren. Deshalb gab er der thüringischen Tageszeitung "Freies Wort" ein Interview. Sie veröffentlichte es am 6. März 1999, und jeder Delegierte erhielt ein Exemplar der Zeitung. Wie bereits der Titel "Zugunsten von Koalitionszwängen nicht Prinzipien aufgeben. André Brie über Bündnisse mit der SPD, Europapolitik und den Reformprozeß der PDS" nahelegte, sollte dieses Interview einen kurzen ideologischen und strategischen Überblick geben.²

Das Gespräch brachte kaum etwas Neues in der Theorie. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem politischen Handeln der PDS auf ostdeutscher und europäischer Ebene beantwortete Brie folgendermaßen: Seine Partei hätte nur dann eine politische Überlebenschance, wenn sie die "die Fragen der gesamten Gesellschaft" aufgriffe. Dies betreffe nicht nur gesamtdeutsche Themen. Vielmehr gelte es auch für Brüssel, weil dort "so viel Politik" gemacht werde. Die Konturen des ideologischen Angebots von "Reformern" à la Brie an die Wähler waren ebenfalls klassisch. Drei Punkte erschienen ihm als Erneuerung und ganz zentral für diese europäische Wahl: die Aufgabe der antieuropäischen Strategie, die "Idee einer europäischen Verfassung" (Es handelt sich hierbei um die theoretische Komponente der "Demokratisierung der Demokratie") und schließlich die Entwicklung "alternativer Vorstellungen" auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit, die mit denjenigen der regierenden Koalitionsparteien brechen. Die PDS wußte, daß der Jugoslawien-Konflikt zu einem offenen Krieg eskalieren könnte. Sie hoffte, von einer pazifistischen Bewegung zu profitieren. Diese Strategie war allerdings während des Golfkrieges erfolglos geblieben. Brie benutzte die Gunst der Stunde, um B90/Die Grünen zu kritisieren. Er beschuldigte sie, den Sirenenklängen der amerikanischen strategischen Doktrin zu erliegen, die von einer globalen Offensive und der "Erstschlagdoktrin" geprägt ist: "Das ist eine Entwicklung, die unheimlich schmerzvoll ist, weil ich sehr große Hoffnung auf den Pazifismus der Grünen gesetzt hatte, der viel stärker legitimiert ist als die Hinwendung der PDS zu pazifistischen Positionen." Brie plädierte für eine deutliche Erweiterung der "Rechte des EU-Parlaments". Seiner Ansicht nach ist dies der einzige Weg, um die Regierungen auf den Weg des Friedens zurück zu zwingen.

Brie, konfrontiert mit der Frage nach der Bedeutung der Kandidatur Modrows, versuchte, die mediale Bombe zu entschärfen: Er teilte die künftigen Aufgaben auf: "Modrow ist ein Mann mit wirklich ein Nerv (sic) für Osteuropa, mit vielen Beziehungen dahin. Ich glaube, daß er gerade beim Thema Osterweiterung eine wirklich moderne Kompetenz reinbringen kann." Sich selbst schreibt Brie eine andere Aufgabe zu, er will sich für eine "moderne Gesellschaftsentwicklung" engagieren. Er konzedierte, daß der Konflikt zwischen ihnen beiden "vor allem inhaltlich" sei, daß die beiden Linien sich bekämpften und daß eine Reihe von Konflikten in der Partei ausgebrochen sei. Er nannte als Beispiele die Frage nach der Ausarbeitung eines neuen Programms, aber auch das offensichtliche Desinteresse der PDS an ihrer Vergangenheit und an einer ernstzunehmenden Vergangenheitsbewältigung. Brie: "Es gibt da viele Hindernisse. Erstens muß die Diskussion durch den Parteivorstand gemeinsam bundesweit organisiert werden. Das steht bisher aus." Zweitens könnte ein solcher Vorstoß die parteiinternen Schwierigkeiten nur verschärfen. "Es berührt das eigene Leben. Viele Menschen in der DDR haben sich selbstlos engagiert. Und es fällt unheimlich schwer, dieses eigene Engagement nun ins Verhältnis zu setzen zu einem Blick auf diese Gesellschaft als eine gescheiterte, fehlerhafte Gesellschaft, deren Defizite nicht zu rechtfertigen sind." Schließlich war die PDS laut Brie mit einem "dominanten Blick auf die ostdeutsche Gesellschaft aus dem Westen" konfrontiert, was in Kombination mit einer "maßlosen Enttäuschung" und "Demütigung" die Ostdeutschen daran hindert, "ihre eigene Herkunft zu kritisieren".

² "Zugunsten von Koalitionszwängen nicht Prinzipien aufgeben. André Brie über Bündnisse mit der SPD, Europapolitik und den Reformprozeß der PDS", in: Freies Wort, 6 März 1999.

Brie sah sich gezwungen, die komplexe Beziehung zwischen dem Sozialismus der DDR und dem Projekt PDS zur Sprache zu bringen. Die PDS müsse diese komplexe mentale Realität berücksichtigen: "Ich halte das Sozialismusmodell der DDR, wo es meiner Meinung nach keine Totalkritik geben darf und wirklich eine Differenziertheit notwendig ist, für grundsätzlich nicht geeignet, der Ausgangspunkt für neue Sozialismus-Vorstellungen zu sein." Damit zog sich Brie hinter seine Position in früheren Aussagen zurück. Dort hatte er für eine schonungslose Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der DDR plädiert. Offensichtlich war dieser Rückzug geplant, um seine Nominierung für den zweiten Platz der Liste der PDS zur Europawahl nicht zu gefährden. Während laut Brie die Partei begonnen hatte, sich mit der Frage nach der Organisation der Gesellschaft der Zukunft auseinanderzusetzen, sieht er die deutsche Gesellschaft gegenwärtig in einer Sackgasse: "Das Problem ist, daß wir in der gesamten Bundesrepublik ein einseitiges Meinungsbild haben, was auch damit zu tun hat, daß die Bundesrepublik eine neue Selbstlegitimation sucht. Sie will wieder nationale Interessen vertreten und glaubt, da sie das nicht primär in Abgrenzung zum Nationalsozialismus tun will, daß die Abgrenzung zur DDR dafür ausreichend ist." Das klassische Thema der antifaschistischen Demokratie wird also auch hier wieder aufgegriffen.

Brie betont seine Mitwirkung an der Erneuerung der Partei: Die PDS unterscheide sich "programmatisch grundsätzlich von der SED", auch wenn "kulturell" die Partei "immer noch stark von der SED geprägt ist." Und genau in diesem Wandlungsprozeß sieht er die künftigen Chancen der Partei: Der "endgültige Bruch mit dem DDR-Sozialismus" ist die einzige fruchtbare Lösung: "Es kann keine anderen Wege geben, die würden uns in jeder Hinsicht politikunfähig machen." Das Problem besteht für die PDS darin, 'daß dies nicht unsere einzige Aufgabe ist. Wir müssen uns gleichzeitig den jungen Leuten zuwenden. Wir müssen in Westdeutschland Fuß fassen, uns intellektuell öffnen, endlich unter diesen unseligen Dogmatismus einen Schlußstrich ziehen und unter diesen Staatskommunismus.'" ³

Die konservative Basis, Unterstützerin Modrows und Rückgrat der PDS vor Ort, zwang Brie zu semantischen Verrenkungen: Er brachte "Verständnis und Achtung" für die "Menschen, die Sehnsucht nach DDR haben", zum Ausdruck. Aber gleichzeitig wollte er der PDS ein anderes, aktuelleres Image geben, das auf die kommenden Wahlen, z.B. in Thüringen, ausgerichtet ist. Er präziserte die Grenzen des offensichtlichen Konflikts zwischen "Systemopposition" und "Regierungsbeteiligung": "Ich möchte den Begriff Systemopposition nicht verwenden. Er suggeriert die Vorstellung, daß die PDS einen fundamentalen Wandel der Gesellschaft in allen Bereichen will. Aber die Linke muß endlich gelernt haben, daß eine gesellschaftliche Alternative gleichermaßen in Kontinuität und Bruch steht. Ich würde uns als eine kapitalismuskritische Partei definieren." In der Beteiligung der PDS an Regierungen, die die frühere Politik der Kohl-Regierung de facto fortsetzen, sieht Brie "ein quälendes Problem" für die Partei. Eine mögliche Lösung soll für die Reformer "realistisch und visionär zugleich" zu sein.

In den Wochen vor dem Bundesparteitag der Partei war eine Bewegung der SPD in Richtung PDS festzustellen. In seiner Beurteilung macht Brie keinen Hehl aus seinem Mißtrauen gegenüber seinen Partnern: "Ich habe da keine Illusionen. Die SPD will uns nicht hoffähig machen. Sie will uns entzaubern, indem sie uns in Sachzwänge einbindet." Die PDS hätte nur eine strategische Antwort zur Verfügung: "Wir müssen die SPD von links unter Druck setzen können, wir dürfen nicht zugunsten von Koalitionszwängen prinzipienlos werden. (...) Für das Überleben der PDS wäre eine Anpassung an die SPD genauso tödlich wie das Beharren in Nostalgie". Im Vertrauen auf eine Zukunft, die in Lafontaine verkörpert schien, betonte Brie: "Andererseits wird die SPD für eine alternative Entwicklung in Deutschland die Hegemonie haben müssen und mit uns zusammenarbeiten." Brie tendiert, wie die anderen führenden

³ Ebda.

"Reformer", zu einem Modell wie in Frankreich: Die PDS, die zwar "Mehrheitsbeschafferin für die SPD" sein soll, aber gleichzeitig als Partei mit starker Identität als Verfechterin eines "dritten Wegs" auftritt.

Dieser Text zeigt, wenn man ihn nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines analysiert, daß die PDS nur eine strategische Option im Blickfeld hatte: eine automatische Annäherung der SPD an die PDS, zunächst auf Länder- und schließlich auf nationaler Ebene. Seit dem März 1999 scheint dieser Automatismus nicht mehr zwingend.

3. Der globale Rahmen der internationalen europäischen Politik der PDS

3.1 Eurozentrierte Reorganisationsbemühungen: Die kommunistischen Parteien Westeuropas auf der Suche nach einem neuen Zusammenhalt

Neue national übergreifende postkommunistische Strukturen formieren sich derzeit auf der "Folie" des Projekts der Europäischen Union (EU), wie es die Kommunistische Partei Frankreichs formuliert. Ihr Angriff gilt der EU in ihrer durch die Verträge von Maastricht umrissenen Form, also der in erster Linie wirtschaftlichen, juristischen und polizeilichen Integration des westeuropäischen Raumes.⁴ Die PDS sieht sich als Teil dieses Prozesses.

3.1.1 Die Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken - Nordische GrüneLinke (KVEL/NGL) / Confédération des Gauches Européennes - Unies Gauche Nordique Verte / Confederal Group of the United Left - Northern Green Left (GUE)

Die Strukturen der EU mit ihren Institutionen bedingen bereits bestimmte Formen internationaler Kooperation. Zu diesen zählt das Europäische Parlament mit seinen vielfältigen Fraktionsstrukturen. Auch die Kommunisten standen unter dem Druck, sich in diese Strukturen einzufügen, und sie taten es: Seit 1994 gibt es im EP links von einer "grünen" bzw. "Regenbogen-Fraktion" einen Zusammenschluß, der ganz eindeutig von den Kommunisten dominiert wird: die "Konföderale Fraktion der Europäischen Unitaristischen Linken/Nordische Grüne Linke (KEUL/NGL).

⁴ Siehe hierzu: Hermann Gleumes/Patrick Moreau: Internationale Verbindungen und außenpolitische Vorstellungen der PDS, in: Patrick Moreau u.a.: Die PDS. Profil einer antidemokratischen Partei, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1998, S. 247-281.

Tabelle: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Fraktionen und Mitgliedstaaten nach der 4. Direktwahl vom 9.-12.6.1994 und dem Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden (Stand 7/1995, nach dem Zusammenschluß von FE - Fraktion Forza Europa - und SdeD - Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten - zur UfE - Union für Europa.)

	A	B	D K	D	E	F	FIN	G R	I	IRL	L	NL	P	S	UK	Gesam t
SPE	8	6	3	40	22	15	4	10	18	1	2	8	10	11	63	221
EVP-CD	6	7	3	47	30	12	4	9	12	4	2	10	1	6	19	172
UfE						15		2	29	7			3			56
LIEBE	1	6	5		2	1	6		6	1	1	10	8	3	2	52
KVEL/N GL			1		9	7	1	4	5				3	1		31
Grüne	1	2		12			1		4	2	1	1		1		25
REA		1			1	13			2						2	19
EdN			4			13						2				19
FL	5	3				11			11						1	31
Gesamt	21	25	16	99	64	87	16	25	87	15	6	31	25	22	87	626

SPE: Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas; EVP-CD, Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion); UfE: Union für Europa; LIEBE: Fraktion der Liberalen und Demokratischen Parteien Europas; KVEL/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; Grüne: Fraktion die Grünen im Europäischen Parlament; REA: Fraktion der Radikalen Europäischen Allianz; EdN: Fraktion Europa der Nationen (Koordinationsgruppe); FL: Fraktionslos

Die KVEL verfügte bei ihrer Konstituierung als Fraktion zunächst über 28 Mitglieder, von denen mindestens 22 Kommunisten waren oder aus postkommunistischen Parteien stammten. Der KVEL gehören 1999 34 Abgeordnete aus acht Ländern der Europäischen Union an. 1994 kandidierten sie auf folgenden Listen: Neun spanische Abgeordnete von der Liste der "Izquierda Unida" oder "Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya" ("Vereinigte Linke" - IU; "Vereinigte Linke, Initiative für Katalonien)⁵, sieben französische Abgeordnete von der Liste der

⁵ Die IU ist ein 1986 auf Betreiben der "Partido Comunista de España" (PCE) gegründetes Bündnis. Alonso José PUERTA: geboren am 24. März 1944, Avilés (Asturias); España; Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya; Vorsitzender der KVEL/NGL; Konferenz der Präsidenten, Mitglied; Ausschuß für Verkehr und Fremdenverkehr, Stellvertreter; Institutioneller Ausschuß, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südamerikas und MERCOSUR, Mitglied. Laura GONZÁLEZ ÁLVAREZ: geboren am 9. Juli 1941, Avilés (Asturias); España; Izquierda Unida; stellvertretende Vorsitzende der KVEL/NGL; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Stellvertreterin; Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Mitglied; Ausschuß für die Rechte der Frau, Stellvertreterin; Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas und Mexiko, Mitglied. Carlos CARNERO GONZÁLEZ: geboren am 24. November 1961, Madrid; España; Izquierda Unida; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Mitglied; Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit, Stellvertreter; Unterausschuß Menschenrechte, Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Polen, Stellvertreter; Paritätische Versammlung des Abkommens zwischen den Staaten Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union (AKP-EU), Mitglied. Antoni GUTIÉRREZ DÍAZ: geboren am 19. Januar 1929, Premiá de Mar (Barcelona); España; Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya; Europäisches Parlament, Vizepräsident; Präsidium, Vizepräsident; Ausschuß für Regionalpolitik, Mitglied; Institutioneller Ausschuß, Stellvertreter; Ausschuß für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität, Stellvertreter; Petitionsausschuß, Mitglied. Salvador JOVÉ PERES: geboren am 28. Dezember 1942, Artesa de Lerida; España; Izquierda Unida; Ausschuß für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mitglied; Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik, Stellvertreter; Ausschuß für Fischerei, Stellvertreter; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Slowakei, Stellvertreter. Pedro MARSET CAMPOS: geboren am 11. September 1941, Valencia; España; Izquierda Unida; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Stellvertreter; Ausschuß für Forschung, technologische Entwicklung

Französischen Kommunistischen Partei⁶; alle fünf Italiener aus der PRC⁷; von den vier Griechen

und Energie, Mitglied; Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Stellvertreter; Ausschuß für Haushaltskontrolle, Stellvertreter; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Slowakei, Mitglied. Abdelkader MOHAMED ALI: geboren am 28. Oktober 1959, Melilla; España; Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya; Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien, Stellvertreter; Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, Mitglied; Ausschuß für die Rechte der Frau, Stellvertreter; Delegation für die Beziehungen zu der Volksrepublik China, Stellvertreter. Angela Del Carmen SIERRA GONZÁLEZ: geboren am 10. Januar 1945, Tenerife; España; Izquierda Unida; Ausschuß für Recht und Bürgerrechte, Mitglied; Ausschuß für Regionalpolitik, Stellvertreterin; Ausschuß für die Rechte der Frau, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern und der Union des Arabischen Maghreb, Stellvertreterin; Delegation für die Beziehungen zu Japan, Stellvertreterin. María SORNOSA MARTÍNEZ: geboren am 15. Juni 1949, Manises (Valencia); España; Izquierda Unida-Iniciativa per Catalunya; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Mitglied; Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Stellvertreterin; Ausschuß für die Rechte der Frau, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südamerikas und MERCOSUR, Stellvertreterin.

⁶ Gisèle M.H. MOREAU: geboren am 30. Juni 1941, Paris; France; Parti communiste français; erste stellvertretende Vorsitzende der KVEL/NGL; Ausschuß für Forschung, technologische Entwicklung und Energie, Stellvertreterin; Ausschuß für Verkehr und Fremdenverkehr, Mitglied; Ausschuß für die Rechte der Frau, Stellvertreterin; Delegation für die Beziehungen zu der Volksrepublik China, Mitglied. Aline PAILLER: geboren am 27. Juli 1955, Casablanca; France; Parti communiste français; stellvertretende Vorsitzende der KVEL/NGL; Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien, Mitglied; Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, Stellvertreterin; Ausschuß für die Rechte der Frau, Stellvertreterin; Delegation für die Beziehungen zu Südafrika, Mitglied. Sylviane H. AINARDI; geboren am 19. Dezember 1947, Ugines (Savoie) France; Parti communiste français; Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien, Mitglied; Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, Stellvertreterin; Delegation für die Beziehungen zu Japan, Mitglied. Mireille C. ELMALAN: geboren am 8. Januar 1949, Macon (Saône-et-Loire); France; Parti communiste français; Konferenz der Delegationsvorsitzenden, Mitglied; Ausschuß für Forschung, technologische Entwicklung und Energie, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern und der Union des Arabischen Maghreb, Vorsitzende. Philippe A. R. HERZOG: geboren am 6. März 1940, Bruay; France; Mitglied; Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen, Vorsitzender; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Stellvertreter; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Polen, Mitglied. Jean QUERBES: geboren am 8. Oktober 1947, Arcachon; France; Parti communiste français; Ausschuß für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Mitglied; Ausschuß für Regionalpolitik, Stellvertreter. Francis WURTZ: geboren am 3. Januar 1948, Strasbourg; France; Parti communiste français; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Stellvertreter; Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit, erster stellvertretender Vorsitzender; Delegation für die Beziehungen zu dem Palästinensischen Legislativrat, erster stellvertretender Vorsitzender; Paritätische Versammlung des Abkommens zwischen den Staaten Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union (AKP-EU), Mitglied.

⁷ Die Aussage muß relativiert werden: Am 14.6.1995 verließen eine Reihe von PRC-Funktionären, darunter auch die Europaabgeordneten Luciano Pettinari und Luciana Castellina die Partei. Gemeinsam mit anderen Dissidenten gründeten sie das "Movimento dei Comunisti Unitari", das aber keine größere Ausstrahlungskraft erlangte. Luigi VINCI: geboren am 29. Mai 1939, Roma; Italia; Rifondazione comunista; Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, stellvertretender Vorsitzender; Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit, Stellvertreter; Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, stellvertretender Vorsitzender; Delegation für die Beziehungen zu den Mitgliedsländern der ASEAN Südostasien und der Republik Korea, Mitglied. Fausto BERTINOTTI: geboren am 22. März 1940, Milano; Italia; Rifondazione comunista; Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Mitglied; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Stellvertreter; Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Stellvertreter. Luciana CASTELLINA: geboren am 9. August 1929, Roma; Italia; Comunisti unitari; Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Mitglied; Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien, Stellvertreterin; Institutioneller Ausschuß, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu dem Palästinensischen Legislativrat, Stellvertreterin; Delegation für die Beziehungen zu Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei, Stellvertreterin. Lucio MANISCO: geboren am 16. Februar 1928, Firenze; Italia; Rifondazione comunista; Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Mitglied; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten,

kommen je zwei aus "Kommounistiko Komma Elladas" (KKE)⁸ und der "Synaspismos tis Aristeras kai tis Proodou" ("Allianz der Linken für den Fortschritt")⁹, die drei Portugiesen gehören dem "Partido Comunista Português"¹⁰ an. Zunächst hieß diese Fraktion nur "Konföderation der vereinigten europäischen Linken". Der Zusatz "Nordische Grüne Linke" wurde erst angefügt, als mit der Erweiterung der EU Abgeordnete des finnischen "Vänsterförbundet" ("Linksbund", 2 Abgeordnete 1999)¹¹, der schwedischen "Vänsterpartiet"

Sicherheit und Verteidigungspolitik, Mitglied; Ausschuß für Forschung, technologische Entwicklung und Energie, Stellvertreter; Unterausschuß Menschenrechte, Stellvertreter. Carlo RIPA DI MEANA: geboren am 15. August 1929, Pietrasanta (Lucca); Italia; Sinistra Verde; Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Mitglied; Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung und Medien, Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Tschechische Republik, Mitglied.

⁸ Die KKE ist die früher moskauorientierte Kommunistische Partei Griechenlands; sie hat sich nach Versuchen bündnispolitischer Öffnung in den achtziger Jahren inzwischen wieder auf ihre traditionelle Ausrichtung zurückbesonnen. Vassilis EPHREMIDIS: geboren am 31. Dezember 1915 in Athen; Kommounistiko Komma Elladas; stellvertretender Vorsitzender der KVEL/NGL; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Stellvertreter; Ausschuß für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Stellvertreter; Ausschuß für Regionalpolitik, Mitglied; Ausschuß für Geschäftsordnung, Wahlprüfung und Fragen der Immunität, Mitglied; Unterausschuß Sicherheit und Abrüstung, Stellvertreter; Delegation für die Beziehungen zu Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und der Mongolei, stellvertretender Vorsitzender; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Türkei, Mitglied. Ioannis THEONAS: geboren am 29. Oktober 1940, Filoti Naxou; Kommounistiko Komma Elladas; Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik, Stellvertreter; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Mitglied; Unterausschuß Währung, Stellvertreter; Delegation für die Beziehungen zu Südosteuropa, erster stellvertretender Vorsitzender.

⁹ Im Februar 1989 auf Initiative der KKE hin gegründetes linkspluralistisches Bündnis, aus dem die KKE ihrerseits nach geraumer Zeit wieder ausschied. Alexandros ALAVANOS: geboren am 22. Mai 1950, Athina; Synaspismos tis Aristeras kai tis Proodou; stellvertretender Vorsitzender der KVEL/NGL; Konferenz der Delegationsvorsitzenden, Mitglied; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Mitglied; Haushaltsausschuß, Stellvertreter; Unterausschuß Sicherheit und Abrüstung, Stellvertreter; Delegation für die Beziehungen zu Transkaukasien; Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Vorsitzender; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Türkei, Stellvertreter. Mihail PAPAYANNAKIS: geboren am 19. August 1941, Kalamata; Synaspismos tis Aristeras kai tis Proodou; Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Mitglied; Institutioneller Ausschuß, Stellvertreter; Petitionsausschuß, Stellvertreter; Delegation für die Beziehungen zu Südosteuropa, Stellvertreter.

¹⁰ Joaquim MIRANDA: geboren am 7. September 1950, Portalegre; Portugal; Partido Comunista Português; Schatzmeister der KVEL/NGL; Haushaltsausschuß, Mitglied; Institutioneller Ausschuß, Stellvertreter; Ausschuß für Haushaltskontrolle, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu Transkaukasien; Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Stellvertreter; Paritätische Versammlung des Abkommens zwischen den Staaten Afrikas, des Karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union (AKP-EU), Vizepräsident. Honório NOVO: geboren am 24. Oktober 1950, Barcelos; Portugal; Partido Comunista Português; Ausschuß für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Stellvertreter; Ausschuß für Regionalpolitik, Mitglied; Ausschuß für Fischerei, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas und Mexiko, Stellvertreter. Sérgio RIBEIRO: geboren am 21. Dezember 1935, Lisboa; Portugal; Partido Comunista Português; Präsidium, Quästor; Mitglied; Kollegium der Quästoren, Quästor; Mitglied; Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik, Mitglied; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Stellvertreter; Ausschuß für die Rechte der Frau, Mitglied; Unterausschuß Währung, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Mitgliedsländern der ASEAN Südostasien und der Republik Korea, Stellvertreter.

¹¹ Esko Olavi SEPPÄNEN: geboren am 15. Februar 1946, Oulu; Suomi; Vasemmistoliitto; stellvertretender Vorsitzender der KVEL/NGL; Haushaltsausschuß, Mitglied; Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen, Stellvertreter; Delegation für die Beziehungen zu Rußland, Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Stellvertreter. Outi OJALA: geboren am 28. Juni 1946, Lappee; Suomi; Vasemmistoliitto; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, stellvertretender Vorsitzender; Ausschuß für Regionalpolitik, Stellvertreter; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Estland, Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Lettland, Stellvertreter.

("Linkspartei", 3 Abgeordnete 1999)¹² sowie der dänischen "Socialistisk Folkpartiet" ("Sozialistische Volkspartei")¹³ hinzustießen. Diese "grüne Komponente", typischerweise aus den Zerfallsprodukten kommunistischer Parteien in Nordeuropa stammend, ist also schwach. Ein britischer Abgeordneter, der auf der Liste der Labour Party gewählt wurde, ist zu der Fraktion übergewechselt¹⁴. Den kommunistischen oder postkommunistischen Parteien Belgiens und der Niederlande gelang es nicht, ins EP einzuziehen. Genauso erging es der deutschen PDS, die bei den letzten Wahlen 1994 knapp scheiterte¹⁵. Seit 1999 ist Alonso Puerta von der Izquierda Unida Fraktionsvorsitzender der KVEL/NGL.

Dem tastenden Versuch einer Rekonstruktion postkommunistischer Zusammenhänge entspricht im übrigen, daß sich die Fraktion ideologisch nur auf den "kleinsten gemeinsamen Nenner" geeinigt und auf verbindlichere Festlegungen verzichtet hat. In Papieren zum Selbstverständnis, sorgfältig zwischen allen Beteiligten ausgehandelt, findet man beispielsweise die Aussage, man wolle ein anderes Europa als das der gegenwärtigen Maastrichter Verträge, ein Europa ohne "Demokratiedefizite", das frei von neoliberalistischer, monetaristischer Wirtschaftspolitik sei. Die Kommunisten der KVEL befürworten eine "Demokratisierung" der europäischen Institutionen. Sie wollen vorgeblich die Rolle und die Rechte des Parlaments stärken und eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie eine Sozialcharta als Prioritäten setzen. Sie wünschen keine "Festung Europa", sondern einen offenen Raum, der intensiv mit den Staaten der Dritten Welt kooperiert. Die europäische Sicherheitsarchitektur soll ebenfalls verändert werden: Der Verzicht auf die NATO wird gefordert¹⁶. Diese Thesen eignen sich trotz oder gerade wegen ihres geringen Gehalts vorzüglich zur Organisation populistischer Kampagnen gegen die "neoliberale" EU; sie gründen hauptsächlich auf einen "Ablehnungskatalog" ohne Gegenvorschläge. Dennoch hat die Fraktion eine wichtige Rolle während der Krise der Europäischen Kommission gespielt: Sie hat sich für die Demission der Mitglieder der Kommission ausgesprochen und deren offensichtlichen Fehler genutzt, um eine grundlegende Reform der europäischen Strukturen zu fordern.

¹² Marianne ERIKSSON: geboren am 17. Mai 1952, Brännkyrka; Sverige; Vänsterpartiet; stellvertretende Vorsitzende; Ausschuß für Recht und Bürgerrechte, Stellvertreterin; Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Mitglied; Ausschuß für die Rechte der Frau, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu Rußland, Stellvertreterin; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Litauen, Mitglied. Jonas SJÖSTEDT: geboren am 25. Dezember 1964, Göteborg; Sverige; Vänsterpartiet; Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz, Stellvertreter; Institutioneller Ausschuß, Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Estland, Stellvertreterin. Jörn SVENSSON: geboren am 13. Februar 1936, Fredriksberg (Danmark); Sverige; Vänsterpartiet; Haushaltsausschuß, Stellvertreter; Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik, Mitglied; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Litauen, Stellvertreter; Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuß EU-Lettland, Mitglied.

¹³ 1999 gibt es keine gewählten Dänen mehr.

¹⁴ Kenneth COATES: geboren am 16. September 1930, Leek (Staffordshire); Labour Party, Nottinghamshire and Chesterfield; Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, Mitglied; Unterausschuß Menschenrechte, Mitglied; Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, stellvertretender Vorsitzender.

¹⁵ Die deutsche PDS verfügt allerdings - auf Zuspruch der PCF - über einen Beobachterstatus in Brüssel und unterhält dort - obgleich nicht Mitglied im EP - einen bezahlten hauptamtlichen Residenten (Sylvia-Yvonne Kaufmann).

¹⁶ So Alonso Puerta im UZ-Interview, Ausgabe vom 12.5.1995.

3.1.2 Das "Forum der Neuen Europäischen Linken" (NELF)

Eine zentrale Rolle bei den postkommunistischen Reorganisationsbemühungen in Europa spielt das "New European Left Forum" (NELF)¹⁷. Die Vorbereitungen zu seiner Gründung gingen auf eine Initiative der spanischen "Izquierda Unida"(IU)¹⁸ im Jahr 1990 zurück.

Das im November 1991 konstituierte "Forum" trifft sich regelmäßig in den Städten Europas: Bisher fanden Konferenzen statt in Helsinki (Juni 1992), Athen (November 1992), Madrid (Februar 1993), Kopenhagen (Juni 1993), Barcelona (Dezember 1993), Oslo (Juni 1994), Brüssel (Januar 1995), Stockholm (Mai/Juni 1995), Delphi (November 1995), Dublin (Mai 1996), Helsinki (Oktober 1996), Berlin (April 1996), Athen (November 1997) und Berlin (Juni 1998).

Das NELF bestand zunächst im Kern aus den europäischen kommunistischen Parteien, die sich zu Beginn der 90er Jahre wenigstens teilweise "gewendet" und dabei auch ideologische Paradigmenwechsel vollzogen hatten. In der Folgezeit steigerte es seine Attraktivität für traditionell gesinnte Gruppen und Parteien, die das Experiment zunächst mit einer gewissen Distanz verfolgt hatten. Heute hat das "Forum" eher Mühe, sich der Aufnahmebegehren lediglich äußerlich modernisierter Parteien zu erwehren. Gegenläufige Tendenzen sind allerdings durchaus festzustellen, was ein Blick auf die Mitgliedschaft des "Forums" beweist. 1995 gehörten ihm schon 14 Parteien und Gruppen an:

"Socialistisk Volkspartiet" (SAP), Dänemark, eine linkssozialistische Gruppierung mit grünem Einschlag und einem trotzkistischen Flügel; "Vansterpartiet" ("Linkspartei"), Schweden; "Vasemmistolitto Vansterforebundet" ("Linksbund"), Finnland; "Sosialistisk Venstreparti" ("Sozialistische Linkspartei"), Norwegen; "Eesti Demokraatlik Toopartei" (Estnische Demokratische Partei der Arbeit); "Democratic Left", Irland, sie war bis Mitte 1997 an einer irischen Regierungskoalition beteiligt; "Synaspismos", Griechenland; "Rifondazione Comunista" (PRC), Italien; "Izquierda Unida" (IU), Spanien; "Iniciativa per Catalunya", Spanien¹⁹; "Partei der Arbeit" (PdA), Schweiz, nicht-gewendete traditionell orthodox-kommunistische Partei; "Groen-Links", Niederlande; die seit 1982 auf linkssozialistisch-grünem Kurs befindliche Partei ist aus der früheren moskautreuen KP hervorgegangen; "Mouvement des Citoyens", Frankreich, die "Bürgerbewegung"; "Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS), Deutschland.

Interessant ist nicht nur, daß die deutsche PDS erst im Juni 1995 vom NELF als Mitglied aufgenommen wurde, nachdem sie einige Jahre einen unauffälligen Beobachterstatus gepflegt hatte. Für die Entwicklung nach traditionell-links sprach schon Mitte 1995 die Zusammensetzung der "ständigen Gäste": Dazu gehörten neben der EU-Fraktion der KVEL die "Democratic Left" aus Großbritannien²⁰, "ADISOK" aus Zypern, die allerdings eine "Massenorganisation" der orthodox kommunistischen "Fortschrittspartei des werktätigen Volkes" (AKEL) Zyperns ist, die "Gauche

¹⁷ Auch hier sind sprachliche Besonderheiten zu berücksichtigen: Im englischen Sprachraum "New European Left Forum" (NELF); auch andere Varianten sind im Umlauf wie z.B. "European New Left Forum" (ENLF), was wiederum einen etwas anderen ideologischen Inhalt haben könnte: "Neue Linke" hebt sich auch ideologisch von der "alten Linken" ab und ist zudem seit Mitte der 50er Jahre eine Chiffre für Distanz revolutionär-marxistischer Unternehmungen zum real existierenden Sozialismus.

¹⁸ IU ist ein 1986 auf Betreiben der PCE, also der früher moskauorientierten spanischen KP, entstandener Zusammenschluß linker spanischer Organisationen. Natürlich behielt die PCE in IU die Zügel in der Hand: Ihr Parteichef Julio Anguita wurde zugleich deren Generalkoordinator.

¹⁹ Diese katalanische Variante der Izquierda Unida wurde zwar bei den Säuberungen im Sommer 1997 aus der IU ausgeschlossen, gehört aber - soweit bekannt - noch dem NELF an.

²⁰ "Democratic Left" ist ein Zerfallsprodukt der "Communist Party of Great Britain" (CPGB), entstanden 1991.

Unie" aus Belgien²¹ und auch die französische KPF.

Wenig mehr als ein Jahr später hatte sich diese Tendenz erheblich fortgesetzt: Auf dem Treffen in Helsinki (Oktober 1996) wurde eine Abspaltung der PRC, "Movimenti dei Comunisti Unitari" (MCU), neu aufgenommen. Die KPF beantragte einen Status als Vollmitglied. Die zypriotische AKEL war erstmals als Gast zugegen. Auch hier ist die Taktik, zunächst die Vorfeldorganisationen das Terrain abklären zu lassen, deutlich sichtbar. Schließlich spielte sich die PDS, gerade mal ein Jahr Mitglied in diesem Verbund, in den Vordergrund: Sie wurde Gastgeberin des XII. Treffens in Berlin (19./20. April 1997). Erwartungsgemäß wurde dort die KPF als Vollmitglied aufgenommen. Das "Neue Deutschland"²² hob hervor, zum ersten Mal seien auch Gäste aus Osteuropa, so aus Warschau, Sofia und Moskau, erschienen. Das XIII. Treffen fand vom 21. - 23. November 1997 in Athen statt und befaßte sich hauptsächlich mit Problemen der Mittelmeeranrainerstaaten. Auch hier hat sich offensichtlich die Verdichtung der traditionskommunistischen Substanz fortgesetzt. So waren u.a. Kommunisten aus Ägypten und Vertreter der 1996 entstandenen türkischen "Freiheits- und Solidaritätspartei" ("Özgürlük Dayanisma Partisi" - ÖDP) vertreten²³.

3.1.3 Die Postkommunisten und die Europäische Union

Die zweifellos bedeutendsten Akteure der Kampagne gegen das "Europa von Maastricht" sind die großen postkommunistischen Parteien Westeuropas: KPF in Frankreich, PDS in Deutschland, PRC in Italien, IU in Spanien und - mit gewissen Einschränkungen - PCP in Portugal. Seit 1996 liegen die Motoren der Kampagne auf der Achse Paris - Berlin. Dies zeigen die Ergebnisse der Parteitage der KPF vom Dezember 1996 sowie der PDS vom Januar 1997²⁴. Sie machten deutlich, daß die internationale Arbeit und die Kampagne gegen die EU-Integration für beide Parteien zu einem Hauptanliegen geworden waren. So unterstrich der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky in seiner Rede auf einer Strategiekonferenz seiner Partei im November 1996 durchaus umfassend die internationale Dimension ihrer Politik²⁵. Ein weiterer wichtiger Impuls ging von einem Treffen des KVEL-/NELF-Spektrums am 11. Mai 1996 in Paris aus. Dabei handelte es sich um eine Veranstaltung neuer Art, die eine Kundgebung von rund 5.000 Teilnehmern mit einer Arbeitskonferenz kombinierte. Letztere wurde von zahlreichen kleineren

²¹ "Gauche Unie" wurden 1994 zu den Europawahlen gegründet; die belgische Sektion des trotzkistischen "Quatrième Internationale/Sécretariat Unifié" hat einen entscheidenden Einfluß.

²² Neues Deutschland von 21.4.1997; auch in diesem Fall hielt sich das parteinahe Organ mit der Berichterstattung auffällig zurück und brachte statt dessen ein Interview mit dem Generalsekretär der PCP, Carlos Carvallos.

²³ Die türkische Partei - an ihrem Gründungsparteitag nahm für die PDS Winfried Wolf MdB teil - stellt einen Sammlungsversuch der traditionell ausgerichteten Kommunisten in der Türkei dar - und zwar interessanterweise unter weitgehendem Verzicht auf eine Beteiligung der ethnisch ausgerichteten kurdischen Linken. Die PDS entsandte zwei Funktionäre zum 1. Parteitag der ÖDP (18.-19.10.1997 Ankara), wie "PDS international" 4/1997, S. 96, ausweist.

²⁴ Dazu das von Robert Hue veröffentlichte Werk "Communisme: La Mutation", Paris 1995 sowie die PDS-Bände "Schweriner Parteitag. Arbeitsunterlagen" und PDS-Pressedienst Nr.46/1996 vom 15.11.1996.

²⁵ U.a. hat er folgendes ausgeführt: "Die sozialökonomischen Entwicklungen der nächsten Jahre werden auch in der Bundesrepublik wesentlich beeinflußt durch Maastricht II. In diesem Jahr hat sich die PDS ganz entschieden und aktiv für eine Zusammenarbeit mit der europäischen Linken engagiert. Ich erinnere an die Protestkundgebung in Paris am 11. Mai dieses Jahres mit zwölf anderen linken Parteien gegen Sozialabbau und für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Ich erinnere daran, daß die PDS in diesem Jahr Mitglied des Forums der neuen europäischen Linken wurde, ich erinnere an die Beratung von Vorsitzenden von 18 westeuropäischen Linksparteien in Madrid. Wir sollten uns für ein langfristiges strategisches Zusammenwirken der selbständigen linkssozialistischen Parteien in der EU engagieren und zusammenfinden im Kampf gegen die neoliberale Politik mit ihren verheerenden Folgen"; zit. nach PDS-Pressedienst Nr. 46/1996 vom 15.11.1996.

Besprechungen multilateraler und bilateraler Art begleitet. Zu den Hauptrednern der Kundgebung gehörten der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky, der "Generalkoordinator" der "Izquierda Unida", Julio Anguita, PRC-Sekretär Fausto Bertinotti, PCP-Generalsekretär Carlos Carvalhas und natürlich als Gastgeber KPF-Nationalsekretär Robert Hue²⁶. Insgesamt waren Vertreter von 15 Parteien anwesend. Robert Hue sprach von einem großen Tag für die Linke und beschwor den gleichgerichteten Kampfgeist der Teilnehmer. Über den Stellenwert der Kampagne für die Rekonstruktion eines "zeitgemäßen Internationalismus" ließ Hue niemanden in Zweifel, als er verkündete: "Um es ganz klar zu formulieren und damit auch bestimmten Kommentatoren zu antworten - für uns steht es außer Frage, eine internationale Organisation linker Kräfte zu gründen, in welcher Form auch immer."²⁷ Die Aktivitäten der Achse KVEL-NELF vervielfachten sich in der Folge: Die Vorsitzenden von 18 Parteien und Gruppen dieses Spektrums trafen sich auf Einladung der IU zweimal in Madrid, und zwar am 8. Juni 1996 und dann wiederum vor dem NATO-Gipfel vom 8./9. Juli 1997.

Eine Konferenz in Berlin am 5. Juni 1998 unterstrich die immer zentralere Rolle der PDS in diesem Annäherungsprozeß der kommunistischen und postkommunistischen Parteien in Europa. Vorsitzende und führende Vertreter von 20 europäischen Parteien, einschließlich der Linksfraktion im Europäischen Parlament, waren anwesend.²⁸ Die Konferenz beschloß, eine gemeinsame Plattform für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1999 zu erarbeiten. Die anwesenden Parteien unterstrichen die Notwendigkeit, ihre Zusammenarbeit weiter auszubauen. Sie wollten "auf den Erfahrungen aus der gemeinsamen Arbeit der Fraktion im Europaparlament sowie im Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) aufbauen." Lothar Bisky betonte in seiner Abschlusserklärung: "Das Berliner Treffen hat bestätigt, daß die pluralistische europäische Linke, als deren Teil sich die PDS versteht, gemeinsam

²⁶ Wir folgen dem Bericht im "Neuen Deutschland" von 13.5.1996.

²⁷ Zit. nach "PDS-international", 2/1996, S. 17.

²⁸ Linksbund (VAS), Finnland: Kalevi Suomeia, Mitglied der Internationalen Kommission; Französische Kommunistische Partei (PCF), Frankreich: Robert Hue, MP, Nationaler Sekretär, Francis Wurtz, MdEP, Internationaler Sekretär, Mitglied des Nationalen Büros Daniel Cirera, Mitglied des Nationalen Komitees, Elisabeth Gauthier, Mitglied des Nationalen Komitees, Jacques Denis, Internationale Abteilung; Bewegung der BürgerInnen (MdC), Frankreich: Michel Vignal, Sekretär für Bildung Jean-Christophe Bonté, Sekretär für Kultur und Kommunikation; PDS: Lothar Bisky, MdL, Vorsitzender, Hans Modrow, Ehrenvorsitzender, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Stellvertretende Vorsitzende; Koalition der Linken und des Fortschritts, Synaspismos, Griechenland: Nicos Constantopoulos, Vorsitzender, Nicos Bistis, Mitglied des Politischen Sekretariats, verantwortlich für internationale Angelegenheiten, Panos Trigazis, Internationaler Sekretär, John Vrahatis, Sekretär des Vorsitzenden Michael Galanopoulos; Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), Griechenland: Aleka Papatriga, Generalsekretärin, Babis Angourakis, MdP, Mitglied des ZK, Kratis Kyriazis, Sekretär der Parteiorganisation der KKE im EP; Demokratische Linke, Irland: Proinsias De Rossa, Vorsitzender; Partei der Kommunistischen Neugründung (Prc), Italien: Fausto Bertinotti, MdEP, MdP, Nationaler Sekretär, Ramon Mantovani, Internationaler Sekretär, Mitglied der Nationalen Leitung, Fausto Sorini, Mitglied der Nationalen Leitung, Koordinator der Internationalen Abteilung, Nora Tagliazucchi, Internationale Abteilung; Sozialistische Partei (SP), Niederlande: Tiny Kox, Generalsekretär, Johan van den Hout, Presseabteilung; Sozialistische Linkspartei (SV), Norwegen: Line Torvik, Internationale Sekretärin Guri Ofstad Varpe, Sekretärin des Stadtverbandes Oslo; Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), Österreich: Walter Baier, Vorsitzender, Irene Filip, Internationale Sekretärin; Portugiesische Kommunistische Partei, (PCP), Portugal: Carlos Carvalhas, Generalsekretär, MdP, Agostinho Lopes, Mitglied der Politischen Kommission und des Sekretariats des ZK, Albano Nunez, Mitglied des Sekretariats des ZK, Leiter der Internationalen Abteilung; Linkspartei (VP), Schweden: Johan Lönnroth, MdP, Stellvertretender Vorsitzender; Partei der Arbeit (PdA), Schweiz: Jean Spielmann, Nationalrat, Vorsitzender; Vereinte Linke (IU), Spanien: Julio Anguita, MdP, Generalkoordinator der IU Pedro Marset, MdEP, Mitglied der Föderalen Leitung der IU, Salvador Jove, MdEP, Mitglied der Föderalen Leitung der IU Jose Lulz Núñez, Mitglied der Föderalen Leitung, José Cabo, Mitglied der Föderalen Leitung; Initiative für Katalonien (IC), Spanien: Josep Vendrell, Internationaler Sekretär Joan Boada, Abgeordneter im Katalanischen Parlament; AKEL, Zypern: Dimitris Christoflas, Generalsekretär, Andros Kyprianou, Mitglied des Politbüros des ZK, Internationaler Sekretär.

handlungsfähig und als politische Kraft mit erheblichem politischen Gewicht entschlossen ist, gemeinsam für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zu kämpfen."

3.2 *Der gemeinsame Aufruf vom Januar 1999*

Am 15. Januar 1999 unterzeichneten 13 kommunistische und post-kommunistische Parteien - die Kommunistische Partei Belgiens (Parti Communiste), die Partei des Demokratischen Sozialismus, Deutschland, die Französische Kommunistische Partei (Parti Communiste Français), die Koalition der Linken und des Fortschritts, Griechenland (SYNASPISMOS), die Partei der kommunistischen Wiedergründung, Italien (Partito della Rifondazione comunista), die Kommunistische Partei Österreichs, die Portugiesische Kommunistische Partei (Partido Comunista Português), die Sozialistische Partei, Niederlande (Socialistische Partij), die Linkspartei, Schweden (Vänsterpartiet), die Partei der Arbeit der Schweiz (Parti du Travail), die Grüne Initiative, Katalonien/Spanien (Iniciativa Verde), die Vereinigte Linke, Spanien (Izquierda Unida), und AKEL, Zypern - eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel "Für einen neuen Weg der europäischen Integration: Gemeinsamer Aufruf europäischer Linksparteien zur Europawahl im Juni 1999".

Der Grundtenor dieser Erklärung war anlässlich des Berliner Treffens im Juni 1998 entschieden worden. Sie geht von der Annahme aus, daß die Chancen dieser Parteien an der Schwelle zum Jahr 2000 gut sind, sich am Prozeß des Aufbaus Europas politisch wirkungsvoll zu beteiligen. "Das politische Klima in Europa verändert sich. Der Mythos vom Siegeszug des Kapitalismus schwindet dahin. Unser Jahrhundert endet mit Gefahren, aber auch mit dem starken Streben, unsere Gesellschaften und unsere Welt zu verändern." Ein neues "kritisches Bewußtsein" und der "Wille zur Veränderung" zeigen sich "insbesondere bei den Akteuren der sozialen Bewegungen". Diese Akteure finden sich in einem anderen Gesellschaftsmodell wieder. Es ist im europäischen Parteiprogramm der PDS exakt beschrieben (siehe unten). Fast wortgleich stellt es auch der Vorsitzende der KPF in seinem 1999 erschienenen Buch "Communisme - un nouveau projet" (Kommunismus - ein neues Projekt) dar.

Unter den im Aufruf beschriebenen Schwerpunkten findet man die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ein "nicht nur produktivitätsorientiertes Wachstum". Dies erfordere "Veränderungen in der Wirtschafts- und Währungspolitik": Die "Neuverhandlung" des Stabilitätspaktes, der "mit den neoliberalen Dogmen" brechen muß, die "Revision der Rolle der Europäischen Zentralbank", die gemeinsame Besteuerung der Kapitalbewegungen, die "Stärkung des staatlichen Sektors", die Begrenzung der Anzahl der Privatisierungen, die "deutliche Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich", die "Angleichung der sozialen Standards nach oben", die Änderung "der Kriterien für den Einsatz des europäischen Fonds zur Unterstützung der Regionen".

Parallel zu diesem Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems müsse Europa demokratisiert werden. Die Bürger der Europäische Union müßten "sich neue Rechte - auf Information, auf Abstimmung, auf Intervention, auf Bewertung und Kontrolle - erkämpfen."

Einem Schwarz-Weiß-Bild zufolge, das einer friedlichen Zukunft die erlebte Wirklichkeit gegenüberstellt, muß ein "Europa der Solidarität und des Friedens" entstehen: "Gegenseitige Hilfe statt Konkurrenz, Zusammenarbeit statt Wirtschaftskrieg, Abrüstung statt Militarisierung." Die Europäische Union wird denunziert als von "Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und (...) anderen Formen von Intoleranz" verseucht. Der "Geist von Schengen" sei hierfür der Beweis. Die unterzeichnenden Parteien fordern eine grundlegende Revision dieses Abkommens und eine Erweiterung der Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Rassismus. Die

Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder sowie Zypern wird unterstützt, aber aus einer Perspektive, die mit dem neoliberalen Ansatz bricht. Weiter fordern die Unterzeichner das "Ende des Kalten Krieges", umzusetzen über "die Ablösung der NATO" und die Erneuerung der "OSZE als Regionalorganisation der Vereinten Nationen". Die Beziehungen Europas zur Dritten Welt müßten ebenfalls fortentwickelt werden: Eine Verbesserung des Lomé-Abkommens (Afrika, Karibik, Pazifik) und des Prozesses von Barcelona zur Zusammenarbeit Europas mit dem Mittelmeerraum wurden als grundlegende Maßnahmen vorgeschlagen. Diese sollen verknüpft werden mit einem Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer. Die Organe der Gemeinschaft im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (Welthandelsorganisation, Multilaterales Investitionsabkommen, Neuer Transatlantischer Markt) müßten im Sinne der zuvor beschriebenen Ausrichtung weiterentwickelt werden. Schließlich müßten sich die Union und ihre Mitgliedstaaten "offensiv für eine wirksame Umsetzung der auf den Gipfeln von Rio und Kyoto (Umwelt, Entwicklung), von Kopenhagen (soziale Entwicklung), von Peking (Frauenförderung) und anderen UNO-Konferenzen vereinbarten Leitlinien engagieren." Die unterzeichnenden Parteien machen eine Reihe von Hauptgegnern aus, die eine solche Entwicklung blockieren: Institutionen wie den "Internationalen Währungsfonds" oder "Abkommen wie das MAI", aber auch die "militärische Arroganz" der Vereinigten Staaten auf der Weltbühne.

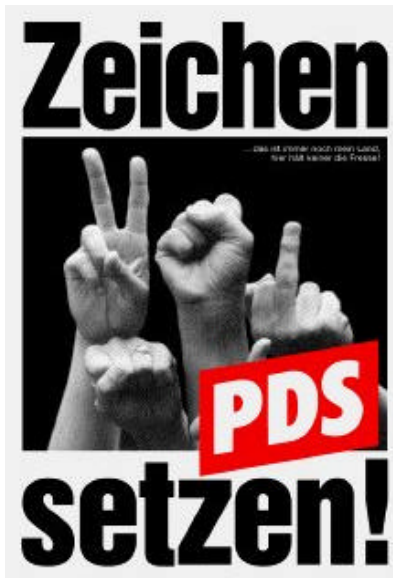
4. Wahlkampf: Mottos, Zielgruppen, technische Maßnahmen

Das Kommunikationskonzept der PDS zur Europawahl wurde in seinen Hauptlinien im Dezember 1998 festgelegt. Es basiert auf der Strategie und dem Kommunikationskonzept der PDS für die letzten Bundestagswahlen, die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und die Kommunalwahlen in Brandenburg. Demoskopische Analysen waren die Grundlage für die Bevorzugung einzelner Kommunikationsstränge.

Im Dezember ging die PDS von der Überzeugung aus, daß die Erfolge des Jahres 1998 ihr die Aufgabe erleichtern würde, weil "das Bild der PDS in den Medien und der Öffentlichkeit überhaupt (...) differenzierter, in Teilen realistischer, inhaltlicher (...)" wurde.²⁹ Diese optimistische Einschätzung mußte sie nach strategischen Fehlern im Januar 1999 (Amnestiedebatte, Skandal um die These Michael Benjamins und der Kommunistischen Plattform bezüglich der Rechtmäßigkeit des Mauerbaus) korrigieren.

Die PDS weiß, daß sie die 5%-Hürde nur überwinden kann, wenn ihre Parteiidentität "in konkreter Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik von SPD und Grünen" deutlich wird. Um ihre Kompetenz als "linke Opposition im Bundestag" und in Mecklenburg-Vorpommern als "verantwortungsvoll-kritischer Partner der SPD" zu festigen, muß sie das grundlegende Dilemma der Bonner/Berliner Regierungskoalition offenlegen: sich "von der Vorgängerpolitik zu unterscheiden, ohne einen wirklichen Bruch zu wagen". Dieses Unvermögen sieht die PDS als ihre größte Chance.

²⁹ Zur Präzisierung des Kommunikationskonzeptes der PDS zur Europawahl, Beschluß der Parteivorstandes vom 14. Dezember 1998, in: Pressedienst, Nr. 1/1999.



Die PDS glaubt, daß die hessischen Landtagswahlen eine Stabilisierung der CDU/CSU bewirkt hätten und konsequenterweise die Europawahlen den konservativen Kräften die Chance böten, "Zeichen einer Trendwende" zu setzen. Der dritte Hauptfeind der PDS sind die rechtsextremen Parteien. Vor diesen hat sie eindeutig Angst. André Brie nimmt aufgrund früherer Erfahrungen an, daß die Europawahlen vorteilhafte Ergebnisse für Protestparteien zeitigen können ("geringere Wahlbeteiligung, viel flexibleres Wählerverhalten, große Rolle von Themen, die im Zentrum rechter Strategien liegen"). Dieser Effekt könne sowohl nach links (PDS) als auch nach rechts (DVU/NPD/REP) ausschlagen. Ein begrenzter Erfolg der rechtsextremen Gruppierungen könnte mit einer Zunahme des Stimmenanteils der konservativen Parteien einhergehen. Dies könnte die Überwindung der 5%-Hürde durch die PDS

gefährden.

Auf der praktischen Ebene der Wahlkampforganisation führt die PDS ihre Kampagne gleichzeitig in einer Reihe von für die PDS "außerordentlich bedeutsamen Kommunalwahlen" (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen im Osten, aber auch Saarland und Rheinland-Pfalz). Die kommunale Präsenz ist ein vorrangiges Anliegen der PDS, da sie zunächst die Stabilisierung ihrer traditionellen Milieus bedeutet. Sie verschafft ihr ein demokratisches Alibi und demonstriert ihre politische und administrative "Rationalität". Ein Wahlerfolg auf Gemeindeebene wird daher mit Aussicht auf die zeitlich nachfolgenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Berlin als zentral eingestuft. Die PDS könnte es schaffen, in zwei oder auch drei Ländern zum Koalitionspartner der SPD aufzusteigen. Damit würde das Ziel einer Machtbeteiligung auch auf Bundesebene im Jahr 2002 realistisch werden.

Die PDS hofft "bundesweit auf ca. 6 Prozent, in Ostdeutschland auf 24, in Westdeutschland auf 2 Prozent".

Die Übereinstimmungen mit den Bundestagswahlen sind eindeutig: Die PDS geht von der Mobilisierung ihrer Stammwähler und von einer zu erwartenden "niedrigen Wahlbeteiligung" aus. Sie will Wähler gewinnen, die im September 1998 linken Parteien ihre Stimme gegeben hatten, um der Ära Kohl um jeden Preis ein Ende zu setzen. Die Bedeutung der Wechselwählerinnen und -wähler wird für das Gesamtergebnis der PDS als "außerordentlich groß" eingeschätzt. Die Gefahr sei allerdings, daß "die rechtsextremen Parteien und CDU/CSU (...) sie in ihrem Protestwahlverhalten intensiv ansprechen" werden. Die PDS sei also zu einer "spezielle(n) Zielgruppenansprache" gezwungen. Sie richtet ihr Augenmerk dabei hauptsächlich auf Jugendliche und Frauen. Bei den Frauen glaubt die PDS seit langem, das Vorhandensein noch unentschlossener (Wahl- und Mitglieder-) Potentiale ausgemacht zu haben.

Mehrere Wahlmottos und -slogans³⁰ wurden bereits festgelegt und decken die unterschiedlichen Ansprüche und Präsenzebenen der Partei ab. Auch die kommunale Ebene wird angesprochen (Europapolitik ist Kommunalpolitik). Bundesweit bekennt sich die PDS zur europäischen

³⁰ Als zentrale Slogans des Europawahlkampfes wurden vorgeschlagen: "Gemeinsam für ein gemeinsames Europa. PDS"; "Für ein gemeinsames Europa. PDS"; "Hier ist Europa"; "Wir sind Europa"; "Demokratisch. Gerecht. Zivil. Für ein soziales Europa. PDS"; "Europa für die Menschen. PDS"; "Europa für alle. PDS"; "Sozial und solidarisch in Europa. PDS"; "Für ein gerechtes Europa. PDS"; "Für eine starke europäische Linke".

Integration und Vereinigung (Motto: *Die PDS ist eine sozialistische Partei in der EU*). Die Partei will gemäß ihrer Strategie der "Demokratisierung der Demokratie" die "Demokratiedefizite der EU" artikulieren. Die Friedenspolitik ist ein weiteres wichtiges Anliegen.

Herzstücke des PDS-Wahlkampfes bilden mehrere Lösungsvorschläge zu gegenwärtigen Problemen (PDS-Items). Diese Argumentationsstränge wurden gezielt *konstruktiv* angelegt. Die Partei will kreativ und dynamisch erscheinen. Die PDS hat die Kritik am Rostocker Manifest von 1998, das als "Verriegelungstaktik" bezeichnet wurde, berücksichtigt. Die PDS spricht so von einer Fortsetzung "des Weges zur Europäischen Union", aber mit neuen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen "Prioritäten".

Das technische Konzept des Wahlkampfes ist klassisch angelegt: Die Partei will zu den Schwerpunktthemen, darunter auch (vorgeschlagener Arbeitstitel) "Frauen: Das halbe Europa", Themenplakate und Flugblätter sowie ein Eindruckplakat entwickeln. Die Synchronisierung der europäischen und Kommunalwahlkämpfe wird "mindestens" in einem Großflächenplakat und einem anderen Themenplakat verdeutlicht.



Das PDS-Europa-Logo wird in schwarzweiß oder in farbiger Version auf allen Plakaten erscheinen. Personenbezogene Plakate werden nur für einen bis maximal vier Kandidaten produziert. "Medienwirksame PDS-Politiker" (Gysi und Marquardt) werden - wie bei früheren Wahlen - den Wahlkampf personalisieren. Die PDS wird als zentrales Printmittel eine Europawahlzeitung

in Umlauf bringen. Die Mediaplanung wird "auf junge Wählerinnen und Wähler, special-interest-Publikationen und die Wahl-Mobilisierung konzentriert". Fernseh-, Rundfunk- und Kinospots werden modifiziert eingesetzt. Veranstaltungen werden als "Medienereignisse" konzipiert und in die zwischen Ende März und Juni 1999 geplante PR- und Pressearbeit einbezogen - mit spezieller Konzentration der Mittel auf die letzte Dekade.

5. Die Reden Lothar Biskys, Alonzo Puertas und Sylvia-Yvonne Kaufmanns

Die Rede Lothar Biskys auf dem Suhler Parteitag war erstaunlich kurz. Es gelang ihm nicht, und dies scheint zur festen Tradition zu werden, die Delegierten zu begeistern; der Beifall im Anschluß war entsprechend spärlich. Er benannte fünf zentrale Positionen der PDS: Die PDS sei die einzige deutsche Parlamentspartei, "die die europäische Sozial-, Arbeitsmarkt- und Ökologiepolitik über den EURO stellt", die eine "demokratische Kontrolle" der Europäischen Zentralbank fordere, die eine gemeinsame europäische Verfassung wolle und gegen Militärinterventionen im Ausland kämpfe. Hinzu kam der bekannte Anspruch, die einzige Vertreterin ostdeutscher Interessen zu sein. Die PDS versteht sich auch als Brücke im Prozeß der Osterweiterung der Europäischen Union. Sie stehe "für einen Kurswechsel der Europapolitik nach links".³¹

Von großer Bedeutung war die Frage nach dem Verhältnis zur SPD. Bisky bewerte "den aktuellen Streit in der SPD nicht als Debatte um die PDS, sondern als Richtungsstreit innerhalb der Sozialdemokratie". Die SPD stehe vor der Wahl zwischen "einer milderer und 'Wetten, daß ...'-unterhaltameren Fortführung der neoliberalen Politik der Ära Kohl", die nur ihre Annäherung

³¹ Ein gemeinsamer Wille und Geist des Politikwechsels muß unsere Wahlkämpfe bestimmen. Rede des Vorsitzenden der PDS, Lothar Bisky, in: Disput, Nr. 3/99, S. 3-10.

an die Union nach sich ziehen könne, oder "einem Durchbruch zu mehr sozialer Gerechtigkeit". Im letzteren Falle reicht für die PDS "die Bindung an die Grünen nicht aus, dann muß [die SPD] sich strategisch auf die PDS einlassen." Die PDS muß sich dann "auch in die Lage versetzen, (...) (sich) dieser Herausforderung *der Sache nach* zu stellen". Dies würde bei einer Stärkung der PDS bei den anstehenden Wahlen geschehen. Bisky erinnerte an die These des Bundesgeschäftsführers der SPD, daß "zwischen SPD und PDS eine 'soziale Nähe'" existiere. Damit verband er die Ankündigung, die PDS wolle 'europapolitisch kritisch auf die Finger' der SPD schauen und "Druck von links machen. (...) Oskar Lafontaine hat eine 'sozialere Union' versprochen. Wir werden Rotgrün unüberhörbar und vor allem nach dem Wahlkampf gerade an dieses Versprechen erinnern!".³²

Die Rede von Alonzo Puerta war als deutliches Zeichen der Einbindung der PDS in das internationale europäische Netzwerk konzipiert. Puerta wiederholte die Grundthesen des Gemeinsamen Aufrufs der 15 kommunistischen Parteien. Einige der Mottos: Die Europäische Union muß "Hoffnung und nicht Zwang" sein, "Über der Europäischen Zentralbank muß es eine Regierung geben, die die Wirtschaftspolitik demokratisch bestimmt", "Wir akzeptieren keinesfalls, daß diese Erweiterung zu einer Stärkung der NATO führen könnte", "Wir sind kritische Europäer und wir bekräftigen unsere Losung: Europa ja – aber nicht so!"³³

In ihrer Rede stellte Sylvia-Yvonne Kaufmann das Europa-Wahlprogramm der PDS vor. Sie vertrat die Überzeugung: "Die künftige politische Verfaßtheit der EU ist noch nicht entschieden. Gerade dies eröffnet einer Linkspartei wie der PDS große politische Spielräume zur Einflußnahme auf die Ausgestaltung dieser Gemeinschaft."³⁴

6. Das Europaprogramm

Die Beratungen und die Beschlußfassung über das Europaprogramm zogen sich in Suhl bis nach Mitternacht hin.³⁵ Auffallend war, daß praktisch alle von westlichen Landesverbänden eingebrachten Änderungsanträge abgelehnt wurden. Die Stimmung der ostdeutschen gegenüber den westdeutschen Mitgliedern schwankte zwischen höflicher Ablehnung und offener verbaler Aggression.

Das Europaprogramm der PDS "Für einen Kurswechsel in Europa. Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie" trägt die Handschriften von Dieter Klein, der zur Zeit zum Chefideologen der Partei avanciert, und André Brie. Brie regte z.B. an, das uneingeschränkte Bekenntnis der PDS zur Europäischen Union in der Präambel auch prinzipiell und an herausragender Stelle auszudrücken. Sein Vorschlag wurde auch von Lothar Bisky und Dietmar Bartsch unterstützt, während sich Hans Modrow für eine weitaus kritischere Formulierung einsetzte. Brie gelang es auch, ein Programm durchzusetzen, das dem gemeinsamen Wirken der PDS mit anderen linken Kräften in Europa (Stichwort: Identitätsschaffung) viel Aufmerksamkeit widmete.

³² Ebda., S. 1.

³³ Der Kampf gegen das neoliberale Europa braucht alle Kräfte. Rede von Alonso Puerta, in: Disput, Nr. 3/99, S. 16-17.

³⁴ Wir wollen "Europa schaffen ohne Waffen"! Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der PDS, Sylvia-Yvonne Kaufmann, in: Disput, Nr. 3/99, S. 11-15.

³⁵ Nach 14 Stunden Marathon: Ja zu Europa, Nein zu Militäreinsätzen. Generaldebatte zum Europa-Wahlprogramm, in: Disput, Nr. 3/99, S. 18-20; & Parteitag der PDS, 2. Tagung, Suhl, Europa, wir kommen. Antragsheft, 95 S.; Antragsheft 2 (Synopse), 107 S.

Der Gesamttext beinhaltet eine Präambel und unterteilt sich in 7 Kapitel, die wiederum untergliedert sind: Kapitel 1: Für eine Wende in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Absätze 1.1: Neue Prioritäten in der Wirtschafts- und Währungspolitik setzen; 1.2: Für eine Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion; 1.3: Struktur- und Regionalpolitik auf die Zukunft orientieren; 1.4: Die EU-Agrarpolitik neu gestalten; 1.5: Eine solidarische Finanzierung der EU-Politik gewährleisten); Kapitel 2: Für die umfassende Demokratisierung der Europäischen Union; Kapitel 3: Für ein solidarisches Zusammenleben in der Gesellschaft (mit den Absätzen 3.1: Frauen und Männer gleichstellen; 3.2: Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche sichern; 3.3: Die Würde des Alters achten; 3.4: Menschen mit Behinderungen gleiche Chancen gewähren; 3.5: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verhindern); Kapitel 4: Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport fördern; Kapitel 5: Die EU-Erweiterung zukunftsfähig und sozial gestalten; Kapitel 6: Für eine zivile und solidarische Weltgemeinschaft (mit den Absätzen 6.1: Eine neue europäische Friedensordnung auf den Weg bringen; 6.2: Die Lösung globaler Probleme in den Mittelpunkt der Außenbeziehungen der Europäischen Union stellen); Kapitel 7: Die öffentliche Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union im 21. Jahrhundert führen.

³⁶

Es scheint nicht nötig, jedes Detail des europäischen Programms zu erörtern, um seine wirtschaftliche Logik aufzudecken. Das hierin gespiegelte wirtschaftliche Verständnis der Partei wurde schlicht von früheren Veröffentlichungen übernommen (insbesondere von dem Rostocker Manifest) und erweist sich nur selten als erneuernd. Auf der semantischen Ebene führt die PDS eine begrenzte Erweiterung ihrer Grundlagenreferenzen durch. Sie setzt unterschiedliche neue Formulierungen ein, um durchaus altbewährte, traditionelle Werte und Ideen zu propagieren.

6.1 Der globale Rahmen und die wichtigsten Etappen der Transformation der Europäischen Union

Die PDS sieht sich als "eine europäische sozialistische Partei", die sich zur Europäischen Union bekennt. Diese Akzeptanz beinhaltet eine "grundsätzliche Kritik an der EU in ihrer derzeitigen Verfaßtheit". Die bisherige Entwicklung diene den "Interessen von Finanzkapital und Großunternehmen" und zielte auf eine globale Deregulierung. Die Ergebnisse dieses Prozesses seien "Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit". Der zivile Charakter der europäischen Integration wurde, laut PDS, "zugunsten einer Militarisierung aufgegeben" und "Kurs auf die Etablierung einer eigenständig und global agierenden EU-Militärmacht genommen". Dieser externe Interventionismus sei mit einer Abschottung gekoppelt, die aus der europäischen Union eine "Festung" gegen wirtschaftlich bedingte Einwanderungsströme mache. Ein weiterer Nachteil dieser Art von europäischer Integration sei die Unfähigkeit, ökologische Risiken in den Griff zu bekommen. Schließlich entdeckt die PDS einen "entscheidenden Geburtsfehler der Europäischen Union" - den "eklatanten Mangel an Demokratie".³⁷

Die PDS will einen "Kurswechsel" erreichen. Sie faßt dabei mehrere Abschnitte oder Zwischenstationen ins Auge: Die Vollbeschäftigung bleibt das wesentliche Ziel. Dabei soll aber "die Bewahrung und Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme in Europa" sichergestellt bleiben. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion soll durch eine "Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltunion ergänzt und korrigiert" werden. Die "umfassende Demokratisierung" der Europäischen Union soll mit einem wirtschaftlichen Transformationsprozeß einhergehen, da "transparente und demokratische Entscheidungsprozesse

³⁶ Für einen Kurswechsel in Europa. Das Europa des 21. Jahrhunderts braucht Frieden, Arbeit und Demokratie, in: Disput, Nr. 3/99, Sonderheft, 23 S.

³⁷ Ebda., S. 4-5.

in Politik und Wirtschaft, aktive Mitgestaltung durch die (...) Bürger, größere Rechte für das Europäische Parlament" die Säulen einer neuen Europäischen Union bilden sollen. Die PDS fordert als Voraussetzung für die Einleitung dieses Demokratisierungsprozesses die Vereinheitlichung der Rechte aller in der Europäischen Union lebenden Personen. Sie unterscheidet dabei nicht zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern. Die Aufnahme eines "Grundrechtekatalogs" sowie "umfassender Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetze" in den EU-Vertrag vervollkommen dieses Reformvorhaben. Ein umfassendes und undifferenziertes Grundrecht auf Asyl soll daher garantiert werden.

Die PDS lehnt den Gedanken einer WEU entschieden ab, da Europa "frei von Atomwaffen" sein und seine "Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umstellen" soll. Die "Auflösung der NATO" und der gleichzeitige Ausbau der OSZE zu einer "nichtmilitärischen europäischen Sicherheitsstruktur" sollen eine "zügige Erweiterung der Europäischen Union" und die Überwindung der politischen und ökonomischen Spaltung Europas, "die 10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer noch immer besteht", sicherstellen.

Die Komplexität des kommunistischen und postkommunistischen Projektes bedingt eine langfristig angelegte Einwirkung auf diejenigen Akteure, die dem Transformationsprozeß Europas gewogen sind. Deshalb braucht eine "starke, pluralistische europäische Linke" Koordinations- und Kooperationsinstanzen. Diesen Bezug stellt die Fraktion "Vereinte Europäische Linke/Nordische grüne Linke" des Europäischen Parlaments und darüber hinaus "insbesondere" das Forum der Neuen Europäischen Linken dar. Zugleich sieht sich die PDS, wie ihre politische Partner in Europa, eng verbunden mit den Gewerkschaften, "Nichtregierungsorganisationen, außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen", die "die Europäische Union verändern wollen".

Auf innenpolitischer Ebene versucht die PDS, die aktuellen Entwicklungen zu prägen: Sie will "die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung kritisch von links begleiten". Die SPD wird als mitverantwortlich für "grundlegende Fehlorientierungen der EU-Entwicklung" abgekanzelt, da sie dem Amsterdamer Vertrag und - gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen - der Einführung des Euro im Bundestag zugestimmt hat. Die PDS dagegen lehnt die "Fortsetzung" und jede "verträglichere" Variante der "bisherigen Bonner Europapolitik" ab. So richtet sie an die Regierungskoalition den Aufruf, "die Ära der Geheimdiplomatie in Sachen Europa zu beenden und Transparenz herzustellen". Die europäische Integration im 21. Jahrhundert bedürfe einer "demokratischen Legitimation" durch die Bürger und solle daher zum Gegenstand einer "breiten öffentlichen Debatte über ihre Zukunft" gemacht werden. Auch die Bürger werden aufgerufen, "neue Impulse" beizusteuern, damit Europa auf "einem wahrhaft demokratischen Fundament" aufgebaut wird.³⁸

³⁸ Ebda., S. 6ff.

6.2 Aspekte der "Wende" in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

Der Euro wird als "tiefe Zäsur im Prozeß der europäischen Integration" und der "einseitigen monetären Orientierung" bezeichnet. Die Vereinbarungen von Maastricht und Amsterdam hätten als Funktion "die Ausweitung des Unternehmenswettbewerbs". Hinter diesem "wirtschaftlichen Gefüge" verberge sich ein soziales Vorhaben: "Markt und kapitalistische Konkurrenz werden für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Europa zum Gestaltungsprinzip erhoben". Anschließend findet sich ein zentrales Thema der Wahlpropaganda der PDS: Die neoliberale Wirtschaftspolitik, die die Abschnitte des europäischen Aufbaus bestimmt habe, habe "eine beispiellose Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben zur Folge". Die "Spaltung der Gesellschaften in arm und reich", das Sinken der Realeinkommen, die Massenarbeitslosigkeit stünden in scharfem Gegensatz zur Steigerung der Gewinne der Großunternehmen und Banken.³⁹

Die PDS prangert den Verlust der politischen Unabhängigkeit der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten an, die "nur noch begrenzt über ihre nationalen Haushalte entscheiden" könnten und kaum noch Handlungsspielraum hätten. "Eine solche Entwicklung bedroht politische Stabilität und Demokratie in Europa, fördert Ausländerfeindlichkeit, untergräbt die erreichten Ergebnisse des Zusammenlebens der europäischen Staaten und Völker, verbreitet zunehmenden Euroskeptizismus". Eine Korrektur dieser Entwicklung könne nur durch die Eindämmung der "Zentralisierung und Konzentration des Großkapitals in Industrie, Finanzen, Handel und Dienstleistungen" erreicht werden. Weitere "Privatisierungen öffentlichen Eigentums" werden strikt verworfen. Die PDS-Formel lautet: "Auf europäischer Ebene muß dem Primat der Politik gegenüber dem Diktat vermeintlicher wirtschaftspolitischer Sachzwänge Geltung verschafft werden."

Gleichzeitig sollen aber neue Konvergenzkriterien festgelegt werden, um dem unterschiedlichen Stand der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Damit soll vermieden werden, daß Beschäftigte gegeneinander ausgespielt werden können. Die PDS will eine Neuverhandlung des Stabilitätspaktes einleiten, insbesondere um eine seiner korrektiven Komponenten wiederzubeleben, von der sie sich eine aktive Arbeitspolitik verspricht: Haushaltsüberschüsse sollen nicht mehr ausschließlich zur Tilgung von Staatsschulden verwendet werden. Genau so wichtig erscheint es der PDS, "die Aufgaben der Europäischen Zentralbank politisch neu zu bestimmen." Priorität soll künftig nicht Preisstabilität, sondern Vollbeschäftigung haben. Die PDS fordert darüber hinaus eine "öffentliche Kontrolle der Tätigkeit der Europäischen Zentralbank, insbesondere ihre Auskunfts- und Rechenschaftspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament".⁴⁰

Die Europäische Union muß, laut PDS, eine "Beschäftigungsunion" sein. Die PDS setzt sich daher "gemeinsam mit anderen linken Kräften für die Erarbeitung und umgehende Realisierung einer europäischen Beschäftigungsstrategie ein, die sich am Ziel einer neuen Art der Vollbeschäftigung sowie der Bewahrung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaatsmodells orientiert." Die Arbeitsmarktpolitik der EU müsse voluntaristisch geprägt sein. Die Europäische Union soll "vertraglich die Kompetenz übertragen bekommen, soziale und Beschäftigungsfragen durch regulierende Eingriffe in den Marktmechanismus zu steuern."

Eine wichtige Maßnahme hierfür ist - so die PDS - die "deutliche Verkürzung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit". Vorbild ist die französische 35-Arbeitsstunden-Woche, verbunden mit einem Überstundenabbau. Der "Abbau des öffentlichen Dienstes und die

³⁹ Ebda.

⁴⁰ Ebda.

Privatisierung von staatlichen Dienstleistungseinrichtungen" müssen gestoppt werden. Die PDS will Arbeitsplätze "sowohl im öffentlichen Dienst als auch in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor" schaffen. Schließlich soll der Staat im Fall von Subventionierungen von Großunternehmen "im Gegenzug Aktienpakete erhalten".

Die Europäische Union soll auch "Sozialunion" sein. Die PDS will "verbindliche und einklagbare Sozialstandards" schaffen, die einen "Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Sozialleistungen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte" unterbindet. Neben den individuellen Grund- und Menschenrechten sollen "soziale Grundrechte"⁴¹ vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbar sein. Die PDS plädiert für die Erarbeitung "eines europäischen Rahmengesetzes zum Arbeits- und Tarifrecht und zur Arbeitsgerichtsbarkeit". Weitere gemeinschaftliche Regelungen werden von der PDS gefordert: die soziale Grundsicherung in allen Mitgliedstaaten, eine "gesetzliche Festlegung zur Arbeitszeit, zum Urlaub, zum Rentenalter, zur sozialen Grundsicherung und zum Mindestlohn".

Das letzte Element des ideologischen Triptychons der PDS stellt die "Umweltunion" dar. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaften und die "Wiederherstellung und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts und der natürlichen Lebensgrundlagen" ist ihr erklärtes Ziel. Auch hier wird das Prinzip der Demokratisierung in den Vordergrund gestellt, insbesondere in den Bereichen der Umweltinformation, der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfungen, des Verbraucherschutzes und des Verbandsklagerechts. Wichtiger Bestandteil des geplanten ökologischen Umbaus der Industriegesellschaften ist für die PDS die Schaffung "regionaler Wirtschaftskreisläufe, durch die Verkehr, Energie und Ressourcenverbrauch minimiert werden" sollen. Der Erfolg dieser Strategie impliziert eine ökologische Steuerreform sowie "andere relevante Steuerungs- und Regulierungsmechanismen" der Wirtschaft. Die Produktion von Waren soll nicht nur im Falle einer Gefährdung der menschliche Gesundheit einer umfassenden Kontrolle unterliegen. Die Verkehrspolitik soll "sowohl die Bewegungsfreiheit aller Menschen gewährleisten, als auch den Energie-, Flächen-, Schadstoff- und Lärmausstoß entscheidend senken." Der Gütertransport über längere Strecken soll "von der Straße auf die Schiene" verlagert, die Nutzung von Autos "durch attraktive und preiswerte Angebote des schienengebundenen Nahverkehrs" reduziert und der "Neubau von Autobahnen deutlich" eingeschränkt werden.

Die PDS unterstützt die "Einführung einer Energiesteuer als Kern eines Ökosteuerkonzepts". Sie will "alle fossilen Primärenergieträger sowie die Energieträger" besteuern, die zur Erzeugung von Atomstrom genutzt werden. Eine Anhebung der Mineralölsteuer, die Einführung einer Schwerlastabgabe für LKWs sowie die Besteuerung von Flugbenzin runden den Maßnahmenkatalog ab. Eine "radikale" Änderung der EU-Energiepolitik kann nur durch den "schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie" gelingen, aber auch durch den Einsatz diverser weiterer "Hauptinstrumente wie Energieeinsparung, rationelle Energienutzung, Förderung regenerativer Energieträger".

Die PDS billigt der Struktur- und Regionalpolitik der Europäischen Union einen hohen Stellenwert zu. Das Testkonzept dazu ist ihr "Rostocker Manifest" mit einem Aufruf zu Konzentration der Mittel und wirtschaftlichen Hilfen auf die neuen Bundesländer, aber auch - noch gezielter - "auf Grenzregionen, die einem besonderen Anpassungsdruck ausgesetzt sind durch die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union".

⁴¹ Der PDS-Grundrechtekatalog: "Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, Aus- und Weiterbildung, das Recht auf soziale Sicherung, das Recht auf menschenwürdigen Wohnraum, das Recht auf Schutz der Gesundheit, das Recht auf Gleichstellung von Frau und Mann, das grenzüberschreitende Koalitions- und Streikrecht sowie Tarifautonomie und Mitbestimmungsrechte".

Eine Analyse der PDS-Positionen im Bereich der Agrarpolitik der EU deckt die wahlpolitischen Prioritäten der Partei auf, die auf die bereits 1996 begonnene Unterstützungskampagne der LPG-Nachfolgestrukturen hinauslaufen⁴².

Die PDS sieht die "Mehrheit der Bauern heute am unteren Ende der sozialen Skala". Diese soziale Gruppe sei durch die europäischen Reformen bedroht, insbesondere wegen der Bestrebungen, die "EU-Agrarpolitik zu renationalisieren". Eine Neugestaltung tut not: "Grundrichtung der eigenständigen EU-Agrarpolitik muß es sein, den europäischen Binnenmarkt voll zu erschließen und qualitativ auszubauen." Die PDS hält die aktuelle "Kombination von Interventions- und Richtpreisen mit Mengenregulierung und Ausgleichszahlung" für relativ effizient. Dieses System soll "gegen neoliberale Angriffe" verteidigt werden und von internationalen Maßnahmen der EU begleitet werden: Ausreichender "Schutz vor den Expansionsbestrebungen der USA-Agrarwirtschaft sowie unkontrollierten Billigimporten" sei zu gewährleisten, ohne hierdurch den Entwicklungsländern zu schaden. In diesem Zusammenhang hält die PDS "die in der Agenda 2000 vorgesehenen Preissenkungen für viel zu hoch" und "unterstützt" die kritische Politik des Deutschen Bauernverbandes.

Die Lösung des Finanzierungsproblems der EU-Politik bereitet der PDS anscheinend Schwierigkeiten. Sie setzt auf ein einfaches Prinzip: "Die PDS tritt für ein sozial gerechtes Finanz- und Steuersystem in der Europäischen Union ein", im "Geist der Solidarität zwischen stärkeren und schwächeren Ländern und Regionen". Unverzichtbar sei "das gleichberechtigte Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments in allen Fragen der EU-Finanzierung und der Währungsunion". Über diese Grundpetitionen hinaus bleiben die PDS-Aussagen zu diesem Thema sehr vage. Die Partei stimmt einer "Beibehaltung der Eigenmittelobergrenze von 1,27% des BIP für den Zeitraum 2000-2006" zu, sieht aber "die Notwendigkeit (...), mittelfristig den EU-Haushalt zu erhöhen." Mangels eigener konkreter Ideen schlägt die PDS vor, "in der kommenden Wahlperiode eine Diskussion über die schrittweise Einführung zusätzlicher Gemeinschaftsmittel zu führen". Ohne darüber eine klare Aussage zu machen, scheint die PDS eine höhere Neuverschuldung abzulehnen. Die sofortige Finanzierung arbeitspolitischer Maßnahmen könne nur durch eine "kritische Prüfung" der Ausgabenstruktur des EU-Haushalts sichergestellt werden. Der einzige eindeutige Punkt des vorgelegten Programms besteht im erklärten Willen, eine europaweite Steuerharmonisierung durchzusetzen sowie "Steuerdumping und Steuerflucht" zu unterbinden. Eine stärkere Belastung der höheren Einkommen wie der Unternehmensgewinne bleibt die traditionelle Lösung, die die PDS als Finanzierungs- und Verbesserungsvorschlag bereithält.⁴³

⁴² "Die PDS wird gemeinsam mit den ostdeutschen Bäuerinnen und Bauern die Ergebnisse der Bodenreform in Deutschland verteidigen und sich bei der Europäischen Kommission dafür einsetzen, daß die ostdeutschen Agrarbetriebe, insbesondere die Gemeinschaftsunternehmen, nicht vom Bodenerwerb ausgeschlossen bzw. daran gehindert werden. Der Agrarstrukturwandel erfordert eine Bodenpolitik, die ein Abfließen der Ausgleichszahlungen aus der Landwirtschaft über die Pacht in unproduktive Privatsphären verhindert. Die PDS ist für eine Änderung des Privatisierungsauftrages für die ostdeutschen Bodenreformflächen und deren Übergabe an die Länder und Kommunen."

⁴³ Für einen Kurswechsel in Europa, a.a.O., S. 10-11.

6.3 *Der Kampf um die Demokratisierung der Europäischen Union*

Der Europäischen Union fehlt es, laut PDS, an "demokratischer Legitimation", daher würden die Bürger ihr gegenüber eine skeptische und mißtrauische Haltung einnehmen: Dabei nähmen "nationalistische Stimmungen bedrohliche Ausmaße" an. Die PDS vermißt ein Angebot von Leitbildern und Perspektiven an die Bürger, die "politische und soziale Verantwortung übernehmen" sollen. Eine Demokratisierung der Europäischen Union erfordert laut PDS-Analyse:

- "die Verankerung einklagbarer Grund- und Menschenrechte im EU-Vertrag" (grundlegende Menschenrechte, politische Gestaltungsrechte, soziale und ökologischen Rechte sowie die prozessualen Grundrechte);
- "die Beseitigung der wachsenden Machtkonzentration in den Händen der Exekutiven und Bürokratien durch Stärkung der repräsentativen Demokratie, vor allem der Rechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente." Für die PDS ist das Europäische Parlament, das aus Direktwahlen hervorgegangen ist, vom Wesen her viel demokratischer als jede andere europäische Institution und es soll "dem Ministerrat bei allen legislativen Entscheidungen der gemeinschaftlichen Rechtsetzung im Bereich des Binnenmarktes sowie in allen Politikbereichen (...) gleichgestellt werden." Im Rahmen des PDS-Reformprojektes sollen die Kompetenzen des Europäischen Parlaments besonders stark ausgeweitet werden (Initiativrecht im Gesetzgebungsprozeß, notwendige Zustimmung im Falle von Änderungen des EU-Vertrages, Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte in den Bereichen Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Rechts- und Innenpolitik.) Sie spricht sich dafür aus, daß der Präsident der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament gewählt wird. Mittelfristig strebt die PDS danach, daß dem europäischen Parlament die gleichen Rechte zugebilligt werden wie dem Bundestag in Deutschland. Die PDS will auch den nationalen parlamentarischen Prozeß in die Entscheidungsfindung (Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Justiz- und Innenpolitik) auf der Ebene der Europäischen Union einfügen und vertraglich fixieren. Zum Abschluß dieses Teils ihrer Analyse häuft die PDS ihre Kritikansätze im Bereich der Justiz- und Innenpolitik an. "Politisch" ist es für die PDS "besonders wichtig", die Europäische Polizeibehörde (EUROPOL) "einer direkten Kontrolle des Europäischen Parlaments zu unterstellen und die Immunität von Eurocops abzuschaffen." Die PDS warnt vor dem Risiko des Mißbrauchs der polizeilichen Strukturen zu geheimdienstlichen Zwecken.
- "mehr Partizipationsmöglichkeiten der Bürger": Die PDS fordert "direkte Mitgestaltungsrechte und Mitentscheidungsmöglichkeiten" für die Bürger. Sie plädiert bei grundlegenden Beschlüssen zur Ausgestaltung der Europäischen Union für Plebiszite. Sie hält es "für unverzichtbar, Nichtregierungsorganisationen, BürgerInneninitiativen, Gewerkschaften, Frauenverbände und andere gesellschaftliche Kräfte und Organisationen in Planungsprozesse sowie in entscheidungsvorbereitende Aktivitäten der EU-Institutionen einzubeziehen."
- Schließlich setzt sich die PDS für die "Demokratisierung des Arbeits- und des Wirtschaftslebens" ein. Diese kann nur durch die bereits öfters von der PDS beschriebenen Maßnahmen erreicht werden: "Stärkung und Ausweitung gewerkschaftlicher und betrieblicher Mitbestimmungsrechte, im Rahmen der Aktiengesellschaften verbindliche Mitbestimmungsrechte". Ein "EU-weites Streikrecht" der Gewerkschaften soll auch "vertragsrechtlich" garantiert werden.⁴⁴

⁴⁴ Ebda., S. 11-12.

Die PDS kennt den Stellenwert der Solidaritätsthematik in den neuen Bundesländern, auch als eine Art semantischer Brücke zu den "neuen sozialen Bewegungen" und "fortschrittlichen Milieus" (z.B. linke Christen). Die PDS konzidiert, daß im EU-Vertrag "die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit als gemeinsame Grundsätze aller Mitgliedstaaten und der Union verankert" sind. Jedoch scheint ihr die Wirklichkeit von den juristischen Texten stark abzuweichen. Als Grund hierfür sieht sie das Fehlen der "Grundrechte auf Arbeit, Wohnung und Bildung" im Menschenrechtskatalog. Darüber hinaus fordert die PDS die Ausarbeitung umfassender Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetze, die auch Sanktionsmöglichkeiten gegen Staaten beinhalten, die sie nicht anwenden.

Die PDS prangert die Diskriminierung von Frauen "in allen Lebensbereichen" an und bemängelt die niedrige Anzahl der Frauen in Spitzenpositionen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Laut PDS seien auch die Frauen die ersten Opfer von Wirtschaftskrisen: "Arbeitslosigkeit und Armut in der Europäischen Union sind in erster Linie weiblich." Die PDS will "die Gleichstellung der Geschlechter für alle Politikbereiche im EU-Vertrag" verankern und "wirksame Kontrollinstrumente" schaffen. Die Gefälle zwischen den Löhnen von Männern und Frauen sollen abgeschafft werden und die PDS fordert "unionsweit Sanktionen gegen Betriebe und Unternehmen, die diesen Grundsatz verletzen." Die Förderung der sozialen Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Horte) und die Bereitstellung von Mitteln für Qualifizierungsprogramme arbeitsloser Frauen müßten die Reformen begleiten. Zu den traditionellen PDS-Themen gehören die Verurteilung jeder Gewalt gegen Frauen, der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz sowie die Ablehnung frauendiskriminierender Werbung und des Frauenhandels. Die Europäische Union wird auch aufgerufen, "die Bedingungen für die volle und gleichberechtigte Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen zu schaffen." Dabei setzt sie sich für die "gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen und Lebensgemeinschaften" ein.⁴⁵

Die PDS interessiert sich für Kinder und Jugendliche. Sie plädiert für die Aufnahme einer "kinder- und jugendpolitischen Querschnittsklausel" in den EU-Vertrag, die gemeinsam mit Kinder- und Jugendorganisationen verfaßt werden soll. Die Jugend stellt für die Partei eine wichtige politische Zielgruppe dar: Sie will "Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten geben, (...) ihre Sicht in die politischen Entscheidungsprozesse einzubringen." Sie befürwortet die "Bildung eines Europäischen Kinder- und Jugendrates, dessen Vorschläge in der EU-Gesetzgebung berücksichtigt werden müssen." Eine Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre soll für Wahlen zum Europäischen Parlament gelten. Die älteren Menschen und die Behinderten werden ebenfalls nicht vergessen: Die PDS setzt sich "für ein selbstbestimmtes, materiell gesichertes und sozial integriertes Leben im Alter ein", tritt "für einen solidarischen Umgang der Generationen (Generationenvertrag) ein". Zur Umsetzung fordert sie eine "Mindestrente", "bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum", "umfassende gesundheitliche Betreuung", "ein barrierefreies öffentliches Verkehrsnetz" und einen "europäischen SeniorInnenpaß". Politisch kehrt die PDS zu ihrer Utopie der "Räte" zurück: Die Ausweitung von Mitspracherechten von Seniorinnen- und Seniorenbeiräten und -vertretungen soll zur Gründung eines "Europäischen Seniorenparlaments" führen, das der Stimme der älteren Generation Gehör verschafft. Die Europäische Union muß auch Mittel zur Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte freigeben. Die PDS lehnt auch die Bioethik/Biomedizin-Konvention des Europarates ab und fordert ein "Verbot fremdnütziger Eingriffe und Forschung" über genetische Abläufe.

⁴⁵ Ebda., S. 13ff.

Die PDS sieht in der Verstärkung ihrer antirassistischen und antifaschistischen Positionen ein grundlegendes geistiges Element, das einer umgestalteten Europäischen Union eingepflanzt werden muß. "Entsolidarisierung und Fremdenfeindlichkeit" bestimmen das gegenwärtige Klima. Dies "begünstigt Rechtsextremismus, Rassismus und das Aufleben von Antisemitismus." Eine Ursache sieht die PDS in der heutigen nationalen und europäischen Einwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Die Abkommen von Schengen und Dublin, die die Politik der Europäischen Union stützen, werden von der PDS abgelehnt. Sehr konkrete Forderungen werden gestellt: Der erste Schritt ist eine 'Vergemeinschaftung der Einwanderungs- und Visa-, Asyl- und Flüchtlingspolitik'. Das Europäische Parlament soll "über Mitentscheidungsrechte und Kontrollbefugnisse" verfügen. Dies impliziert eine Änderung des Amsterdamer Vertrages. Die von der PDS vorgeschlagene EU-Einwanderungspolitik will alle ausländischen Mitbürger rechtlich gleichstellen. Alle Ausländer, die mindestens fünf Jahre in einem EU-Mitgliedstaat leben, sollen das Recht haben, "die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltslandes und damit auch die Unionsbürgerschaft zu erwerben und - soweit sie es wünschen - gleichzeitig die Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes bzw. ihre bisherige Staatsbürgerschaft beizubehalten". Nach fünfjährigem Aufenthalt im Gebiet der Europäischen Union ist den Migranten "das aktive und passive Wahlrecht für alle Wahlen in ihrem Aufenthaltsland sowie für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu gewähren." Die PDS geht sogar noch weiter: Das Prinzip der Aufnahme von Asylsuchenden wird weit überspannt: "Die Flucht aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland oder über ein Drittland darf keinen Ausschluß vom Asylverfahren begründen."

Der Antifaschismus war immer eine klassische kommunistische Position. In diesem Punkt führt die PDS die Tradition fort: "Die PDS wird weiterhin gemeinsam mit anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften konsequent Widerstand gegen Rechtsentwicklung, Rassismus und Antisemitismus leisten." Sie will "breiteste antifaschistische Bündnisse und die effektivere EU-weite Vernetzung antifaschistischer Initiativen und Organisationen" fördern. Sie verlangt die Entschädigung aller "Opfer der NS-Herrschaft im In- und Ausland" (Zwangsarbeiter, Roma und Sinti, Homosexuelle, Euthanasieopfer und Zwangssterilisierte), die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und "die Aufhebung der noch bestehenden NS-Urteile". Konzerne, die von Zwangsarbeit und Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen materiellen Nutzen hatten, "müssen für Entschädigungsleistungen herangezogen werden."⁴⁶

Das Europaprogramm der PDS befaßt sich schließlich auch mit den Bereichen Kultur und Kunst, Bildung, Wissenschaft und Sport. Das Prinzip ist einfach: Jeder Bürger soll ungehindert "Zugang zu Kunst, Bildung, wissenschaftlicher Lehre und Forschung sowie Sport" haben. Die Lösung liegt in einem immensen Finanzierungsprogramm, dessen Details ebenso zahlreich wie unrealisierbar sind. Dennoch sind einige Punkte der Analyse interessant.

Die PDS spricht von einer "zunehmenden kulturellen Entwurzelung und Nivellierung durch die weltweite Verbreitung gleicher Kulturmuster". Diese Tendenz gelte es mit der "Pflege kultureller Traditionen" zu bekämpfen. Der Begriff der Amerikanisierung erscheint hier dennoch nicht, im Gegensatz zu anderen theoretischen Texten. Die "Kommerzialisierung des kulturellen Sektors" und die "Liberalisierung des Urheberrechts" werden als Beispiele einer die europäische Kultur zerstörenden Entwicklung genannt, als Gegenmaßnahmen zum Beispiel eine "kulturelle Filmförderung" oder die Beibehaltung einer "grenzüberschreitenden Buchpreisbindung".

⁴⁶ Ebda., S. 15-16.

Zusätzlich zu einer Politik der massiven Unterstützung aller Formen der Bildung fordert die PDS Korrekturen in der Ausbildungspraxis: Zum Beispiel sollen "Auszubildende und Studenten aus sozial schwachen Familien" "besonders gefördert werden, indem künftig neben dem Leistungskriterium auch die finanzielle Bedürftigkeit von (...) Bewerbern berücksichtigt wird." Die Demokratisierung der Bildungs- und Schulsysteme geschieht mit dem bekannten Instrumentarium: Der "gesetzlichen Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, für Kinder und Jugendliche" soll umgesetzt werden. Das Erlernen von neuen Kommunikationstechnologien soll "nicht der öffentlichen Hand entzogen und allein gewinnorientierten Dienstleistungs- und Bildungseinrichtungen überlassen werden."

Die PDS will eine EU-weite Anerkennung der Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüsse sowie pädagogischer Examina. Dabei will sie sich "im Europäischen Parlament und im Europarat besonders dafür einsetzen, daß die Abschlüsse von Lehrerinnen und Lehrern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der DDR anerkannt werden."

Die Frage der Medien wird zum Objekt ganz besonderer Aufmerksamkeit. Die PDS fordert z.B. die EU-weite politische und rechtliche Gestaltung der "virtuellen Unterhaltungswelt", da sie "grundsätzliche Fragen der Demokratie berühren." Ziel dieser Regulierung sei, "friedens- und demokratiefeindliche Demagogie" abzuwehren. Die PDS verlangt den freien Zugang zum Internet, freie Terminals in Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken und Rathäusern. Dabei tritt sie "für das Recht ein, Informationen zu verschlüsseln und sie damit, analog dem Briefgeheimnis, unerwünschtem Zugriff Dritter zu entziehen." Die PDS will auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten im Rahmen der nationalen Mediensysteme erhalten, im zu erweiternden EU-Vertrag grundrechtlich verankern. Die "Tendenzen der Reduzierung der Informations- und Medienlandschaft auf wirtschaftliche Kenngrößen" wird als Bedrohung der europäischen Kultur und ihrer Vielfalt dargestellt. Sport wird definiert als Kulturgut, das "nicht den Zwängen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs unterworfen werden" darf. Die PDS setzt sich in diesem Sinne dafür ein, "das Recht auf Sport und die Belange des Sports in einem entsprechenden Artikel des EU-Vertrages zu verankern."⁴⁷

6.4 Die EU-Erweiterung

Die Erweiterung der Europäischen Union ist für die PDS ein Schritt in Richtung der Schaffung eines gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sozialraums. Die mittel- und osteuropäischen Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union werden möchten, müssen in ihrer Forderung unterstützt werden. Dabei sollen "im Vorfeld ihres EU-Beitritts die notwendigen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen geschaffen werden", damit diese Länder dem "Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Europäischen Gemeinschaft standhalten" können. Die Bürger der Beitrittsländer müssen in Kenntnis der ausgehandelten konkreten Bedingungen durch Referenden über den Beitritt zur Europäischen Union entscheiden können. Weil die mittel- und osteuropäischen Länder die zu erwartenden Transformationsprozesse allein nicht bewältigen können, muß die EU sich "langfristig solidarisch" verhalten. Dabei wird der Wiederaufbau ihrer Wirtschaften unterstützt. Wiederum wird das Problem der Finanzierung des Projekts nicht erwähnt.⁴⁸

Die gegenwärtige Strategie der EU-Kommission, künftige Mitgliedsländer an die EU heranzuführen, wird als ausschließlich utilitaristisch denunziert. Die Beitrittsländer würden "zu Absatzmärkten für westeuropäische Produkte degradiert" – ohne Rücksicht auf soziale Folgen.

⁴⁷ Ebda., S. 18-19.

⁴⁸ Ebda., S. 19-20.

Dagegen plädiert die PDS für die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Bindung der Investitionszuschüsse an den Abbau von Produktionskapazitäten wird als "inakzeptabel" gekennzeichnet. Die PDS unterstützt die Vereinbarung "spezifischer Regelungen zum Eigentum an Grund und Boden" und lehnt "jegliche Forderungen nach Rückgabe von 1945 konfisziertem Eigentum in Polen, Tschechien und Ungarn" strikt ab. Die PDS sieht sogar "die immer lauter werdenden revanchistischen Forderungen und Planspiele" als Drohung an die Wirtschaft der Beitrittsländer. "Die Erweiterung der Europäischen Union darf nicht dazu mißbraucht werden, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren." Die PDS lehnt die NATO-Osterweiterung "uneingeschränkt" ab und plädiert für "vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung".

Die Europäische Union darf sich nicht nur nach Osten erweitern, Die PDS unterstützt den Antrag Zyperns, Mitglied der Europäischen Union zu werden, und befürwortet auch die Aufnahme der Türkei. Zahlreiche Bedingungen sollten jedoch zunächst erfüllt werden: "Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzung Zyperns und politische Lösung der Zypernfrage, politische Lösung der Kurdenfrage, Herstellung demokratischer innenpolitischer Verhältnisse." Die Aufmerksamkeit für Zypern ist ein Effekt der Aufnahme von AKEL in die NELF und der Intensivierung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien seit 1996.

6.5 Die Friedenspolitik



Die "Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen" hat für die PDS "absoluten Vorrang". Eine neue europäische Friedensordnung soll entstehen. Die PDS lehnt die "fixierte militärisch geprägte Ausrichtung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab" ebenso die Schaffung einer europäischen Armee, den "Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) zum militärischen Arm der Europäischen Union" sowie "die Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur" im Dienste der "Waffenexporteure im weltweiten Rüstungswettbewerb". Europa muß eine "klare zivile Ausrichtung" haben.

Der Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung soll forciert werden: Er umfaßt "die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen, gemeinsame Maßnahmen zur Konversion von Rüstungen und Streitkräften, regionale Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, Verzicht auf die Stationierung fremder Truppen und militärischer Einrichtungen auf dem Territorium anderer Staaten, (...) die Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses unter Einbeziehung der europäischen Atomwaffenmächte Frankreich und Großbritannien sowie Chinas, die Aufgabe der nuklearen Abschreckungsdoktrin, den Verzicht auf den atomaren Erstschatz und die Absage an jegliche nukleare Komponente im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, (...) das Verbot von ABC-Waffen." Die Einschränkung des Waffenhandels (auch von Kleinwaffen) und das Verbot von Rüstungsexporten in Krisengebiete werden als dringende praktische Maßnahmen dargestellt.



Die PDS lehnt auch "militärische Interventionen der NATO in Krisengebieten in Europa oder anderen Regionen der Welt ab". Sie spricht von einem "Bruch des Völkerrechts" bei der Selbstmandatierung der NATO zur Anwendung militärischer Gewalt im Kosovo-Konflikt. Die PDS hält an ihrem Ziel, "die NATO längerfristig aufzulösen, fest" und fordert die Schaffung einer "nichtmilitärischen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung". Rußland muß integraler Bestandteil dieses Prozesses sein, der von der OSZE zu lenken sei.

Die UNO ist die zweite Hauptsäule dieses Friedensplans. Die PDS will die Rolle der UNO und ihrer Spezialorganisationen stärken. "Das UNO-System muß zum Zentrum gemeinsamer internationaler Aktivitäten zur Sicherung von Frieden und Entwick-

lung, zur Beseitigung von Hunger, Armut und Unterentwicklung und zum Erhalt der natürlichen Umwelt ausgebaut werden." Die UNO wird aufgefordert, in die Weltwirtschaftsordnung einzugreifen und die "negativen Tendenzen, die von den deregulierten, entfesselten Finanzmärkten ausgehen, zurückzudrängen." Um die internationalen Finanzsysteme zu regulieren, will die PDS eine "Besteuerung internationaler Währungstransaktionen" einführen.

Die Schaffung neuer Politikansätze im Geist des Lomé-Abkommens zur effektiveren Unterstützung der Entwicklungsländer liegt laut PDS an der Europäischen Union. Eine umfassende Entschuldung der ärmsten Länder sieht sie als Voraussetzung ebenso die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttonettoprodukts. Die Öffnung des Lomé-Abkommens für andere Staaten, darunter Kuba, ist Teil der Forderungen der PDS. Sie verlangt von der Europäischen Union, "sich für die Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba einzusetzen." Unverzichtbar sei auch die "Verbindung von Entwicklungs- und Umweltpolitik". Die Realisierung der Beschlüsse der Umwelt- und Entwicklungskonferenz von Rio de Janeiro 1992 wird als Notwendigkeit gesehen, um eine Klimakatastrophe zu verhindern.⁴⁹

6.6 Zusammenfassung

Dieser Text zeigt, daß die PDS die Europäische Union in ihrer aktuellen Form und Ausgestaltung eindeutig ablehnt. Die PDS und ihre Bündnispartner haben Probleme, ein kohärentes Gegenmodell eines sozialistischen Europa zu entwickeln. Das PDS-Programm weist unbestreitbare strukturelle Schwächen auf. Die Frage der Finanzierung der unzähligen interventionistischen Maßnahmen - die PDS hat einen umfangreichen Forderungskatalog erstellt, der großen Teilen der EU-Bevölkerung staatliche Leistungen verspricht - wurde absichtlich nicht beantwortet. Offensichtlich ist, daß die PDS nur über sehr begrenzte Kompetenz im wirtschaftlichen und ökologischen Bereich verfügt. Deshalb kann sie auch keine ernsthaften Lösungen für die Alltagsprobleme der europäischen Integration anbieten. Die Partei ist Gefangene ihrer "antikapitalistischen Ethik" und der Implikationen eines solchen Modells. Dessen Mißerfolg wäre vorprogrammiert: Es handelt sich um ein wirtschaftspolitisch völlig überreguliertes System, geplagt von einem aufgeblähten Rätssystem. In diesem Sinne ist das Europäische Programm der Partei nicht als wirtschafts- und sozialpolitisches Angebot zu verstehen, sondern als Aspekt des ideologischen Wiederaufbaus der Identität einer neokommunistischen Partei.

⁴⁹ Ebda., S. 21-23.

7. Die Vertreterversammlung von Suhl - Daten und Fakten

Von den 427 gewählten Vertretern waren 379 anwesend. Mit 52,0% stellten die Frauen eine klare Mehrheit. Die soziologischen Daten der Vertreter zeigen, daß sie keinen repräsentativen Querschnitt der Parteimitglieder darstellen.⁵⁰

7.1 Die Kandidaten

Auffallend war zunächst die Tatsache, daß die 45 Kandidaten eine sehr "bunte Truppe" darstellten. Sie repräsentierten alle Strömungen und Milieus, die derzeit in der PDS aktiv sind⁵¹.

⁵⁰ Bericht der Mandatsprüfungskommission (Vorsitzende Maren Haase): Schlüssel für die Mandate: 427 gewählte Vertreter (Frauenanteil: 53,16%) aus den Landesverbänden; sie sind alle Mitglieder PDS, volljährig und deutsche Staatsbürger; Grunddaten: 379 anwesend, 88,8%, 197 Frauen, 52,0%; Altersstruktur: bis 25 Jahre: 6,65%; 26-35: 11,09%; 36-45: 30,54%; 46-55: 28,57%; 56-65: 16,75%; über 65: 6,4%; Sozialdaten: Arbeiter und Angestellte: 64,2%; Selbständige: 4,71%; Studenten: 6,45%; Schüler: 1,24%; Azubis: 0,5%; Erwerbs- und Arbeitslose: 6,95%; Rentner: 15,63%.

⁵¹ Das Beispiel eines "Wessis" und SPD-Überläufers: Werner O. Kramer, geboren 1958 in Büchen (Schleswig-Holstein), 1975 Hauptschulabschluß, Technischer Zeichner Maschinenbau, Sachbearbeiter; Betriebsrat in der Tuchenhagen GmbH, Konzernbetriebsrat der GEA AG in Bochum, Konzernbetriebsausschuß der GEA AG in Bochum, Eurobetriebsrat der GEA AG in Bochum, freigestellter Betriebsratsvorsitzender 1979, 1. Vorsitzender der IG Metall Nebenstelle Schwarzenbek/Büchen, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der PDS in Kiel, Arbeitslosenforum Mölln (ALF) e.V.; 1980 Eintritt in die Partei (Volksfront gegen Reaktion; Faschismus und Krieg für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden); 1980 Demonstration in der DDR, Verurteilung zu ½ Jahr Gefängnis, nach drei Tagen abgeschoben, Teilnahme an Großdemonstrationen in Brokdorf und im Wendland, an antifaschistischen Demos; 1985 Kandidatur auf der Landesliste (Schleswig-Holstein) zur Bundestagswahl; 1988 Austritt aus der Partei; 1989 Eintritt in die SPD Lübeck (Ortsverein Mühlentor Ost); 1998 Austritt aus der SPD und Eintritt in die PDS, Kandidatur zur Bundestagswahl: Wahlkreis 10 Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd; Reisen nach Kurdistan und Nicaragua. Ein Beispiel eines der SEW vor 1989 nahestehenden "Wessis": Rainer Konrad Bachmann: geboren 1950, Gesamtschuldirektor, Vorsitzender PDS Schleswig-Holstein, Bundesparteirat; aufgewachsen in Westberlin, Lehrerstudium in Berlin (Geschichte/Politologie), Eintritt in den Schuldienst 1975, 1986 Wahl/Ernennung zum Gesamtschuldirektor; seit 1988 wohnhaft in Quern (bei Flensburg), verheiratet, eine 16jährige Tochter; bis zum 21.8.1968 im politischen Umfeld der SEW, später der Deutschen Jungdemokraten (DJD), bis 1982 in der FDP, enge Zusammenarbeit mit William Born; gewerkschaftliches Engagement (GEW/Personalrat), aktiv in der Friedensbewegung, u.a. als Verantwortlicher für die Blockade der US-amerikanischen Andrews Barracks am 15.10.1983 in Westberlin; seit 1995 Mitarbeit in der PDS, Eintritt in die Partei 1996, seit Ende 1996 Vertreter Schleswig-Holsteins im Bundesparteirat, 1997 erstmals zum Landesvorsitzenden gewählt (1999 bestätigt); 1998 Direktkandidat der PDS im Bundestagswahlkreis 1 (Flensburg/Schleswig); neben der Mitgliedschaft in der PDS Mitarbeit im "Dansk Skoleforening" sowie bei "amnesty international". Ein Vertreter der sorbischen Minderheit: Sieghard Kosel: geboren 1940(?), Journalist und Politikwissenschaftler, seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtages, davor mehr als 17 Jahre Chefredakteur einer sorbischen Tageszeitung; in verschiedenen Gremien des sorbischen Geistes- und Kulturlebens, in der deutschen Ratsdelegation der Mitgliederversammlung der Euroregion Nysa/Neiße, im Internationalen Komitee des Allslawischen Kongresses mit Sitz in Prag. Das Beispiel eines wichtigen regionalen Kaders der PDS: Gregor Putensen, Prof. Dr.: geboren 1935 in Hamburg, verheiratet, zwei Söhne; 1941-1953: Schule, Abitur mit erweitertem Russischunterricht in Greifswald, Studium in Rostock und in Moskau, 1959 Abschluß als Diplom-Ingenieur für Landtechnik; Tätigkeit als Betriebsassistent und stellvertretender technischer Leiter einer MTS, 1960-1962: VEG-Cheftechniker beim Rat des Bezirkes Rostock, 1962-1968: Fachschullehrer an der Ingenieurschule für Meliorationswesen in Greifswald-Eldena; Wechsel an das Nordische Institut der Universität Greifswald wegen schwedischer Sprachkenntnisse; 1972 Promotion A, 1980 Promotion B (Habilitation); seit 1984 Hochschuldozent, seit 1988 Professor auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen (mit Scherpunkten Nordeuropa, Abrüstungs- und Sicherheitspolitik); 1990-1992: Direktor des Nordeuropa-Instituts an der Universität Greifswald, 1992 Niederlegung des Amtes, Kündigung und Entlassung aus dem Universitätsdienst; seit 1993 arbeitslos; 1994-1998: Landtagsabgeordneter und Fraktionssprecher für Fragen der Europa- und Friedenspolitik, stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Rechtsfragen sowie Bundes- und Europaangelegenheiten; seit 1958 Mitglied der SED, Universitätsparteileitung, 1983-1986: Parteisekretär für ein Wohngebiet; seit 1993 Mitarbeiter und

Eindeutig war jedoch, daß die ostdeutschen Landesverbände wenig Neigung zeigten, Westdeutsche auf die Kandidatenliste aufzunehmen. Bemerkenswert war auch eine Ausnahme: Weder die Kommunistische Plattform noch das Marxistische Forum waren vertreten. Ein Mitglied der DKP kandidierte zwar (Leo Mayer⁵²), vertrat diese beiden Gruppen jedoch nicht. Die Parteiführung versuchte, seine Kandidatur zu verhindern, wurde dabei jedoch von der Basis gestoppt. Die ausländischen Bewerber kann man in zwei Gruppen teilen: die Noch-Kommunisten (England, Frankreich, Italien⁵³) und die Grün-Roten (Holland)⁵⁴. Bemerkenswert ist auch die Kandidatur zahlreicher türkisch- und kurdischstämmiger deutscher Staatsbürger (die meisten von ihnen sind aktiv in kommunistischen Bewegungen, in einem Fall waren die Sympathien für die Befreiungsbewegungen der Kurden offensichtlich)⁵⁵. Außerhalb der Gruppe der Prominenten wie Hans Modrow, André Brie und Sylvia Kaufmann fand man zahlreiche Kandidaten, die aus dem internationalen Bereich der SED/des MfS stammten⁵⁶. Dabei ist die

Mitglied des Sprecherrates der Arbeitsgemeinschaft "Frieden und internationale Sicherheit" beim PDS-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern; Mitarbeit in der Friedensbewegung und am Kasseler Friedensratschlag; Publikationen: "Die Außen- und Sicherheitspolitik der nordeuropäischen Staaten 1945-1990", Hamburg 1994; "Nachdenken über Fragen heutiger Sicherheitspolitik", Schwerin 1996.

⁵² Siehe unten.

⁵³ Siehe unten.

⁵⁴ Gerrit Guit, 1939(?) in Amsterdam geboren; seit 1957 politisch aktiv: Schul- und Berufsausbildung in Amsterdam, Militärdienst und Verweigerung, Inhaftierung (wegen Kolonialkrieg Neu-Guinea gegen Indonesien), Emigration nach Deutschland, Gruben-Elektriker in Bottrop, Fernmeldemonteur in Frankfurt/Main und Neubrandenburg, inhaftiert wegen "staatsfeindlicher Betätigungen"; in Hamburg Ermittlungsverfahren wegen "Staatsgefährdung" (wegen Bezug von DDR-Presse), Krankenpflegeausbildung, später Stationsleitung, Personalrat (Vorstand) und Bildungsmitarbeiter der Gewerkschaft ÖTV (Bezirk Niedersachsen), Vorstand der Juso Bremen-Nord und Kreis Rastatt, Sprecher der Grünen des KV Ennepe-Ruhr-Süd, Mitglied des Stadtteilbeirats Bremen-Woltmershausen (Grüne), zur Zeit Ausschußmitglied "Ausländer und Kultur" und "Bereichsentwicklungsplanung" des Stadtteilbeirates Bremen-Schwachhausen (PDS), Kandidatur für den Bremischen Landtag (PDS). Mitgliedschaft bei: amnesty international, Bund für soziale Verteidigung, Pro Asyl, Flüchtlingsrat, Friedensforum, Lagergemeinschaft Dachau, PDS; in Holland seit 1958: Pazifistisch Sozialistische Partei (GROEN-LINKS) und PAIS (Niederländische Friedens Aktion).

⁵⁵ Z.B.: Ayfer Diker: geboren am 29. April 1951 in Istanbul, 1961 nach Deutschland emigriert, seitdem überwiegend in Deutschland; selbständige Diplomdolmetscherin in Frankfurt am Main; aktiv in der 68er Bewegung und der "MigrantInnenbewegung" der BRD; Arbeit beim Bundesvorstand der GDF, Föderation der ImmigrantInnenvereine; Mitglied im hessischen Landesvorstand der PDS und Sprecherin der LAG Antirassismus, MigrantInnen und Flüchtlinge. Cuma Yagmur: geboren 1947 in der Türkei, verheiratet, eine Tochter, deutscher Staatsbürger; Studium in Ankara, nach dem Militärputsch 1971 Flucht aus der Türkei; von 1974 bis 1980 Studium der Soziologie, Politik und Pädagogik in Frankfurt am Main; seit 1984 Herausgeber der Zeitschrift "Fremden-Info", Mitarbeit in vielen Initiativen und Gruppen, 1990 Gründung des Vereins "Einwanderer-Treff" in Frankfurt am Main, arbeitet dort sowohl haupt- als auch ehrenamtlich; seit 1996 Mitglied der PDS, Kommunalwahlkandidat in Frankfurt auf einer offenen Liste 1997, Sprecher des Kreisvorstands Frankfurt, freier Mitarbeiter und Rechercheur für verschiedene türkische Zeitungen, unter anderen für Hürriyet und Toplum. Ümit Yazicioglu: geboren am 19. August 1958 in Erzurum; Deutscher, verheiratet, drei Kinder; 1976 Abitur in Tekman; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin; Universitätsabschluß Diplom-Jurist; 1992 bis 1995 Rechtsreferendar beim Kammergerichtsbezirk in Berlin; 1995 verbeamtet auf Widerruf; freier Mitarbeiter in einer Rechtsanwaltskanzlei; 1996 bis 1997 Aufbaustudium der Verwaltungswissenschaften; Hochschulabschluß Magister der Verwaltungswissenschaften, Mag. rer. publ.; seit 1997 Doktorand zum Thema "Das Asylrecht und die türkisch-kurdische Zuwanderung" und freier Mitarbeiter in einer Rechtsanwaltskanzlei.

⁵⁶ Z.B.: Joachim Oelßner: geboren 1948 in Leipzig, verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Berlin-Marzahn; 1968: Abitur und Facharbeiter als Gasmonteur, 1968-1973: Studium der Afrikanistik/Ökonomie an der Leipziger Universität; 1973-1990: Mitarbeiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Afrika-bereich; seit den 70er Jahren: Publizist zu Entwicklungen in und um Afrika (Politik, Wirtschaft), 1991/92: Praktikum am EU-Parlament, Bereich Entwicklungspolitik; seit 1992: Leiter der Forschungs- und Projektgruppe Entwicklungsländer/Afrika der Internationalen Gesellschaft für Weltwirtschaft e.V. (IGfW), 1993-1995: Projektleiter in der Entwicklungspolitischen Gesellschaft e.V. (EpoG) in Berlin-Lichtenberg, seit 1993 Vorsitzender der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft e.V. (DAFRIG), seit 1997 Leiter der

Stasi-Belastung mehrerer Kandidaten schon bewiesen oder höchst wahrscheinlich. Für die enge Parteiführung war die erstgenannte Gruppe wenig attraktiv. Sie bevorzugte "Überläufer" aus dem Bereich der Grünen und der SPD. Die zwei "Zugpferde" der Parteiführung waren Dr. Dorothee Piermont⁵⁷, ehemalige Spitzenkandidatin und 10 Jahre Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament, und Andreas Wehr, ehemals SPD, Leiter der Dienststelle Berlin des Europabeauftragten des Senats von Berlin⁵⁸. Das Kalkül der Parteiführung ging jedoch nicht auf: An der Basis dominierte eindeutig der Überdruß gegen die "Frontwechsler". Dr. Piermont gelang es in drei Wahlgängen nicht, einen der vorderen Frauenlistenplätze (3,5,7) zu erobern. Sie zog daraufhin ihre Kandidatur zurück.

Um einen Eklat zwischen André Brie und Hans Modrow auf dem Parteitag zu verhindern, versuchte die Parteiführung vergeblich, Hans Modrow von einer Kandidatur abzubringen. Von der konservativen Basis unterstützt, wollte Modrow ein Signal setzen. Lothar Bisky unternahm einen "letzten Einmischungsversuch" und appellierte an Modrow, auf eine direkte Kandidatur gegen André Brie um Listenplatz zwei zu verzichten. Mit Pfiffen und Buhrufen wurde diese Aufforderung quittiert. Aus reiner Parteidisziplin kam Modrow jedoch der Aufforderung Biskys nach: "Einer trage des anderen Last – wir tragen sie nun gemeinsam."

Alles in allem - trotz des Erfolgs von Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann - entspricht die Liste durchaus nicht den Vorstellungen und Wünschen der Parteiführung. Sie ist indessen ein Spiegelbild der vielfältigen Gruppierungen in der PDS mit traditionellen Pazifisten, die der internationalen kommunistischen Bewegung verbunden sind, Mitgliedern ausländischer kommunistischer Parteien (ein Mitglied der britischen KP und die italienische Anhängerin einer Abspaltung der Rifondazione Comunista), Stasi-Mitarbeitern, die von der Vergangenheit besonders belastet sind, aber auch ein Überläufer der SPD und Kader aus dem Parteiapparat.

Arbeitsgruppe Afrika/Entwicklungspolitik im Rahmen der lokalen Agenda 21 in Berlin-Marzahn; seit 1969 Mitglied der SED, ehrenamtliche Parteifunktionen, seit 1996/97 Mitarbeit in der AG Friedens- und Internationale Politik (FIP), seit 1997 Bildung einer Afrika-Arbeitsgruppe im Rahmen der FIP; Publikationen im ND und in wissenschaftlichen Periodika, Organisation diverser Konferenzen zur Entwicklungspolitik, Vorträge 1998 in der Berner Universität und im Europaparlament. Hans-Peter Schömmel: geboren am 16. April 1947 in Wittichenau, Kreis Hoyerswerda; Fernmeldebaumonteur/Elektromonteur, Meister der Nachrichtentechnik, tätig als Zeichner, Deutsche Telekom AG; seit 1966 Mitglied der SED, Werbung durch das Wachregiment des MfS; 1968: Techniker im Fernsprechregionalnetz der DDR, MfS Hauptmann a.D., 1989 Kündigung auf eigenen Wunsch, 1990 Tätigkeit bei der Deutschen Post im Fernmeldeamt Cottbus als Meßhelfer; 1990-1996: fünf Kündigungsverfahren und Wiedereinstellungen durch den Arbeitgeber (abschließendes Urteil durch das Landesarbeitsgericht 1996), 1993 Gründung der Arbeitsgemeinschaft "Polittourismus", 1995 Vorsitzender der BO 34 im Stadtverband der PDS, 1995-1998: Mitglied des Stadtvorstandes der PDS Cottbus, 1998 Wahl zum Sprecher des Landes-AG Internationale Arbeit, Kandidatur für den Landesvorstand der PDS Brandenburg.

⁵⁷ Dorothee Piermont Dr.: geboren 1943, verheiratet, ein Sohn, Antiquar; Studium in München, Münster, Florenz, 1966 Promotion, Assistentin an der Uni Bielefeld, Referentin bei der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Lektorin für deutsche Zivilisation und Geschichte an einer Pariser Universität; Ökosozialistin, früher Mitglied der Grünen, seit Anfang der 90er Jahre parteilos; von 1984 bis 1994 Europaabgeordnete der Grünen, 1989 als Spitzenkandidatin, Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Abrüstungspolitik, Dritte-Welt-Arbeit, Ausländer- und Flüchtlingspolitik, Europäische Währungsunion. 1985 Teilnahme an Greenpeace-Protestkampagne im Pazifik gegen französische Atomtests, 1987 Kampagne gegen die Deutsch-Französische Brigade, Organisation von parlamentarischer und außerparlamentarischer Solidarität mit Kuba, 1992 gemeinsam mit "Cuba Sí" in Bonn internationaler Kuba-Kongreß.

⁵⁸ Siehe unten.

7.2 Die gewählten Bewerber

Platz 1 ⁵⁹	Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berlin; 44 Jahre, Japanologin; Stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende
Platz 2	Dr. André Brie; 49 Jahre, Politikwissenschaftler; z.Z. noch Leiter des Wahlbüros der PDS
Platz 3	Christel Fiebiger, Brandenburg; 52 Jahre, Diplom-Arggraringenieurökonomin; Mitglied des Landtages von Brandenburg
Platz 4	Dr. Hans Modrow, Berlin; 71 Jahre; Ehrenvorsitzender der PDS
Platz 5	Feleknas Uca, Niedersachsen; 23 Jahre, Arzthelferin
Platz 6	Dr. Helmuth Markov, Brandenburg; 46 Jahre, Elektroingenieur; Mitglied des Landtages von Brandenburg
Platz 7	Brigitte Triems, Berlin; 58 Jahre, parteilos, Dolmetscherin; Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V.
Platz 8	Andreas Wehr, Berlin; 44 Jahre, parteilos, Leiter der Dienststelle Berlin des Europabeauftragten des Senats von Berlin
Platz 9	Dr. Monika Runge, Sachsen; 48 Jahre, Philosophin; Mitglied des Sächsischen Landtags
Platz 10	Keith Barlow, Sachsen; 41 Jahre, britischer Staatsbürger; Europapolitischer Sprecher der PDS Leipzig
Platz 11	Anna Maria Morciano, Nordrhein-Westfalen; 21 Jahre, italienische Staatsbürgerin; Kinderpflegerin
Platz 12	Leo Mayer, Bayern; 49 Jahre, Elektroingenieur; DKP, Betriebsrat Siemens München
Platz 13	Dr. Hannelis Schulte, Baden-Württemberg; 78 Jahre, Theologin
Platz 14	Dr. Wolfgang Bierstedt, Sachsen-Anhalt; 47 Jahre, Informatiker; 1994-1998 Mitglied des Deutschen Bundestages

7.3 Die Biographien der gewählten Kandidaten

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Berlin; geboren am 23. Januar 1955 in Berlin; 44 Jahre, Japanologin; stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende; verheiratet, zwei Kinder; 1973-1979 Studium der Japanologie an der Berliner Humboldt-Universität, 1984 Promotion zum Dr. phil., bis Anfang 1990 als Wissenschaftlerin tätig; höhere Funktionen in FDJ und SED; FDJ-GO Sekretärin und Parteigruppenchefin; seit 1993 stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS, verantwortlich für Friedens-, internationale und Europapolitik, von 1991 bis 1994 Beobachterin im Europäischen Parlament; vom PDS-Parteivorstand als Vorsitzende der PDS-Gruppe in der linken Fraktion im Europäischen Parlament vorgeschlagen.

⁵⁹ Die Ergebnisse bis Listenplatz 7: Listenplatz 1: Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, 328 Stimmen, 87%, anwesend 380 Delegierte, abgegebene Stimmen 377, gültig 374, ungültig 3; Listenplatz 2: abgegebene Stimmen 377, gültig 377, Enthaltungen 17, André Brie: 214, 56,76%. Ergebnisse Listenplatz 3: Stichwahl zwischen Piermont und Fiebiger, 352 Delegierte, gültige 35, ungültige 1, Enthaltungen 16, Christel Fiebiger 196, 55,84%, Piermont 137, 39,03%. Ergebnisse Listenplatz 4: abgegebene Stimmen 373, gültig 373, Enthaltungen 26, Dr. Hans Modrow 293, 78,55%. Ergebnisse Listenplatz 5: Stichwahl, abgegebene Stimmen 325, gültig 325, Enthaltungen 15, Feleknas Uca 195, 60%, Piermont 115, 35,4%. Ergebnisse Listenplatz 6: Stichwahl zwischen Dr. Helmuth Markov 173 Stimmen, 59% und Andreas Wehr 116 Stimmen, 41%. Ergebnisse Listenplatz 7: Ergebnis der Stichwahl: abgegebene Stimmen 217, Brigitte Triems 137 Stimmen, 50,7%, Dr. Dorothee Piermont 128 Stimmen, 47,4%.

Dr. André Brie; geboren am 13. März 1950 in Schwerin, Mecklenburg; 49 Jahre, Politikwissenschaftler; Leiter des Wahlbüros der PDS; im PDS-Kreisverband Parchim/Mecklenburg-Vorpommern organisiert; geschieden, zwei Töchter; Sohn einer Journalistin und eines Diplomaten. Der jüdische Vater, der lange Zeit als Emigrant in England gelebt hatte, war in der DDR zunächst mit Mißtrauen bedacht worden, ehe er dort Karriere machen konnte. Als Diplomatensohn wuchs Brie in China und Nordkorea in weitgehender Isolation auf.⁶⁰ Von 1956 bis 1968 besuchte Brie Schulen in Schwerin, Peking, Berlin, Pjöngjang und Dresden. Das Abitur machte er 1968 in Berlin, von 1968-1971 leistete er bei der NVA Armeedienst, anschließend drei Jahre bei der NVA, von 1971 bis 1976 Student der Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, dort von 1976 bis 1989 als Wissenschaftler auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit und Abrüstung tätig, 1980 Dissertation A, 1985 B-Dissertation (Habilitation); zuletzt Dozent und Leiter des Lehrstuhls für Europäische Fragen der Abrüstung; 1981 UNO-Abrüstungsstipendium und Studienaufenthalte bei der UNO und der Abrüstungskonferenz in Genf, der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien, bei der UNO (1. Ausschuß der Vollversammlung) in New York sowie an politischen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Budapest, Bonn, Stockholm, Washington und Boston; 1985 und 1986 als wissenschaftlicher Berater Mitglied der DDR-Delegation in der Genfer Abrüstungskonferenz; von 1987 bis 1991 Mitglied der Pugwash-Arbeitsgruppen zu "Konventionelle Waffen in Europa" und "Kernwaffen in Europa"; 1989/90 Mitarbeiter am Institut für Interdisziplinäre Zivilisationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin; Ende Januar 1990 Wahlkampfleiter der SED/PDS für die Volkskammerwahlen, seitdem Leiter des zentralen Wahlbüros; 1990 bis 1992 stellvertretender Parteivorsitzender, 1991/92 Landesvorsitzender der PDS Berlin; Rücktritt von beiden Funktionen im Oktober 1992 wegen seiner inoffiziellen Mitarbeit für das MfS; 1993-1999 Mitglied des Parteivorstandes, 1991-1997 Vorsitzender der PDS-Grundsatzkommission.

In die SED war Brie 1969 aus voller Überzeugung eingetreten. Gemeinsam mit seinem Bruder Michael und dem Politökonom Dieter Klein arbeitete er in den ausgehenden 80er Jahren an der Ost-Berliner Humboldt-Universität an einem Reformkonzept für den Sozialismus, das dann auch die Grundlage für die programmatische Plattform der SED/PDS bildete. Anfang 1990 kam Brie in den Vorstand und das Präsidium der SED-Nachfolgepartei PDS und übernahm die Leitung des Wahlbüros und der Kommission "Politische Bildung". Bei der Volkskammerwahl am 18.3.1990 wurde die PDS mit 16,32 % drittstärkste Partei, und diese Position behauptete sie mit 14,59% auch bei den ersten freien Kommunalwahlen in der DDR (6.5.1990). Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2.12.1990 erzielte die PDS auf dem Gebiet der ehemaligen DDR 11,1%. Im Juni 1990 wurde Brie, der als einer der Vordenker der PDS-Sozialisten gilt, in den stellvertretenden Parteivorsitz gewählt. Als im August 1991 der Berliner PDS-Landesvorsitzende Adolphi wegen seiner Stasi-Verquickung zurücktrat, ließ sich Brie Ende Oktober 1991 in dieses Amt wählen. Bries Parteikarriere wurde vorübergehend erschüttert, als ein Jahr später feststand, daß seine Spitzeltätigkeit bekannt wurde. Brie war seit 1970 rund 20 Jahre lang unter dem Decknamen "Peter Scholz" inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen. Die Bezirksverwaltung Potsdam (Abteilung II/6) dokumentierte am 10. Juli 1984 (Reg.-Nr. XVIII/1734/70): "Seine Werbung erfolgte zur Bearbeitung einer Person, die im Verdacht einer feindlichen Tätigkeit gemäß 97 StGB stand. Dabei stellte er seine Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und vor allem Standhaftigkeit unter Beweis". Aus dem Dokument gehen auch die Kontakte Bries hervor: "Die hierbei erreichten Arbeitsergebnisse sind als qualitativ wertvoll einzuschätzen. Im Zuge der inoffiziellen Zusammenarbeit bekam "Peter Scholz" Kontakte und Verbindungen zu äußerst politisch-operativ interessanten Personen, so z.B. zu Personen aus dem Kunst- und Kulturleben der DDR, zu führenden Personen aus staatlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen in der

⁶⁰ Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 9193 P; Infobase Personen Anfrage: G b0 1993 1:1), 0 Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv - Personen aktuell I und selbstverfaßte Biographie (Parteitagsfassung).

DDR, Jugendfunktionären der BRD, die er im Auftrage des ZK der FDJ betreute bzw. die er auf Reisen in die BRD kontaktierte, zu Wissenschaftlern und anderen Personen von wissenschaftlichen und staatlichen Einrichtungen des nichtsozialistischen Auslandes, die er im Rahmen der Durchführung von politischen und fachlichen Aufgaben kontaktierte." Über diese Verbindungen informierte der IMS während der Treffs ausführlich und erhielt den Auftrag, diese Kontakte und Verbindungen zielgerichtet weiter auszubauen, um bessere Ergebnisse erzielen zu können. "Die Tätigkeit des IMS führte ihn mehrfach für längere Zeit bis zu einem 1/2 Jahr in das nichtsozialistische Ausland. Dabei bereiste er die BRD, Österreich, Schweiz, Schweden sowie die USA ... Aus diesem Grunde ist vorgesehen, diese Tatsache, aber auch seine Tätigkeit als ständiger Betreuer und Lektor im Auftrag des Zentralrates der FDJ bei Jugendlichen von den verschiedensten BRD-Jugendverbänden (SPD, CDU, CSU, FDP) für die Organisierung und Durchführung einer stabilen und qualitätsgerechten Blickfeldarbeit zu nutzen. Der IMS ist überprüft, zuverlässig und ehrlich ... Die bisherige Bindung an das MfS kann als sehr fest betrachtet werden. Aus diesem Grunde besteht seitens des IMS zum MfS ein sehr gutes Vertrauensverhältnis. Aufgrund seines Intellectes und seiner beruflichen Ausbildung besitzt der IMS gute Voraussetzungen zur Durchführung der politisch-operativen Aufgabenstellung ... Anzeichen von Verstößen gegen die Konspiration und Geheimhaltung sind nicht vorhanden." Die Treue Brie zum MfS veranlaßte Stasichef Mielke im Namen des Ministerrats der DDR (Auszug aus dem Befehl Nr. K 110/87. Berlin den 8. Februar 1987) zu folgendem Lob: "In Anerkennung langjähriger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, der dabei bewiesenen hohen Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit sowie der Verdienste bei der Lösung von operativen Maßnahmen zeichne ich zum Anlaß des 37. Jahrestages der Bildung des MfS aus: Genosse Dr. Andreas Brie mit der Verdienstmedaille der NVA in Bronze. Gez. Mielke General." Entgegen der von Brie selbstgestrickten Legenden blieb er den repressiven Strukturen verbunden. Ein Aktenvermerk der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam, Abteilung II von 27. Juli 1989 beurkundet: "Die im Zusammenhang mit dem IM "Peter Scholz" aufgetretenen Probleme im Zusammenhang einer Vortragsreise nach Dresden wurden abgeklärt und Übereinstimmung gefunden, daß im Prinzip das Auftreten des IM "Peter Scholz" in Dresden identisch ist mit seinem gesamtpolitischen Verhalten. An seiner Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit dem MfS gegenüber bestehen keine Zweifel. Der IM-Vorschlag ist gesperrt abzulegen."

Der Versuch, Brie im Amt zu halten, scheiterte auf dem Berliner Landesparteitag Ende Oktober 1992 an der harten Kritik von Delegierten. Brie legte sein Berliner Amt und die Funktion als stellv. PDS-Vorsitzender nieder. Als Lehre aus dem "Fall Brie" forderte der PDS-Parteitag Ende Januar 1993 von jedem Amtsträger die Offenlegung der Kontakte zur Stasi, ein Beschluß, der nie respektiert wurde. Als Mitglied des PDS-Bundesvorstandes, in den er im Juni 1993 wiedergewählt wurde, und als Leiter der Grundsatzkommission nahm Brie weiterhin großen Einfluß auf die Politik der PDS. Auf dem Berliner PDS-Bundesparteitag im Januar 1995 kandidierte Brie für die Position des Bundesgeschäftsführers, unterlag aber mit 175 Stimmen Amtsinhaber Harnack, der 213 Stimmen erhielt. Am 20. Februar 1995 legten der PDS-Parteivorsitzende Lothar Bisky und Brie dem Vorstand ein Papier zur Strategie der kommenden vier Jahre bis zur Bundestagswahl 1998 vor, in dem die PDS als "eine sozialistische, im libertären und demokratischen Sinne antikapitalistische Partei" definiert wurde. Am 18. Januar 1997 wird Lothar Bisky beim Bundesparteitag der PDS in Schwerin mit 446 von 509 Stimmen (87,6%; 1995: 82,8%) in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Dem neugewählten 18köpfigen Vorstand gehört auch André Brie an (58%). Im Juni 1997 gibt André Brie nach interner Kritik den Vorsitz der PDS-Grundsatzkommission auf und verläßt das Gremium. Am 16. März 1998 zieht André Brie seinen Rücktritt als PDS-Wahlkampfleiter für die Bundestagswahl im September 1998 zurück.

Veröffentlichungen zu DDR-Zeiten: satirische Texte im Eulenspiegel Verlag sowie wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Bücher und Artikel zu den Fragen der internationalen Sicherheit und Abrüstung: "Wann soll man Bäume pflanzen?" (Kinderbuch, 1984), "Friedenspolitik im nuklearkosmischen Zeitalter" (1985; mit and.), "Militärisches Gleichgewicht, Entspannung, Abrüstung" (1986), "Intelligente Waffen oder intelligente Politik" (1988), "Europa: Wieviel Waffen reichen aus" (mit Manfred Müller), "Sozialismus am Scheideweg" (1990; mit and.), "Das Umbaupapier DDR" (Mitautor); andere Veröffentlichungen: "Befreiung als Vision. Für eine sozialistische Erneuerung" (1992), "Ich tauche nicht ab" (1996).

Christel *Fiebig*, Brandenburg; geboren am 29. Dezember 1946 in Uenze; 52 Jahre, Diplom-Arggraringenieurökonomin; verheiratet, zwei Kinder; 1964-1967 Fachschule für Landwirtschaft; 1967-1971 Hochschule für LPG; 1971-1982 LPG-Vorsitzende Rat des Kreises, 1982-1989 stellv. Vorsitzende Rat des Kreises; seit 1989 Vorstandsvorsitzende Produktionsargrargenossenschaft e.G. Groß Warnow; seit 1990 Mitglied des Landtages Brandenburg.

Dr. Hans *Modrow*, Berlin; Ehrenvorsitzender der PDS, geboren am 27. Januar 1928 in Jasenitz, Kreis Ueckermünde in der Nähe des Stettiner Haffs, als Sohn einer Arbeiterfamilie. Die Familie flüchtete 1945 ohne ihn vor den Russen in den Westen.⁶¹ Nach dem Besuch der Dorfschule absolvierte Modrow von 1942 bis 1945 eine Lehre als Maschinenschlosser. Als 17jähriger Volkssturm-"Mann" bei Greifswald gegen Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft geraten, kehrte er erst 1949 nach Deutschland zurück. Während seiner Parteikarriere besuchte er 1952/53 noch die Komsomolhochschule in Moskau und studierte als Externer - um sich für höhere Weihen zu qualifizieren - von 1954 bis 1957 an der SED-Parteihochschule "Karl Marx" (Abschluß: Diplom-Gesellschaftswissenschaftler). Schließlich absolvierte Modrow von 1959 bis 1961 ein weiteres externes Studium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst (Abschluß: Diplomwirtschaftler). 1966 folgte die Promotion zum Dr. rer. oec. an der Humboldt-Universität Berlin.

1949 trat Modrow der SED, der FDJ und dem FDGB bei und wurde hauptamtlicher Parteifunktionär. Seine Parteikarriere begann er in seiner engeren Heimat, dem bis 1952 existierenden Land Brandenburg, als Abteilungsleiter und Sekretär im Landesvorstand der FDJ. Von 1951 bis 1952 war er FDJ-Landesvorsitzender in Mecklenburg. Nach seinem Studienaufenthalt in Moskau (s.o.) avancierte er zum 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin der FDJ und Mitglied ihres Zentralrates. Entsprechend seiner politischen Ausbildung kam Modrow zügig in der Partei voran. Weitere Stationen seines Aufstiegs in der Partei waren: 1961-1967 1. Sekretär der Kreisleitung Berlin-Köpenick, 1967-1971 Sekretär für Agitation und Propaganda und 1954-1971 Mitglied der Bezirksleitung Berlin der SED; 1958-1967 Kandidat und seit 1967 Mitglied des ZK der SED; 1971-1973 Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED. In dieser Zeit ist er von 1953-1971 auch Stadtverordneter in Berlin gewesen und Berliner Abgeordneter der Volkskammer seit 1957 (Mitglied des Verfassungsausschusses, des Jugendausschusses, 1967-1981 Mitglied des Volkskammerausschusses für Kultur). Seit 1967 war er Vorsitzender der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe DDR-Japan in der Volkskammer.

Am 3. Oktober 1973 wurde er in die Bezirksleitung (BL) Dresden der SED kooptiert und anschließend als Nachfolger von Werner Krolkowski, der als ZK-Sekretär nach Berlin ging, zum 1. Sekretär der BL und damit Parteichef in Dresden gewählt, womit er auch die faktische Oberaufsicht über die Stasi im Bezirk Dresden bekam. In den nächsten 15 Jahren wurde er weder zum Kandidaten noch zum Vollmitglied des Politbüros befördert.

⁶¹ Munzinger-Archiv/Internat. Biograph. Archiv 37/93 P0113884-6; Munzinger-Archiv - Personen aktuell 1; Infobase Personen Anfrage: G b0 13884:1.

Im Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer (seit 1986) fand Modrow einen aufgeschlossenen Partner bei der Suche nach wirtschaftlichen Reformlösungen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre galt er im Westen als kommender Mann in der DDR. Offenbar wurde Modrow auch in der Sowjetunion als ein Funktionär angesehen, der im Geiste Gorbatschows tätig werden könnte. Der durch die Ausreisewelle des Sommers 1989 massiv angestiegene Druck auf das SED-Regime mündete in der Öffnung der Mauer. Modrow rückte als "Hoffnungsträger" nach vorn. Bei der Bildung eines verkleinerten Politbüros am 8. November zog Modrow als Vollmitglied ein und wurde am 13. November 1989 in der Volkskammer einstimmig zum Vorsitzenden des DDR-Ministerrates gewählt. Um die Lage zu stabilisieren und die SED zu retten, nahm Modrow elf Mitglieder der sogenannten Blockparteien (LDPD, CDU, Bauernpartei und NDPD) in die Regierung auf. Der Niedergang der SED führte am 3. Dezember zur Eliminierung der gesamten alten Parteispitze einschließlich Egon Krenz, Honeckers Nachfolger. Nur Modrow konnte sich als einer der beiden Stellvertreter des neuen Parteivorsitzenden Gysi behaupten.

Die weitere politische Entwicklung zwang Modrow zur Vorverlegung der Volkskammerwahlen auf den 18. März 1990, woraufhin sich die demokratische Opposition bereit erklärte, acht ressortlose Minister am 5. Februar in die Übergangsregierung zu delegieren. Wenige Tage vorher war Modrow mit einem Vierstufenplan auf die Losung "Deutschland einig Vaterland" eingeschwenkt. Ende Januar besuchte Modrow Moskau. Bei einem zweiten Besuch im März erbat er für die DDR-Regierung Rückendeckung in der Frage der Fortdauer von Enteignungen zwischen 1945 und 1949. Im Halbjahr 1989/90 duldete die Modrow-Regierung auch undurchsichtige Machenschaften im Vermögensbereich, die Bildung alter Seilschaften und eine zögerliche Auflösung der Stasi.

Erheblichen Ärger handelte sich Modrow ein, als er an die Stelle der in Amt für Nationale Sicherheit umbenannten Stasi noch vor den ursprünglich auf den 6. Mai 1990 terminierten Wahlen einen "Verfassungsschutz" setzen wollte. In einer Dienstbesprechung anlässlich der Einführung des Generalleutnant Wolfgang Schwanitz (mit den Generälen Gerhard Neiber, Werner Großmann und Rudi Mittig) in die Funktion des Chefs des Amtes für Nationale Sicherheit, am 21. November 1989 äußert sich Modrow unter anderem zur Lage, zu den neuen Parteien und Bewegungen und zur Funktion des MfS.⁶² Der Wortlaut des Tonbandprotokolls zeigt, daß Modrow im totalitären Denken der SED verharrte: "Welche Lage haben wir gegenwärtig in der DDR? Ich gehe davon aus, Genossen, daß die politische Einschätzung der Lage mir persönlich gegenwärtig nicht gründlich genug ist und nicht differenziert genug gewertet wird. Hier habe ich an Euch Ansprüche, daß wir auf diesem Gebiet die politische Seite der Arbeit unter den neuen Gesichtspunkten, die Euch mehr und mehr bekannt sind und geläufig sind, zu gestalten haben."

Danach kommt Modrow auf die Strategie gegen das Neue Forum an Hand eines Beispiels zu sprechen: Wir müssen jetzt "in die Offensive gehen und den anderen (NF) den Weg zu ihrer Grundhaltung versuchen zu verbauen." Laut Spiegel zeigte sich der AfNS-Chef Schwanitz begeistert von der Möglichkeit, "die gefährlichen Entwicklungen in unserer Gesellschaft zu stoppen. Die "operative Arbeit" könne reorganisiert werden - mit Modrows Segen. "Wir müssen", so Schwanitz, "unsere IM-Arbeit wieder aktivieren." Material zur Entlarvung von Verfassungsfeinden müsse weiter gesammelt werden, es gelte, "Ergebnisse in der Feindbekämpfung" zu erzielen, dabei "den Schutz des inoffiziellen Netzes unbedingt zu gewährleisten". Schwanitz zu Modrow: "Wir brauchen ein schlagkräftiges Staatssicherheitsorgan. Mit einem hervorragenden Stamm guter Tschekisten, die gut kämpfen können."

⁶² Vgl. 68er Tonbandprotokoll; Gemeinsamer Kampf. Spitzenfunktionäre der PDS und ihre Stasi-Verbindungen, in: Der Spiegel, 9/1994, S. 41 und 44.

Modrows Antwort: "Der Leiter des Amtes hat seinen Standpunkt dargelegt, den ich akzeptiere. Ich glaube, damit ist die Vertrauensbasis hergestellt, die wir miteinander brauchen, und auf dieser Grundlage, würde ich vorschlagen, gehen wir an die Arbeit, und ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, wir gehen zusammen in den Kampf." Schwantz revanchierte sich mit einem dicken Lob an den "Genossen Modrow", der sich als einziger "vor die Tschekisten stellt". Dann gab der AfNS-Chef Order für den Umgang mit den Stasi-Akten: "Was das Vernichten anbetrifft, Genossen, besonders in den Kreisdienststellen: Macht das wirklich sehr klug und sehr unauffällig. "

Dann kommt Modrow auf die SED selbst zu sprechen, die gerade ihren Sonderparteitag vorbereitet. Diese Passage verdeutlicht die Kontinuität von SED und PDS in besonders anschaulicher Weise: "Es ist notwendig, daß die Vorbereitung des Sonderparteitags in Gründlichkeit bedacht ist ... Das muß ein Parteitag sein, das muß ich auch sagen, der nicht das große Gericht ist, sondern ein Parteitag des neuen Denkens muß sich darstellen. Ein Parteitag, von dem die Partei selbst gestärkt wird, einfach weil man spürt, es wird nicht über Erneuerung im Land und Erneuerung in der Partei geredet, ohne daß man auch eine Vorstellung hat, wie der Prozeß vor sich gehen soll, sowohl im Land geführt von der Partei, nicht mit Machtanspruch, den man in der Verfassung hat, aber mit der Gesellschaftskonzeption, die man besitzt und die man vertritt, die reifer sein muß als die der anderen."

Nach den Bundestagswahlen 1990 wurde der Abgeordnete Modrow Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages. Modrow kam in der Folge in die Schlagzeilen weniger durch seine Arbeit als Abgeordneter als vielmehr durch die Versuche, seine Rolle in der Endphase der DDR aufzuklären. Wegen Wahlfälschung bei den letzten DDR-Kommunalwahlen stand zunächst der Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer vor Gericht. Modrow ging auf Distanz, vermied aber Aussagen zur Sache. Er selbst stand dann erst 1993 vor Gericht und gab eine lange "Persönliche Erklärung" (FR, 27. April 1993) zu seiner Haltung vor und nach der Wende ab. Das Landgericht Dresden befand ihn am 27.5.1993 in drei minder wichtigen Fällen für schuldig, Weisung zur Wahlmanipulation gegeben zu haben. Das Verfahren endete mit einer Verwarnung und auf Bewährung ausgesetzten Geldstrafe. Nach wie vor offen blieb seine Rolle bei den Ausschreitungen der Sicherheitskräfte gegen friedliche Ansammlungen am 4. Oktober 1989 in Dresden. Auch mit den Planungen zur Errichtung von Internierungslagern für Oppositionelle will Modrow, nach Erklärung vor einem Untersuchungsausschuß, nichts zu tun gehabt haben.

Im Februar 1994 hob der Bundestag die Immunität von Modrow auf und gab damit der Dresdner Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, ihn wegen meineidlicher Falschaussage vor dem Sonderausschuß DDR-Unrecht" des sächsischen Landtages im April 1992 anzuklagen. Am 3. November 1994 hob der 3. BGH-Strafsenat das "außerordentlich milde" Urteil des Landgerichts Dresden in Sachen Beteiligung an den Fälschungen der DDR-Kommunalwahlergebnisse gegen Modrow und drei mitangeklagte ehemalige SED-Funktionäre auf und forderte u.a. eine härtere Strafe für Modrow, der die Entscheidung des BGH als "schlimmes Signal" für den inneren Frieden in Deutschland bezeichnete. Die Neuauflage des Wahlfälschungsprozesses gegen Modrow begann Anfang August 1995 vor der 4. Strafkammer des Dresdner Landgerichts. November 1996: Hans Modrow weist zu Beginn eines Prozesses vor dem Dresdner Landgericht den Vorwurf des Meineids zurück. Laut Anklage soll er vor dem Sonderausschuß des Landtages "zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft" im April 1992 unter Eid vorsätzlich falsch ausgesagt haben. Am 16. Dezember 1996 wird Hans Modrow vom Dresdner Landgericht des fahrlässigen Meineids für schuldig befunden und zu einer zehnmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Am 17. Juli 1997 gibt ein Sprecher des Landgerichts in Dresden bekannt, daß das Urteil gegen den früheren DDR-Ministerpräsidenten, Hans Modrow, wegen fahrlässigen Falscheids rechtskräftig wird. Modrow habe die Revision

zurückgezogen.

Veröffentlichungen: "Aufbruch und Ende" (1991), "Ansichten zur Geschichte der DDR" (1993; Hrsg. mit anderen) und "Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED (1994; Hrsg.). "Unser Zeichen war die Sonne". Gelebtes und Erlebtes (1996); "Ich wollte ein neues Deutschland". Autobiographie (1998); Auszeichnungen u.a.: Vaterländischer Verdienstorden in Gold (1975), Karl-Marx-Orden (1978), Held der Arbeit (1988), Verdienstmedaille der DDR.

Felekna *Uca*, Niedersachsen; geboren 1976 in Celle, 23 Jahre; Arzthelferin, eingetragen für ein Studium als Fremdsprachenkorrespondentin, deutsche Staatsbürgerin kurdischer Herkunft; Kandidatin auf der Landesliste Niedersachsen der PDS für die Bundestagswahlen, gleichzeitig Direktkandidatin in Celle.

Dr. Helmuth *Markov*, Brandenburg; geboren am 5. Juni 1952 in Leipzig; 46 Jahre, Atheist, verheiratet, 3 Kinder; Abitur, Facharbeiter (Buchhändler), Elektroingenieur; 1973 Mitglied der SED, Mitglied des Landtages Brandenburg; Studium "Elektrische Antriebe und Automatisierung" am Kiewer Polytechnischen Institut in der Ukraine, dort Promotion auf dem Gebiet der "Beeinflussung von Elektronenstrahlen"; seit 1976 in Hennigsdorf, 1984 im LEW Abteilungsleiter für Entwicklung und Konstruktion von Elektronenstrahleinrichtungen; 1990 Gründung einer eigenen Firma, Geschäftsführer ELTESTE GmbH; Anfang 1998 Erwerb eines vom Konkurs bedrohten Unternehmens, "Unternehmer" mit knapp 30 Beschäftigten; in den letzten Jahren Gastvorlesungen an einer brasilianischen Universität zum Komplex "Vakuummetallurgische Spezialverfahren"; seit 1990 Landtagsabgeordneter in Brandenburg, Mitarbeit in den Ausschüssen "Wirtschaft, Mittelstand und Technologie" sowie "Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr"; 1993-1995 Landesvorsitzender der PDS Brandenburg, Mitglied des PDS-nahen Unternehmerverbandes OWUS Berlin-Brandenburg seit dessen Gründung.

Brigitte *Triems*, Berlin; parteilos, Dolmetscherin, geboren 1941(?) in Bernburg, 58 Jahre, Diplom-Dolmetscherin und Übersetzerin; Geschäftsführerin einer gemeinnützigen GmbH; Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V.; Studium, dann Arbeit im VEB Waggonbau Ammendorf, bis 1972 in den Internationalen Abteilungen des Zentralrates der FDJ und des Zentralkomitees der SED, mehrjähriger Aufenthalt in Algerien; Direktstudium und Abschluß als Diplomgesellschaftswissenschaftlerin; 1980-1992 in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, 1990-1992 als Generalsekretärin, Schwerpunkte: Zusammenarbeit mit europäischen Frauenorganisationen und die Vertretung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation auf Tagungen und Konferenzen der UNO und ihrer Spezialorganisationen; Beteiligung an den Sitzungen der UNO-Frauenrechts-Kommission, den Weltfrauenkonferenzen in Kopenhagen, Nairobi und Peking und den Frauen-KSZE in Berlin und Brüssel; seit 1994 ehrenamtliche Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V., der Mitglied im Deutschen Frauenrat und korrespondierendes Mitglied der Europäischen Frauen-Lobby ist.

Andreas *Wehr*, Berlin, parteilos; geboren 1954 in Berlin, 44 Jahre; Realschule, Aufbaugymnasium, Abitur, Studium der Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin; nach dem zweiten Staatsexamen in einem Steuerberatungsbüro tätig; von 1985 bis 1989 Mitarbeiter des SPD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Egert; seit April 1989 Angestellter in der Senatskanzlei; 1989 bis 1990 Leiter des Büros der Senatorin für Bundes- und Europaangelegenheiten Heide Pfarr, ab Juni 1990 Büroleiter des Regierenden Bürgermeisters; gegenwärtig Leiter der Dienststelle Berlin des Europabeauftragten des Senats von Berlin; von 1971 bis 1998 Mitglied der SPD. Funktionen: von 1980 bis 1982 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, 1992 bis 1994 und von 1995 bis 1998 Mitglied im SPD-Landesvorstand, von 1991 bis 1998 Vorsitzender des Fachausschusses für europäische und internationale Politik der Berliner SPD, 1996 bis 1998 Mitglied in der Schwerpunktkommission Europa des Parteivorstandes, 1989 und 1990 Kandidat für das Abgeordnetenhaus, 1994 Kandidat

im Wahlkreis Reinickendorf für den Deutschen Bundestag, in den siebziger und achtziger Jahren an führender Stelle aktiv in der Berliner Friedensbewegung; Austritt aus der SPD am 16. Oktober 1998 aufgrund der Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr unter der Führung der NATO in Jugoslawien; früher Mitarbeit in der Schwerpunktkommission Europa des SPD-Parteivorstands, im Arbeitsstab Europa der Senatskanzlei Berlin, Mitarbeit in der AG Europa des Parteivorstands seit November 1998, beteiligt an der Erstellung des Programmentwurfs der PDS für die Europawahlen.

Dr. Monika *Runge*, Sachsen; Philosophin; geboren am 21.1.1950 in Ehrenberg, Kreis Hildburghausen, Mitglied des Sächsischen Landtags; verheiratet, ein Sohn; Abitur an der Erweiterten Oberschule Hildburghausen; 1969 Studium der Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit anschließendem Forschungsstudium, 1979 Promotion A, bis 1992 wissenschaftliche Arbeit auf den Gebieten der Erkenntnistheorie und der Geschichte der Philosophie; Arbeit in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekt von 1992-1994; Mitautorin des Buches "Das soziale Band ist zerrissen"; seit 1994 Landtagsabgeordnete im Sächsischen Landtag, Vorsitzende des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten, Mitglied des Haushalt- und Finanzausschusses; energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion; 1993-1995 Mitglied des Landesvorstandes der PDS Sachsen; 1994/1995 stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes Leipzig; Mitglied des Vorstandes der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen e.V.; Mitglied der Programmkommission beim Bundesvorstand der PDS.

Michael Wolffsohn hat sich genauer mit dem Werdegang von Dr. Irene Runge auseinandergesetzt.⁶³ "Früher, als IM "Stefan" zwischen April 1963 und Mai 1966 sowie dann wieder vom April 1971 bis zum Juni 1985, hatte sie anderen anderes geschrieben - an die Stasi zum Beispiel.⁶⁴ Diese Schreiben führten zu "guten operativen Erfolgen". So konnten mit Hilfe Irene Runges "1963 vier Personen wegen Staatsverbrechen inhaftiert und später verurteilt werden".⁶⁵ Das "Staatsverbrechen" war "Republikflucht". Alle Einzelheiten der geplanten Flucht hatte Frau Runge der Stasi in ihrem dreiseitigen handschriftlichen Bericht gemeldet.⁶⁶ "Für besondere Verdienste bei der Aufklärung der Pläne der Feinde unserer Republik und den dadurch geleisteten Beitrag im Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens" erhielt Irene Runge am 8. August 1963 eine Prämie von 250 Mark und eine Urkunde.⁶⁷ Durch Frau Runges Hilfe konnte seinerzeit "ein Vorgang liquidiert werden", hieß es 1971 im zynischen Stasi-Deutsch.⁶⁸ In den Jahren 1971 und 1972 war die Stasi knausriger und zahlte nur jeweils einhundert Mark.⁶⁹ Vielleicht lag das auch daran, daß sie keine neuen Fluchtversuche angezeigt hatte oder anzeigen konnte. (...) Das MfS-Engagement Frau Runges unterlag zyklischen Schwankungen. Sie hatte sowohl 1966 als auch 1985 die Firma verlassen. Der Grund 1985: Sie hatte sich "in stärkerem Maße der jüdischen Gemeinde" angeschlossen und entwickelte "auf Grund ihrer Doppelstaatsbürgerschaft" großes Interesse an Verbindungen zu

⁶³ Michel Wolffsohn, Die Deutschland Akte. Tatsachen und Legenden, München 1995, Kapitel "IM "Stefan" (= Dr. Irene Runge): Politische Kosmetik", S. 90ff.

⁶⁴ MfS, 1887/71; MfS, AIM, 1 1422/85b, Band 1.

⁶⁵ Abschlußbericht Reuter und Erazim, Hauptabteilung XXII, Berlin, 17.5.7966, MIS' 1887/71, S. 1. - Vgl. auch Abschlußbericht MFS, 26.1.1971, HA XX17, AiM 11422/85 b, Bd. 1, und Erklärung Irene Schrader, 14.1.1966, MFS, 1887/71, Blatt 29 F.

⁶⁶ Bericht Runge an die Stasi.

⁶⁷ Kopie im Archiv Wolffsohn.

⁶⁸ Abschlußbericht Erazim, Hauptabteilung XX/7, Berlin, 26.1.1971, MFS, AIM, 11422/85b, Band 1, S. 1.

⁶⁹ Die brav von Irene Runge handschriftlich quittiert wurden am 23.11. 1971 und 7.3.1972.

USA- Bürgern".⁷⁰ Runge hatte auf - für die DDR - nicht korrekte Art 1967 in der Prager US-Botschaft die amerikanische Staatsbürgerschaft erhalten. Sie war dazu berechtigt, weil sie 1942 in den USA als Tochter jüdischkommunistischer Emigranten aus Deutschland zur Welt kam. (...) Anfang der 80er Jahre wurde Irene Runge im Auftrag der DDR eine strategische Aufgabe zugedacht: "Über sie wäre es zum Beispiel sicherlich möglich, die Valutafragen für einen Wiederaufbau der Synagoge Oranienburger Straße anzukurbeln." Auf Grund ihrer "Doppelstaatsbürgerschaft (DDR-USA)" habe sie "weite Möglichkeiten zu Kontaktaufnahmen". "Sie erscheint bereit, mit uns zu kooperieren und hat über ihre persönlichen Gespräche beim letzten privaten USA-Besuch informiert."⁷¹ Als Zuträgerin und Helferin war sie früher schon zuverlässig; staatstragend eben. Als DDR-Jüdin sollte sie amerikanische Juden für ihren Staat nutzbar machen. (...) Nach dem Fall der Berliner Mauer brauchte Irene Runge eine eigene Schutzmauer, denn ihre Vergangenheit war nicht fleckenlos. (...) Sie gründete mit einigen Freunden unmittelbar nach dem Fall der Mauer, schon im Dezember 1989, den Jüdischen Kulturverein. Fortan sollte das Judentum ihr als antifaschistischer Schutzwall dienen. Mißbraucht hat sie ihr Judentum und ihre Juden. Einer vor allem hat sich diesem Vorhaben widersetzt: Heinz Galinski. Er setzte alle Hebel in Bewegung, um diesen Mißbrauch zu verhindern. Sie dankte es ihm nach seinem Tod mit einem wirklich freundlichen, fast überschwenglichen Nachruf. Ihre Fähigkeiten auf dem Gebiet der politischen Kosmetik sind wirklich bewundernswert."⁷²

Keith *Barlow*, Sachsen, britischer Staatsbürger; geboren am 4. Juni 1957 in Lichfield, England; 41 Jahre; ledig; Studium: 1980 Bachelor of Arts (Honours), Degree in Economics, University of Warwick, England, 1990 Diplomhistoriker, Karl-Marx-Universität Leipzig, 1997 Promotion an der Universität Bremen über die Gewerkschaftspolitik der konservativen Regierung Großbritanniens in den 80er Jahren; Tätigkeiten: 1983-1984 Englischlehrer an der Sektion Sprach- und Literaturwissenschaft, WB Englisch, MLU Halle, DDR; 1985-1986 Mitarbeiter bei Radio Berlin International, Berlin; 1986-1988 Englischlehrer, Sektion Fremdsprachen, HU Berlin; September 1988 Sprachlehrer an der Universität Leipzig, gegenwärtig Betriebspraktikum bei der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag zum Reformprojekt "Agenda 2000"; 1974-1980 Mitglied der Labour Party, 1980-1988 Mitglied der damaligen KP Großbritanniens, seit 1988 Gründungsmitglied der KP Britanniens, seit 1978 Teilhaber der People's Press Printing Society (Morning Star); seit 1991 Mitglied der PDS, Mitglied und europapolitischer Sprecher des PDS-Stadtvorstandes Leipzig, Mitglied der ÖTV und der General Munciple Boilersmakers and Allied Trades Union.

Anna Maria *Morciano*, Nordrhein-Westfalen; 21 Jahre, italienische Staatsbürgerin; Kinderpflegerin; Mitglied einer der KPen Italiens

Leo *Mayer*, Bayern; DKP; geboren am 6. Mai 1949, 49 Jahre, verheiratet; Elektroingenieur, beschäftigt als Software-Entwickler im Bereich der Kommunikationstechnik der Siemens AG, München; stammt aus einem antimilitarisch, gewerkschaftlich orientierten Elternhaus; 1968 politisches Engagement wegen des Vietnam-Krieges; später Ersatzdienstleistender, Student und seit 1973 im Betrieb politisch und gewerkschaftlich engagiert; Betriebsrat und Vorsitzender der IG Metall-Vertrauensleute in einem Münchner Siemensbetrieb mit 15.000 Beschäftigten;

⁷⁰ Abschlußbericht Erazim, 6.6.1985, Mfs, AIM, 11422/85 b, Band 1, S. 1.

⁷¹ Janott, Information über das Gespräch mit den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden am 30.1.1973, S. 5, BAP, 0-4-1341.

⁷² Wolffsohn zieht den richtigen Schluß: "Wer andere Menschen an die Stasi regelrecht auslieferte und ins Stasigefängnis brachte, hat eindeutig anderen Menschen geschadet. (...) Wir sind keine juristische Instanz, auch keine moralische, aber Scham und Zurückhaltung wären gerade bei Frau Runge angebracht gewesen." Michel Wolffsohn, Die Deutschland Akte, a.a.O., S. 92.

Mitglied der Vertreterversammlung der IG Metall München; Mitinitiator der Bewegung gegen die Raketenstationierung und die Weltraumrüstung, Sprecher der betrieblichen Friedensinitiative und später der Kampagne von Informatikern und Naturwissenschaftlern zur Verweigerung der Mitarbeit am SDI-Projekt; in der Solidaritätsbewegung für Mittelamerika und Kuba tätig; 1986 bis 1990 Beteiligung an Arbeitseinsätzen der "Hans-Beimler-Brigade" der DKP in Nicaragua; seit 1972 Mitglied der DKP, gegenwärtig einer der Sprecher der DKP München, seit 1991 Mitglied im Parteivorstand und in der Internationalen Kommission des Parteivorstandes.

Dr. Hannelis *Schulte*, Baden-Württemberg; Theologin; geboren am 20. Dezember 1920 in Heidelberg, 78 Jahre; 1939 Abitur und 9 Monate Arbeitsdienst, ab 1940 Studium der Altphilologie und Theologie in Heidelberg und in Halle; Februar 1945 Examen an der theologischen Fakultät, 1947 Promotion in Heidelberg; 1949 Examen beim Oberkirchenrat der Evangelischen Landeskirche in Baden; von Januar 1950 bis Januar 1981 Religionslehrerin, vorwiegend an Gymnasien in Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Ebersbach, Weinheim und Heidelberg; 1981 Pensionierung, um sich an der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg zu habilitieren; nach der Habilitation Beginn im WS 1982/83 mit Lehrveranstaltungen im Fach Altes Testament mit Verbindung zur Religionspädagogik. Ihr politisches Schlüsselerebnis war im August 1950 der Rücktritt Gustav Heinemanns, weil er die Wiederaufrüstungspolitik Adenauers ablehnte. 1952 Eintritt in die Gesamtdeutsche Volkspartei unter Gustav Heinemann und Helene Wessel und dort tätig bis zu ihrer Auflösung 1957; 1960 Beteiligung am ersten Ostermarsch der Atomwaffengegner nach Bergen-Hohne und 1961 verantwortlich für die Organisation des Sternmarsches von Miltenberg nach Frankfurt, Stuttgart und Mannheim; bis 1968 örtlich, regional und bundesweit mit der Organisierung der Ostermärsche befaßt; 1961 Eintritt in die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) und in die Deutsche Friedensunion (DFU); in der DFG 1962 Wahl in den Bundesvorstand und von 1966-1974 Bundesvorsitzende; 1978-1990 Landesvorsitzende der DFU in Baden-Württemberg; seit 1990 Mitherausgeberin des "Podium", einer Zeitschrift, die der DFU nahesteht; in den siebziger und achtziger Jahren Mitherausgeberin der "Neuen Stimme", einer linken kritischen, christlichen Zeitschrift; gehört von Anfang an zur Christlichen Friedenskonferenz (CFK), gegründet 1958 in Prag, 1985 in deren Internationales Sekretariat gewählt, auch in der Bundesrepublik im Vorstand bzw. im Sprecherrat der CFK; seit 1969 Mitglied des Weltfriedensrates und Teilnahme an dessen Kongressen 1962, 1969 und 1973; Arbeitsschwerpunkte: internationale Solidaritätsarbeit, zunächst mit Vietnam (Besuch 1973 und 1988), dann mit Chile, Südafrika usw.; zweite Vorsitzende der Hilfsaktion Vietnam.

Dr. Wolfgang *Bierstedt*, Sachsen-Anhalt, Informatiker; geboren am 12. Februar 1952, 47 Jahre; verheiratet, zwei Töchter; Informatiker in einem Großrechenzentrum; politischer Werdegang: 1978 Eintritt in die SED (Funktionen: Parteigruppenorganisator, APO-Sekretär, FDJ-Sekretär - alles ehrenamtlich); November 1989 letzter nunmehr ehrenamtlicher BPO-Sekretär, Delegierter zum Sonderparteitag, Mitglied des Präsidiums des Bezirksvorstandes und des 1. Landesvorstandes der PDS (Magdeburg bzw. Sachsen-Anhalt); 1994-1998 Mitglied der Bundestagsgruppe in der 13. Wahlperiode; Sprecher für die Bereiche Forschung, Technologie, Technikfolgenabschätzung und Neue Medien (Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung); Obmann der PDS-Bundestagsgruppe im 2. Untersuchungsausschuß "DDR-Vermögen" und in der Enquête-Kommission "Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft" sowie in der IuK-Kommission des Ältestenrates; Berichterstatter für die Themenkreise aus den Bereichen Forschung, Technologie und neue Medien, die im europäischen Kompetenzbereich liegen (z.B. Eureka, Euratom, MOPPT, Bioethik, Luft- und Raumfahrt); seit 1998 stellvertretender Vorsitzender des PDS-Stadtverbandes Magdeburg; Mitglied der Postgewerkschaft; Mitglied in einer Vielzahl von Initiativen und Vereinen mit kultureller und sozialer Ausrichtung auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene.

8. Exkurs: Die DKP als versteckter "Bündnispartner"

Anläßlich der 4. Tagung des Parteivorstands der DKP am 9. Januar 1999 in Berlin⁷³ erinnerte Heinz Stehr in einer Konferenz, die sich mit der Frage des Internationalismus befaßte, an die Beziehungen der DKP zu ihren europäischen Schwesterparteien und zu den Strukturen der NELF und KVEL/NGL. Zunächst beschrieb er die Grundsatzpositionen der DKP, indem er die "Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP" zitierte: "Die DKP ist ein Teil der internationalen kommunistischen Bewegung und den kommunistischen Parteien aller Länder solidarisch verbunden. (...) Gegen die multinational verflochtenen Mächte des Kapitals muß auch die Arbeiterklasse sich als internationale Kampfgemeinschaft organisieren. Den kommunistischen Parteien, die in den Zentren des kapitalistischen Systems kämpfen, fällt dabei ein hohes Maß an Verantwortung zu." Aus dem programmatischen Text "Sozialismusvorstellungen der DKP: Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus" präzisierte er den Sinn des antiimperialistischen Engagements der DKP: "Die Welt wird immer mehr in Wirtschaft, Verkehr und Migrationsbewegungen zu einer Einheit zusammenwachsen. Die Sozialisten aller Welt arbeiten zusammen mit dem Ziel, eine Kampfgemeinschaft gegen den Imperialismus und für die Bewahrung des Friedens zu bilden; aktive Solidarität mit unterdrückten und ausgebeuteten Völkern zu üben und ihre Befreiung und Entwicklung zu unterstützen; (...) die notwendige Zusammenarbeit der Parteien und Staaten, die sich auf dem Wege zum Sozialismus befinden, herzustellen."

Die DKP definierte ihre antikapitalistische und antiimperialistische Strategie in Bezug auf die weltweite wirtschaftlichen Situation. Stehr sah "Anzeichen", daß nicht nur die kapitalistischen Länder sich "am Vorabend einer Weltwirtschaftskrise befinden". Weitreichende "politische Folgen und neue Kriegsgefahren" wie z.B. in Jugoslawien seien auf der aktuellen Tagesordnung. Eine Verschärfung der ökologischen Probleme gefährde dazu "akut die Zukunft eines Teils der Menschheit", insbesondere die armen Regionen der Welt. Angesichts einer dramatischen Situation seien laut Stehr die "Gegenkräfte noch schwach entwickelt, oft zerstritten, wenig handlungsfähig im internationalen Maßstab". Sie "leiden unter der Niederlage des Sozialismus". Die einzige Lösung bliebe die langsame und schwierige Herausarbeitung von "Gemeinsamkeiten", um "eine Kraft zu schaffen, die gegen den herrschenden Imperialismus aktiv wird". Antiimperialismus müsse zur "Grundlage neuer Aktionseinheit und Bündnisse werden."

Hauptgegner der DKP seien "Parteien oder Personen im Imperialismus, die eher eine ‚weichere‘ Variante des Kapitalismus vertreten", im Klartext also reformistische bzw. bürgerlich-liberale Kräfte. Sie seien dominierend, "und dies trotz des ausdrücklichen Willens reaktionärer Teile des Kapitals, eine rechte Regierungsvariante durchzusetzen". Diese reformistischen Kräften würden - was ihre Theorie angeht - von der Krise überrollt. Sie hätten weder ein "Zukunftsprojekt" noch eine politische Strategie. Die fortschrittliche Opposition erhole sich dagegen langsam vom Verschwinden der UdSSR: "Die marxistische Linke beginnt sich ihres internationalen Anspruches neu zu besinnen. Noch unterschiedlich ausgeprägt, organisiert sich dieser Prozeß durch konkreten Meinungs austausch, bilaterale und multilaterale Treffen und erste Strategiedebatten." Stehr zitierte die Linke Lateinamerikas mit dem Forum von São Paulo, an dem die DKP wie auch die PDS⁷⁴ teilnehmen.

⁷³ Heinz Stehr, Zu einigen Aspekten des Internationalismus in der heutigen Zeit, 4. Tagung des Parteivorstands der DKP, 9. Januar 1999, Berlin. Referate; Beschlüsse, in: DKP-Informationen Nr. 1/99 - 15. Januar 1999, <http://www.dkp.de>

⁷⁴ Über die PDS, siehe: VIII. Treffen des Forums von San Paulo, in: PDS-International, 4. Quartal 1998, S. 23-34.

In Europa spielt die NELF eine zentrale Rolle im Prozeß des politischen Widerstandes. Die DKP hatte den Antrag gestellt, als Gast an diesem Treffen teilnehmen zu können. Dieser Status wurde ihr auf Druck der PDS verweigert. Dennoch hegte Stehr Hoffnung auf eine baldige Korrektur dieser Entscheidung. Die DKP sieht die NELF als natürlichen Partner. "Wir (...) erklärten uns mehrfach, auch in Gesprächen mit der Generalsekretärin und den Vizevorsitzenden der Fraktion, zur gleichberechtigten Mitarbeit bereit." Die DKP forderte im Rahmen dieser internationalen Zusammenarbeit die "Gleichberechtigung" und die Anerkennung der "Souveränität aller beteiligten Kräfte und Parteien". Ziel dieser gegenseitigen Anerkennung und strategischen Annäherung sei "die Erarbeitung einer politischen Übereinstimmung in Grundfragen" und die Schaffung von "breiten möglichen Aktionseinheiten und Bündnissen, Initiativen und Bewegungen" mit allen für den antikapitalistischen und antiimperialistischen Widerstand zu gewinnenden Kräften.

Die DKP wußte durch ihre internationalen Kontakte seit 1990, daß die innere Lage der kommunistischen Parteien und der post-kommunistischen Gruppen von Land zu Land unterschiedlich war und daß eine Neubestimmung der theoretischen Positionen notwendig war. Die Grundlage für bilaterale Zusammenarbeit "sollte nach dem Gesichtspunkt des praktischen Nutzens für die Weiterentwicklung der DKP entschieden werden". Die organisatorischen und finanziellen Einschränkungen wogen schwer: "Die bisherige Form und der Umfang internationaler Kontakte lassen sich wegen organisatorischer und materieller Bedingungen nicht erweitern"⁷⁵. Stehr beurteilte den theoretischen Beitrag der DKP zwar als bescheiden, aber ernstzunehmend: "Durch Veröffentlichungen in der UZ, in den Marxistischen Blättern, durch die Mitarbeit im isw, bei "Wissenschaft und Sozialismus" leisten wir einen international beachteten Beitrag zur Vertiefung der Diskussion." Die DKP könne von der Vergangenheit profitieren: "Hier leben Menschen, Kommunistinnen und Kommunisten, die in beiden gesellschaftlichen Systemen Erfahrungen sammeln konnten. Es existiert auf dem Gebiet der DDR nach wie vor ein großer Fundus gesellschaftspolitischen Wissens und von Erfahrungen. Das produktiver zu machen als bisher, ist (...) zwingend nötig."

Stehr sprach die Frage der PDS an: "Ein reales Problem der DKP heute in ihrer internationalen Zusammenarbeit ist die Existenz der PDS, die weltweit ähnliche Kontakte wie die DKP unterhält, als anerkannte Kraft bei der NELF und der Konföderation der Linken, bei weiteren Foren internationaler Zusammenarbeit mitarbeitet." Er stellte fest: "Die PDS partizipiert nach wie vor vom positiven Internationalismus der DDR und SED." Für die DKP gebe es nur die Lösung, "im Verhältnis zur PDS eine gleichberechtigte Teilhabe an internationaler Zusammenarbeit als eigenständige kommunistische Partei aus Deutschland" durchzusetzen. Für Stehr ist der Aufbau der internationalen Zusammenarbeit in Europa ohne PDS "genauso wenig sinnvoll wie die Gründung einer Neuen Internationalen, die auf sektiererischen Positionen beruht". So sprach der DKP-Vorsitzende die Gründung der "Neuen Kommunistischen Internationalen" (NKI) in Sofia oder "das Formieren einiger Parteien auf der Grundlage des politischen Selbstverständnisses der Treffen anlässlich des 1. Mai in Brüssel, die vor allem durch die Partei der Arbeit

⁷⁵ Stehr zog folgende Bilanz: "Wir nutzen im Rahmen der organisatorischen und finanziellen Möglichen die Einladungen zu Parteitagen, internationalen Pressefesten. Darüber hinaus fördern wir die Kontakte zwischen Betrieben des gleichen Konzerns in unterschiedlichen Ländern, zwischen Parteiorganisationen unter Partnerstädten oder verschiedener Regionen. In den letzten Jahren haben wir regelmäßig an Pressefesten in Spanien, Portugal, Frankreich, Österreich, der Tschechischen Republik teilgenommen, einmal nahmen wir in Japan teil. In Abständen von zwei bis drei Jahren nahmen wir die Einladungen zu Delegationen nach China an. Zu unterschiedlichen Anlässen delegierten wir Genossinnen und Genossen nach Kuba. Alle internationalen Konferenzen, die themengebunden waren, wurden nach Einladung von uns wahrgenommen. Wir leisteten zum Beispiel unseren Beitrag auf der internationalen Diskussion zur sozialistischen Zukunft in Havanna oder bei den Konferenzen und wissenschaftlichen Foren zum 150. Jahrestag des Manifestes der Kommunistischen Partei. Die Ergebnisse wurden in geeigneter Form publiziert, um sie der Partei und der interessierten Öffentlichkeit bekanntzumachen."

Belgiens organisiert werden"⁷⁶, an.

Der Lösung konkreter politischer Aufgaben, namentlich den EU-Wahlen am 13. Juni 1999, galt die ganze Aufmerksamkeit der DKP. Stehr begrüßte zunächst das Konzept der "gemeinsamen Forderungen" durch das Koordinationsgremium der KVEL/NGL, das in den "Gemeinsamen Aufruf" vom 15. Januar 1999 mündete. "Unsere Gespräche in Brüssel und jene mit Vertretern verschiedener kommunistischer Parteien, die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland Strukturen unterhalten, waren ein inhaltlicher Dialog zu politischen Forderungen und gleichzeitig ein Meinungsaustausch. (...) Diese Fragen waren auch Gegenstand eines Gesprächs mit der Französischen Kommunistischen Partei." Weiter: "Vertreter der Parteien, die in der Konföderation der Linken beim Europaparlament mitarbeiten, haben ihren Wunsch klar formuliert: In Deutschland soll es möglichst eine gemeinsame linke Kandidatur zu den Wahlen zum Europäischen Parlament geben, die hoffentlich dann zum Ergebnis hat, daß eine Vertretung der Linken jenseits von SPD und Grünen im Europa-Parlament gesichert werden kann."

Der DKP-Parteivorstand beschloß bei einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen einen Antrag an den DKP-Parteitag⁷⁷: Die DKP stellt zu den Wahlen zum Europäischen Parlament "keine eigene Liste auf. Sie konzentriert sich auf die Darstellung ihrer inhaltlichen Alternativen zum Europa der Monopole". Die Partei unterstützte auch die Bewerbung Leo Mayers um einen Platz auf der Bundesliste der PDS. Schließlich appellierte die DKP "an die PDS, alles in ihren Kräften und in ihrer Verantwortung Stehende zu tun, um alle linken Kräfte und Stimmen für den Einzug der deutschen Linken in das Europäische Parlament zu bündeln." Die Partei beschloß, "die geplanten Anti-EU-Gipfel-Aktionen am 5. Juni 1999 in Köln", an denen die PDS und alle Kräfte der extremen Linken teilnehmen, ebenfalls zu unterstützen.⁷⁸ Sie will sich "aktiv an der Vorbereitung und Durchführung, besonders der geplanten Großdemonstration" beteiligen

Anläßlich des Parteitags vom 6. Februar sprach Heinz Stehr in seiner Rede "Die DKP und die Europawahlen"⁷⁹ das Thema der Konkurrenz mit der PDS zwar an, aber gleichzeitig auch die Übereinstimmung der Analysen.

Die Thesen der DKP deckten sich tatsächlich fast völlig mit denen der PDS: Die Korruption der Kommission und die "Entmachtung der nationalen Parlamente" wurden angeprangert, die Notwendigkeit, den Einfluß der Konzern- und Finanzgruppen" zurückzudrängen, betont. Die Lösungsmodelle decken sich bis in den Wortlaut mit dem "Gemeinsam Aufruf": Dazu gehören die Kernorientierungen: "Gemeinsam wollen wir auf ein soziales und ökologisches Europa, ein demokratisches Europa, ein Europa der Solidarität und des Friedens hinarbeiten." Stehr fügte

⁷⁶ Siehe Gleumes/Moreau, a.a.O. (Anm. 4).

⁷⁷ Beschluß: Antrag des Parteivorstandes an den 14. Parteitag, 4. Tag, in: 4. Tagung des Parteivorstandes der DKP, 9. Januar 1999, Berlin. Referate; Beschlüsse, DKP-Informationen Nr. 1/99 - 15. Januar 1999, <http://www.dkp.de>.

⁷⁸ Zum G7/G8-Gipfel vom 18. bis 20. Juni wird es eine dreitägige Gegenkonferenz und zum Abschluß eine Massendemonstration in Köln geben. Zwischen den beiden Gipfeln ist ein europäisches Camp geplant, in dem die Teilnehmer beider Aktionsschwerpunkte sich treffen sollen und an Seminaren, Workshops und anderen Aktionen beteiligen können. Das Bündnis hat sich auf einem gemeinsamen Aufruf geeinigt: "Für das nächste Jahrtausend müssen die Weichen der Weltwirtschaftsordnung umgestellt werden. Nicht die Gewinninteressen der transnationalen Konzerne und Banken, sondern die Interessen der grossen Mehrheit der Menschen wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung, intakte Umwelt, Bildung und Arbeit müssen auf der Tagesordnung stehen. Es reicht nicht, sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unverbindlich zu kodifizieren, sondern sie müssen die tatsächlichen Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung sein. Es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die weder auf Ausbeutung noch auf Unterdrückung basieren."

⁷⁹ Heinz Stehr, Die DKP und die Europawahlen. 14. Parteitag der DKP, 4. Tag. 6. Februar 1999. Pädagogisches Zentrum im Brauck Kortenkamp, Gladbeck, in: DKP-Informationen Nr. 2/99 - 21. Februar 1999, <http://www.dpk.de>.

hinzu: "Das Dokument hat seine wesentliche Bedeutung darin, daß es erstmalig seit 1990 gelungen ist, dreizehn Parteien unter einem Aufruf zu vereinen und damit auch einen gleichgerichteten Wahlkampf zu wesentlichen Forderungen zu den EU-Parlamentswahlen zu führen." Dennoch benannte die DKP einige Kritikpunkte: "Ganz verschwunden sind systemsprengende Überlegungen. (...) Gerade die Formulierung des gesellschaftspolitischen Ziels, daß ein Europa der Zukunft letztendlich nur ein Europa im Sozialismus sein kann, ist zwingend notwendig, um aktuelle Reformvorstellungen glaubwürdig in eine strategische Zielsetzung einordnen zu können. Auch hier ist und bleibt eine zentrale Herausforderung, die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse durchzusetzen." Dazu gehörte laut Stehr "die Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken im EU-Parlament stärker zu machen und dies möglichst auch dadurch, daß linke Abgeordnete aus Deutschland in dieses Parlament gewählt werden, die in der Linksfraktion mitarbeiten."

Gegen den Widerstand eines Teils der DKP-Basis, die eine eigene Liste wollten, unterstrich der Parteivorstand denn Sinn seiner Unterstützung der PDS: "Das politische Ziel der Kräftebündelung links von SPD und Grünen muß uns wichtiger sein als die Durchsetzung der Eigenkandidatur jetzt. Denn es wird auf lange Sicht notwendig sein, Kräftebündelung durchzusetzen. Es ist und bleibt unter Linken vorwiegend auch im Osten nicht nachvollziehbar, wenn wir zu den EU-Wahlen in Konkurrenz zur PDS kandidieren. Wir werden es in diesem Wahlkampf nicht vermitteln können. Das gilt nicht für andere Wahlen, insbesondere nicht für Kommunalwahlen."

Luigi Vinci, Mitglied der Rifondazione Comunista und Abgeordneter des Europäischen Parlamentes, unterstützte in seiner Stellungnahme diese politische Linie.⁸⁰ Er unterstrich die Notwendigkeit, die internationalen Beziehungen zu intensivieren. "Der schwache Punkt ist die ungenügende Qualität der Beziehungen und der Zusammenarbeit innerhalb der europäischen antikapitalistischen Linken. Wir begegnen uns heute als wesentliche und eigenständige europäische Parteien. (...) Die Rifondazione Comunista beabsichtigt, sehr intensiv für einen Sprung vorwärts in den Beziehungen der Zusammenarbeit innerhalb der europäischen antikapitalistischen Linken zu arbeiten. Damit es der europäischen antikapitalistischen Linken gelingt, schnellstmöglich Verengungen und gegenseitiges Mißtrauen zu überwinden". Ziel dieser Neuen Internationalen sei es, "die europäische Sozialdemokratie" voranzutreiben und "für die Hegemonie in den Volksklassen und für die Hegemonie in der Linken zu streiten". Die Delegierten des Parteitages schlossen sich dieser Sichtweise an und votierten mit 87 Ja-Stimmen bei 69 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen für den Beschluß des Parteivorstandes.

"Europa Links"⁸¹ an, dessen Übereinstimmungen mit dem programmatischen Text der PDS offensichtlich ist. Die DKP fordert "zum Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Armut in ganz Europa". Sie verlangt "radikale und koordinierte Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich" und in allen Ländern der EU die Einführung einer 35-Stunden-Woche per Gesetz. "Umfassende staatliche Beschäftigungsprogramme auf nationaler und europäischer Ebene, finanziert aus Profiten und Rüstungshaushalten, ein garantiertes persönliches Mindesteinkommen (...), eine europäische Sozialcharta, in der verbindliche soziale Rechte und Mindeststandards festgeschrieben werden, mehr Geld für Bildung, Schaffung eines europäischen Lehrstellengesetzes", diese Forderungen stellen den sozialpolitischen Teil des Projekts DKP dar.

⁸⁰ Luigi Vinci, Partito della Rifondazione Comunista, Abgeordneter des Europäischen Parlamentes, Die Aufgaben der Linken in Europa. 14. Parteitag der DKP, 4. Tag. 6. Februar 1999. Pädagogisches Zentrum im Brauck Kortenkamp, Gladbeck, in: DKP-Informationen Nr. 2/99 - 21. Februar 1999, <http://www.dkp.de>.

⁸¹ Beschluß: Forderungen der DKP zu den Wahlen zum Europäischen Parlament. Europa Links! Für ein Europa des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit. Gegen das Europa der Banken und Monopole. Nein zum Europa des Profits - der Mensch zuerst, in: DKP-Informationen Nr. 2/99 - 21. Februar 1999, <http://www.dkp.de>.

Die Friedenspolitik ist für die DKP ebenso zentral wie für die PDS: Sie verlangt ein "umfassendes Abrüstungsprogramm im konventionellen Rüstungsbereich, die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen auf europäischem Boden, die Auflösung aller US-Stützpunkte in Europa", lehnt die "Auslandseinsätze der Bundeswehr und anderer Streitkräfte der EU" ab, plädiert für die "Auflösung der Krisenreaktionskräfte" und den "Stopp für den Eurofighter und andere Großprojekte in der Rüstung". Die "Verhinderung der Fusion der europäischen Rüstungskonzerne", die "Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion", die "Auflösung von NATO und WEU" und die Schaffung eines neuen kollektiven Sicherheitssystems für Europa "im Rahmen der OSZE".

Im Text der DKP entdeckt man, was niemanden überraschen dürfte, alle Ingredienzen der PDS bezüglich der Demokratisierung und der europäischen Demokratie: "Deutliche Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente", "Wiederherstellung der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten", "Unterordnung der Europäischen Zentralbank unter die politischen Entscheidungen des Europäischen Parlamentes", "Demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank", "Mitbestimmung der Werktätigen und ihrer Organisationen in Formen der partizipativen Demokratie" und schließlich das Lieblingsprojekt Bries: "eine europäische Verfassung, in der die Rahmenbedingungen für die sozialen und politischen Auseinandersetzungen, für sozialstaatliches Handeln, die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen und sozialen Grundrechte geschaffen werden".

Die lange Liste gemeinsamer Punkte läßt sich fortsetzen: die Schaffung "eines gemeinsames Europa der arbeitenden Menschen", die "Wiederherstellung des Grundrechts auf politisches Asyl im Grundgesetz", "gleiche politische Rechte für die in Deutschland lebenden und arbeitenden Immigranten", "ein Staatsbürgerschaftsrecht, das sich an den in einer Region lebenden Menschen und nicht an der Abstammung orientiert", das Ende der "menschenrechtswidrigen Abschiebep Praxis in Deutschland", die "Schaffung und Sicherung des Rechtes auf Asyl in Europa", die "Aufhebung des Schengener Abkommens", die "gleichberechtigte Zusammenarbeit Europas mit den Entwicklungsländern zur Überwindung der wachsenden Nord-Süd-Kluft" und endlich die "europäische Teilnahme an internationalen Entschuldungsprogrammen". Das Ganze endet mit dem traditionellen Aufruf zur antifaschistischen Aktion: "Schaffung eines antifaschistischen Europas", "Verbot und Auflösung aller faschistischen, neonazistischen Parteien und Organisationen", "Verbot aller ausländerfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Publikationen", "Pflege der gemeinsamen europäischen Traditionen des antifaschistischen Widerstandskampfes in Schulen und an Universitäten".

Der Text endet mit folgendem Aufruf an die Wähler: "Die DKP ruft deshalb auf: Stimmt für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa! Verwirklicht eine Alternative zum Europa der Banken und Konzerne! Für Kommunistinnen und Kommunisten im Europaparlament!"

Diese erstaunliche Übereinstimmung in den Formulierungen konnte aber nicht ganz über die vorhandenen Unterschiede zwischen der DKP und der PDS hinwegtäuschen. Es blieb Rolf Priemer, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden, überlassen, bei der 5. Tagung des DKP-Parteivorstandes ein Referat zum Thema "Zum Verhältnis DKP-PDS"⁸² zu halten. Seine Argumentation ist einer genaueren Betrachtung wert.

Für Priemer ist das ideologische Profil der DKP klar: eine Kommunistische Partei, die am "sozialistischen Ziel" festhält, die den "grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt", die "sich auf die Arbeiterklasse als entscheidende

⁸² Rolf Priemer, Zum Verhältnis DKP – PDS, 5. Tagung des Parteivorstands der DKP, 7. Februar 1999, Essen. Referate, Beschlüsse, in: DKP-Informationen Nr. 3/99 - 23. Februar 1999, <http://www.dkp.de>.

gesellschaftsverändernde Kraft orientiert" und die "ihr theoretisches Fundament in der schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie von Marx, Engels und Lenin für unsere heutigen Kampfbedingungen hat". Eine solche Partei "will die PDS nicht sein". Laut Priemer ist die PDS nach ihrem programmatischen Selbstverständnis "keine kommunistische (...) Partei, nicht einmal ein Element der kämpferischen Arbeiterklasse". Die PDS nimmt den Platz ein, "den ihr die SPD auf ihrer Wanderung nach rechts freigemacht" hat. Für die DKP ist die PDS "ein Teil des linken Spektrums der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie". Und insofern ist sie für die DKP ein "bevorzugter Bündnispartner".

Dennoch ist die Sache viel komplizierter, als es diese programmatische Analyse vorgibt. Die PDS ist aus der SED hervorgegangen. Ihr Werdegang hat zur Folge, "daß ein Teil der PDS-Mitgliedschaft noch in kommunistischen Traditionen steht, wenn auch die Partei als ganze nicht-kommunistisch ist". Zum Beweis führt Priemer eine "vor einiger Zeit durchgeführte Analyse" an, die belege, daß eine Mehrheit der PDS-Mitglieder sich "als kommunistisch" bezeichnete. Im Klartext heißt dies, daß die DKP zwischen der PDS-Basis, die ideologisch nahesteht, und den anderen unterscheiden muß. Eine zweite Dimension der Annäherung zwischen den beiden Parteien ist die Situation im Westen: "Wahrnehmen sollten wir aber auch, daß die PDS in den alten Bundesländern, wenn auch regional sehr unterschiedlich, eine gewisse Stabilisierung und sogar Stärkung erreichen konnte. Sie erhält hier sehr oft mehr Wählerstimmen als die DKP und vor allem sind kapitalismuskritischere Positionen in den westlichen Landesverbänden vorherrschender." Die Situation der Kommunisten in der PDS sei nicht einfach, denn sie würden von der Parteiführung instrumentalisiert: "Allerdings sehen wir auch die Gefahr, daß die Tatsache der Existenz kommunistischer Gruppierungen in der PDS - die im übrigen auf die Politik der Parteiführung de facto kaum Einfluß haben - von der nicht-kommunistischen Parteiführung als Hebel benutzt wird, um die Einheit und Konsequenz der kommunistischen Parteien international und der DKP in Deutschland aufzubrechen und zu ‚sozialdemokratisieren‘ bzw. in eine pluralistische Richtung zu drängen." Dennoch bliebe die Situation offen, denn "immerhin formulierte die PDS-Führung die Position, daß die PDS keine kommunistische Partei sein und keine antikommunistische Partei werden will."

Strategisch müsse die DKP die PDS unterstützen: "Solange die PDS parlamentarisch konsequent linke Positionen vertritt (...), ist es bei Wahlen eine richtige Strategie, die PDS bei der Eroberung von Mandaten zu unterstützen." Dennoch müsse die DKP kritisch bleiben: "Auch darf die Unterstützung der PDS bei Wahlen nicht dazu führen, daß parlamentarische Kompromisse, die die PDS schließt, gutgeheißen werden." Das ideologische Profil der DKP müsse trotz der Kontakte zwischen den zwei Parteien immer scharf bleiben. Den Abgrenzungsbeschluß des PDS-Parteitages von Schwerin sieht die DKP nur als Maßnahme mit Blick auf die Verhandlungen zwischen der SPD und der PDS in Mecklenburg-Vorpommern. Die Wirklichkeit sei eine ganz andere: "Der Ausschluß von DKP-Mitgliedern von PDS-Kandidaturen ist zugleich lebensfremd, wie die Wahl von DKP-Mitgliedern durch die PDS in verschiedenen Regionen und bei verschiedenen Wahlen zeigte."

Schließlich macht Priemer eine Reihe positiver Signale aus: "Sowohl seitens des PDS-Parteivorstandes als auch seitens der PDS-Bundestagsfraktion und von einzelnen Parteifunktionären der PDS gibt es konkrete Vorschläge bzw. Signale für Bereitschaft zu einer gewissen Zusammenarbeit." Die DKP will in diesem Kontext die "Gespräche zwischen Vertretern der Parteivorstände, wie sie seit 1990 in gewissen Zeitabständen immer wieder geführt wurden, fortsetzen", die Einladung zur Darlegung ihrer politischen Positionen im Ältestenrat der PDS nutzen und "den Vorschlag für einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch von DKP- und PDS-Kommunalabgeordneten" aufgreifen. Priemer erinnerte schließlich daran, daß auf "Einladung des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke im Bundestag ein Gespräch mit Vertretern der DKP über die Zusammenarbeit mit der Fraktion" stattgefunden habe.

Die Analyse der DKP zeigt die Zwiespältigkeit der Beziehungen zwischen den beiden Parteien auf, die trotz eindeutiger ideologischer Spannungen und organisatorischer Konkurrenz de facto Bündnispartner sind. Das bewies die Nominierung des DKP-Mitglieds Leo Mayer auf dem 12. Platz der Liste der PDS für die Europawahlen.

9. Abschlußbetrachtung

Nach dem Suhler Parteitag und nach einem Monat Wahlkampf erweckt die PDS nicht den Eindruck einer Partei, die sich dynamisch und begeistert nach Europa aufmacht.⁸³ Eindeutig sind die großen Erwartungen, die die Parteiführung in die parallel stattfindenden Kommunalwahlen setzt: Sie erhofft sich von ihnen einen Synergieeffekt, um die PDS bei den Europawahlen über die Fünf-Prozent-Hürde zu heben.

Strategisch befand sich die PDS zur Zeit der Vertreterversammlung im Vorteil: Die SPD bewegte sich, unter dem Druck von Lafontaine, auf sie zu. Sie konnte es sich bis zu dessen Sturz leisten, eine eher passive und abwartende Rolle einzunehmen. Die Lage hat sich inzwischen verändert.⁸⁴ Höchste Priorität für die Partei haben nach wie vor die Landtagswahlen im Herbst in verschiedenen ostdeutschen Ländern. In der Tat bleibt eine Serie von Bündnissen zwischen der PDS und der SPD möglich, zum Beispiel in Thüringen. Eine Niederlage bei den Europawahlen würde die Einheit der Partei sicher nicht in Gefahr bringen. Auch wenn es eindeutig verstärkte Spannungen zwischen Konservativen à la Modrow und sogenannten Reformern à la Brie gibt (hinter jedem der beiden stand ungefähr die Hälfte der Delegierten), sind sich beide Richtungen sehr wohl bewußt, daß sie nur gemeinsam eine Chance haben.

Die PDS kann aber vom Krieg in Jugoslawien Nutzen ziehen. Sie ist die einzige Partei, eine Minderheit der Anhänger des Bündnisses 90/Die Grünen ausgenommen, die sich bis jetzt konsequent gegen diesen Konflikt ausgesprochen hat. Auch wenn die Entwicklung einer Friedensbewegung in den Ausmaßen der 80er Jahre gegenwärtig kaum vorstellbar scheint, ist es doch zu erwarten, daß Verluste an der Front unvermeidbar sind (Piloten oder Soldaten, die vor Ort eingesetzt würden). Die öffentliche Meinung in Deutschland könnte sich polarisieren und der PDS die Möglichkeit bieten, sich als Meinungsmacher zu profilieren (mit dem doppelten Erscheinungsbild als "Partei der Gerechtigkeit" und des "Friedens").⁸⁵ Diese Rolle würde die Wahlchancen der PDS im Westen verstärken (und mittelfristig auch einen organisatorischen Schub bewirken).

⁸³ Noch fehlt die nötige Europawahl-Stimmung. Von der Sitzung des Parteivorstandes am 22. März, in: PID, Nr. 12/1999.

⁸⁴ Nach dem Rücktritt Oskar Lafontaines. Lothar Bisky auf der Pressekonferenz am 12. März 1999, in: PID, Nr. 12/1999.

⁸⁵ "Nein zu einem Krieg. Erklärung zur Eskalation der Kosovo-Krise", in: PID, Nr. 12/91999.

10. Anhang

10.1 *Ausländische Parteien und Organisationen zur 1. Tagung und teilweise 2. Tagung des 6. Parteitages der PDS*

Kommunistische Partei Armeniens
 Kommunistische Partei (Belgien)
 Belorussische Partei der Kommunisten
 Gewerkschaft der Automobil- und Landmaschinenbauer Belorußlands
 Bulgarische Sozialistische Partei
 Front für die Demokratie in Burundi
 Kommunistische Partei Chinas
 Sozialistische Volkspartei (Dänemark)
 Estnische Sozialdemokratische Partei der Arbeit
 Linksbund (Finnland)
 Französische Kommunistische Partei
 Sozialistische Partei (Frankreich)
 Bewegung der Bürger MdC (Frankreich)
 Koalition der Linken und des Fortschritts SYNASPISMOS (Griechenland)
 Kommunistische Partei Griechenlands
 Kommunistische Partei Britanniens
 Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas URNG
 Kommunistische Partei Indiens
 Demokratische Volkspartei PRD (Indonesien)
 Irakische Kommunistische Partei
 Partei der Kommunistischen Wiedergründung PRC (Italien)
 Partei der Italienischen Kommunisten PdCI
 Kommunistische Partei Japans
 Jugoslawische Linke
 Kommunistische Partei Kolumbiens
 Kommunistische Partei Kubas
 Libanesische Kommunistische Partei
 Kommunistische Partei Luxemburgs
 Sozialistische Partei der Niederlande
 Vereinigte Demokratische Front UDF (Nigeria)
 Sozialistische Linkspartei (Norwegen)
 Kommunistische Partei Österreichs
 Palästinensische Volkspartei
 Sozialdemokratie der Republik Polen
 Polnische Sozialistische Partei
 Portugiesische Kommunistische Partei
 Kommunistische Partei der Russischen Föderation
 Sozialistische Partei der Werktätigen (Rußland)
 Agrarpartei Rußlands
 Linkspartei (Schweden)
 Partei der Arbeit der Schweiz
 Vereinte Linke (Spanien)
 Grüne Initiative (Katalonien/Spanien)
 Kommunistische Partei Kataloniens (Spanien)
 Südafrikanische Kommunistische Partei
 Kommunistische Partei Böhmens und Mährens
 Partei der Freiheit und der Solidarität ÖDP (Türkei)

HADEP (Türkei)
 Arbeiterpartei (Ungarn)
 Ungarische Sozialistische Partei
 Kommunistische Partei Vietnams
 Partei des Werktätigen Volkes AKEL (Zypern)

*10.2 Internationale Aktivitäten des PDS-Parteivorstandes:
 Übersicht vom 1.7.1998 bis zur Tagung des 6. Parteitages*

(PDS-Darstellung⁸⁶) 1.-5.7.1998: Sylvia-Yvonne Kaufmann und Iona Schleicher vertraten die PDS auf dem 10. Parteitag der Südafrikanischen Kommunistischen Partei in Johannesburg. Sie hatten Gespräche mit dem Vizepräsidenten Südafrikas, Thabo Mbeki, und mit KP-Generalsekretär Blade Nzimande

16.-20.7.1998: Horst Adam nahm am 3. Europäischen Kongreß der Organisation Pädagogen für den Frieden in Graz teil.

20.7.1998: In Berlin hatte Helmut Ettinger ein Gespräch mit dem Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees der Demokratischen Sozialistischen Partei Australiens Margaret Allen.

14.8.1998: Helma Chrenko und Ronald Friedmann führten in Berlin eine Diskussion mit einer Jugendgruppe aus Nicaragua.

21.8.1998: Wolfgang Gehrcke empfing eine Delegation von Kommunalpolitikern aus Montreuil.

28.8.1998: Jaroslav Sabata von der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei sprach auf einer Veranstaltung des Landesverbandes Berlin aus Anlaß des 30. Jahrestages des Einmarsches der Truppen des Warschauer Vertrages in der Tschechoslowakei. Er führte Gespräche mit Vertretern der PDS.

28.8.1998: In Berlin fand eine Begegnung Sylvia-Yvonne Kaufmanns mit dem Mitglied des Nationalkomitees der Französischen Kommunistischen Partei, Elisabeth Gauthier, statt.

4.-6.9.1998: Steffen Tippach vertrat die PDS auf dem Pressefest von "Avante!" in Lissabon.

11.-12.9.1998: Willibald Jacob war Gast des Pressefestes der "Humanité" in Paris. Er führte Gespräche mit dem Mitglied des Nationalbüros der FKP, Antoine Casanova, und Abgeordneten der Nationalversammlung.

14.-19.9.1998: Andrej Reder war Vertreter der PDS auf dem 17. Parteitag der Kommunistischen Partei Indiens in Madras. Er hatte Gespräche mit dem Generalsekretär der Partei, A.B. Bardhan, und Delegierten des Parteitages.

19.9.1998: Sylvia-Yvonne Kaufmann nahm in Rom an einer Beratung über einen gemeinsamen Aufruf europäischer Linksparteien zu den kommenden Europawahlen teil.

27.9.-6.10.1998: Hans Modrow besuchte Chile und traf dort mit der Generalsekretärin der Kommunistischen Partei, Gladys Marin, dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Ricardo

⁸⁶ Internationale Aktivitäten des PDS-Parteivorstandes. Übersicht vom 1. 7. 1998 bis zur 1. Tagung des 6. Parteitages, in: PID, Nr. 9/1999.

Nunez, dem Außenminister Chiles und Gewerkschaftsvertretern zusammen.

2.10.1998: Auf Einladung der Französischen Kommunistischen Partei sprach Karin Schüttpelz vor Mitarbeitern des Nationalkomitees über die Ergebnisse der Bundestagswahlen.

3.-4.10.1998: André Brie nahm an einer Konferenz der Konvention für eine fortschrittliche Alternative (CAP) in Orly bei Paris über die Erneuerung der europäischen Linken teil.

5.-11.10.1998: Vertreter der PDS auf dem 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Indiens (Marxistisch) war Andrej Reder. Er sprach mit Generalsekretär Harkishan Singh Surjeet und ausländischen Gästen.

13.10.1998: Sylvia-Yvonne Kaufmann traf in Berlin mit einer Gruppe dänischer Studenten zu einer Diskussion zusammen.

13.10.1998: André Brie empfing den nationalen Delegierten der Sozialistischen Partei (Frankreich), Roger Tropeano, Vorsitzender der kulturellen Vereinigung Les Rencontres, zu einem Gespräch.

14.10.1999: Während eines Aufenthaltes auf Zypern wurde Hans Modrow vom Präsidenten der Republik, Glafkos Klerides, vom Präsidenten des Nationalrates, Kyprianou, vom Vorsitzenden der AKEL, Demetris Christofias, vom Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei EDEK, Lyssarides, und von weiteren Politikern zu Gesprächen empfangen.

15.10.1998: In Berlin führte Helmut Ettinger ein Gespräch mit dem Verleger aus Bangladesh Mofidul Hoque.

23.10.1998: Sylvia-Yvonne Kaufmann empfing eine Parlamentarierdelegation des japanischen Unterhauses unter Leitung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Koki Chuma, zu einem Gespräch.

29.10.-1.11.1998: Helmut Ettinger und Helma Chrenko vertraten die PDS auf dem VIII. Treffen des Forums von Sao Paulo, das in Mexiko-Stadt tagte. Sie führten Gespräche mit einer Vielzahl von Repräsentanten lateinamerikanischer Linksparteien.

11.-13.11.1998: Teilnehmer der Internationalen Konferenz für Solidarität mit Kuba in Brüssel waren Dorothee Piermont und Karin Schüttpelz.

20.-22.11.1998: Bernd Ihme nahm für die PDS am 16. Parteitag der Partei der Arbeit der Schweiz in Zürich teil.

27.-28.11.1998: Während eines Besuches in der BRD hatte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow, Gespräche mit Lothar Bisky, Hans Modrow, Gregor Gysi, Sylvia-Yvonne Kaufmann und weiteren GenossInnen. Er nahm an einer Diskussionsveranstaltung der PDS- Fraktion im Brandenburger Landtag teil.

27.-29.11.1998: Pia Maier vertrat die PDS auf der 5. Nationalen Versammlung der Initiative für Katalonien in Barcelona.

27.-29.11.1998: Harald Neubert sprach im Auftrage der PDS auf einer von mehreren italienischen Instituten organisierten internationalen Konferenz "Globalisierung und Sozialstaat - 150 Jahre kommunistisches Manifest" in Palermo.

29.11.1998: Sylvia-Yvonne Kaufmann nahm in Wien an einer Beratung über den gemeinsamen Aufruf europäischer Linksparteien zu den Europawahlen teil.

3.12.1998: Dietmar Bartsch weilte zu Konsultationen mit Abgeordneten der Französischen Kommunistischen Partei in Paris.

4.-8.12.1998: Am 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens in Madrid nahm für die PDS Ronald Friedmann teil.

10.-12.12.1998: Auf der XV. Tagung des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF) in Athen vertraten Sylvia-Yvonne Kaufmann und Helmut Scholz die PDS.

11.12.1998: In Kopenhagen sprach André Brie vor der Deutsch-Dänischen Handelskammer über die Situation in den ostdeutschen Bundesländern und die Politik der PDS.

19.12.1998: Helmut Semmelmann vertrat die PDS auf der Jahreskonferenz der Sozialistischen Partei der Ukraine in Kiew.

11.1.1999: Hans Modrow empfing Enriqueta Parreno Cartana, Stellvertretende Direktorin der Parteihochschule der Kommunistischen Partei Kubas, zu einem Gespräch.

16.-17.1.1999: An der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS in Berlin nahmen 68 Gäste von 52 Parteien und Organisationen aus 40 Ländern teil.

Verantwortlich:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung

Autoren:

Peter Christian Segall, Politikwissenschaftler, München
Rita Schorpp-Grabiak, Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Freiburg

"aktuelle analysen"

bisher erschienen:

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
(vergriffen)
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland
Klassische Ansätze - Aktuelle Diskussion - Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO
Die Positionen der USA und Rußlands
(vergriffen)
- Nr. 4 Umweltzertifikate - ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
(vergriffen)
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen
nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter - Informationsgesellschaft -
Wissensgesellschaft
(vergriffen)
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK)
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen
erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen

in Vorbereitung:

Konservative Opposition
Erfahrungen an ausgewählten Beispielen

Die PDS nach den Bundestagswahlen